



40 Jahre **BUND**

---

40 Jahre ein starker Freund der Erde.

**Die Geschichte des  
Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland e. V.**

**1975–2015**

### **Danksagung**

Diese Studie beruht in erster Linie auf dem Archiv des BUND im Umweltzentrum Wiesenfelden. Hubert Weinzierl, Ehrenvorsitzender des BUND, stellte die historischen Unterlagen zur Verfügung. Dank für wichtige Hinweise gebührt außerdem der Ehrenvorsitzenden des BUND Prof. Dr. Angelika Zahmt und dem Vorsitzenden des BUND Prof. Dr. Hubert Weiger.

**Nils M. Franke**

# **40 Jahre BUND**

**Die Geschichte des  
Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland e. V.**

**1975 – 2015**



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>		
<b>1 Gründung des BUND – die Entfaltung einer Idee</b>	<b>7</b>		
1.1 Hintergrund			
1.2 Umsetzung			
1.3 Artenschutz als Kernanliegen?			
1.4 Think big – Herbert Gruhl			
<b>2 Aufschwung</b>	<b>15</b>		
2.1 Der bundesweite Einstieg: Vernetzen, Lobbying, politischer Druck			
2.2 Die Landwirtschaft reformieren – Das „Grundsatzprogramm zur Agrarpolitik“			
2.3 Das Waldsterben als Motor der Natur- und Umweltschutzpolitik			
2.4 Fazit			
<b>3 Tschernobyl – Symbol eines Irrwegs</b>	<b>21</b>		
<b>4 Kontinuität. Professionalität. Wachstum: die 1980er-Jahre</b>	<b>23</b>		
<b>5 Die Friedensbewegung – Natur als globales Thema</b>	<b>25</b>		
<b>6 Der Wissenschaftliche Beirat und seine Eingliederung in einen basisdemokratischen Verband</b>	<b>27</b>		
<b>7 Das Grundsatzprogramm des BUND</b>	<b>29</b>		
<b>8 Die deutsche Wiedervereinigung (1989/1990)</b>	<b>32</b>		
8.1 Herausforderungen für den BUND			
8.2 Rettet die Elbe			
8.3 Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche in den 1990ern			
8.4 Beschleunigungsgesetze und „Segmentierung“ der Gesellschaft			
8.5 Haushaltsdefizit beim BUND			
<b>9 Ökologie und Ökonomie. Der Nachhaltigkeitsverband</b>	<b>38</b>		
9.1 Zukunftsfähiges Deutschland			
9.2 Die Ära A. Zahrt			
9.3 Die BASF zum Rückzug zwingen			
9.4 Der kompetente Umweltverband			
9.5 Die Kampagne als Instrument			
9.6 Finanzielle Stabilisierung			
<b>10 Internationalisierung</b>	<b>46</b>		
10.1 Die internationalen Umweltgipfel			
10.2 Lobbying für die Agrarwende			
<b>11 Die Segmentierung der Gesellschaft überwinden</b>	<b>48</b>		
11.1 Das Grüne Band			
11.2 Nach 30 Jahren: Der Atomausstieg wird Wirklichkeit			
11.3 Die Segmentierung der Gesellschaft überwinden			
11.4 Der BUND in einer dynamischen Gesellschaft			
<b>12 Quellen</b>	<b>53</b>		
<b>13 Abkürzungen</b>	<b>55</b>		

# 40 Jahre BUND

## Es lag was in der Luft

Das Jahr 1975 war ein Jahr des Aufbruchs. Damals wuchs die Erkenntnis: Mit isolierten Einzelaktionen zum Schutz bestimmter Tier- und Pflanzenarten oder kleiner Naturreserve erreicht du nicht mehr genug. Der Druck auf Natur und Umwelt war flächendeckend so groß geworden, dass auch Naturschützer gezwungen waren, sich mit grundsätzlichen politischen Fragen auseinanderzusetzen: Mit der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Energiepolitik.

Erstmalig beschäftigten wir uns damals mit dem Bundesverkehrswegeplan. In Bonn wurden Autobahnen festgezurrert, die das Verkehrsministerium quasi als Bibel für seine Investitionen betrachtete. Vor Ort hatten wir dann keine Chance mehr, daran irgendetwas zu verändern. Stichwort Energiepolitik: In den 70er Jahren begann die Zeit der Anti-Atom-Bewegung, in Wyhl und Brokdorf. Auch hier standen wir vor Ort anfangs auf verlorenem Posten. Oder die Agrarpolitik: Die Bauern waren schon damals Wachstumszwängen ausgesetzt, die sie selbst nicht beeinflussen konnten. Zur Erkenntnis, hier künftig bundesweit agieren zu müssen, kam eine intensive wachstumskritische Debatte. In dieser Zeit ist der BUND entstanden.

Zwei Wurzeln hatte der neu gegründete BUND 1975: den klassischen Naturschutz und den kämpferischen Umweltschutz der Bürgerinitiativen, die sich damals überall bildeten. Wir waren angetreten, beides zu verknüpfen. Unterstrichen wurde dieses Anliegen dadurch, dass eine ganze Reihe von Gründungsmitgliedern nicht aus dem Naturschutz kam, sondern aus der Energiepolitik, der Medizin und anderen umweltrelevanten Bereichen.

Und wir brauchten einen finanziell und politisch unabhängigen Naturschutzverband, der eindeutig Position bezog. Im deutschen Naturschutzring war damals noch die organisierte konventionelle Jägerschaft vertreten, was regelmäßig zu lähmenden Diskussionen und erzwungenen Kompromissen führte. Die Gründung der neuen Organisation wurde intensiv vorbereitet.

Schon in der ersten Satzung legten wir als Besonderheit des neuen Vereins fest, dass er von Arbeitskreisen getragen wird – 20 an der Zahl –, die sich in einem wissenschaftlichen Beirat zusammenschließen. Ihre Bandbreite reichte (und reicht noch heute) von der Abfallpolitik, die Chemiepolitik, den Naturschutz über die internationale Umweltpolitik oder Wirtschaft und Finanzen bis zur Umweltethik. Ein anderes Merkmal des BUND ist, dass er von Anfang an als Mitgliederverband geplant war. In allen Bundesländern bauten wir Landesverbände auf, die sich eigenständig aus den Mitgliedsbeiträgen finanzierten – erst in West- und ab 1989 auch in Ostdeutschland.

Wo stehen wir heute, nach 40 Jahren? Der BUND ist inzwischen flächendeckend präsent, mit einer unverändert wachsenden Zahl von Mitgliedern und weit über 2000 Gruppen an der Basis. Basisdemokratie und finanzielle Unabhängigkeit sind uns ein wichtiges Gut. Vor allem die ehrenamtliche Arbeit vor Ort trägt unser Engagement. Ein kritisches und politisch aktives Ehrenamt übrigens, das sich nicht auf den Schutz bestimmter Arten oder Lebensräume beschränkt. Unser Anliegen ist umfassender und zielt auf einen generell anderen Umgang mit den Lebensgrundlagen von der Biodiversität bis zum Boden und auf eine andere Energieversorgung und Wirtschaftspolitik. Unsere BUND Gruppen sind unbequem und stellen sich auch mal quer. Die Politik kommt nicht an uns vorbei. Wir sind eingebunden in zahllose Gremien und Beiräte, gehen für unsere Anliegen aber auch auf die Straße. So sind wir seit 40 Jahren die zentrale Säule des Kampfes für einen sofortigen Atomausstieg in Deutschland.

Die Geschichte des BUND ist auch eine Geschichte der Demokratisierung des Verbandes. Waren es am Anfang noch einige Wenige, die den Verband gründeten und seine fachlichen Positionen entwickelten, so entwickelt der BUND in Bundesverband und Landesverbänden schrittweise ausgeprägte basisdemokratische Strukturen. Wichtige Verbandspositionen, Schwerpunkte, Kampagnen und vor allem die

finanziellen Planungen werden intensiv und kritisch in den demokratisch gewählten Gremien des Verbandes diskutiert und beschlossen. Daher werden z.B. und Positionen oder Kampagnen nicht danach beschlossen, was gerade in den Medien, der Politik oder im Marketing besonders gut ankommt, sondern auf der Grundlage wissenschaftlicher Analyse und demokratischer Prozesse im Verband. Diese abgesicherten und transparenten Abläufe haben dazu geführt, dass die Stiftung Warentest unsere Entscheidungsstrukturen, die sparsame Mittelverwendung und die transparente Darlegung der Finanzen und Aktivitäten als eines der sechs besten Systeme unter 46 Umweltorganisationen bewertete.

Was haben wir dank dieser Strukturen erreicht? Wir waren die ersten, die eine Debatte über das Waldsterben in Deutschland führten. Mit dem Erfolg, dass die Schwefelbelastung massiv reduziert und der Katalysator zum Standard wurde. Wir haben zum Beispiel auch die Diskussion um die Risiken der Atomkraft und der Gentechnik ganz maßgeblich geprägt und unseren Widerstand mit großen Demos unterstrichen und damit zentral die Grundlagen für den Ausstieg aus diesen Risikotechnologien gelegt.

Bevor wir ein Thema aufgreifen, findet bei uns keine Marketinganalyse statt. Erscheint uns ein Anliegen als fachlich notwendig, dann machen wir es zu dem unsrigen. In vielen Fällen begannen wir aus einer Position der Minderheit heraus, die schier aussichtslos erschien. Und konnten dann doch die politischen Mehrheiten ändern, oft unterstützt von Bündnispartnern. Der derzeitige Boom des Recyclings und der erneuerbaren Energien oder das schrittweise Abschalten der Atomkraftwerke waren zu Beginn unserer Arbeit kaum vorstellbar, obwohl wir diese Forderungen mutig in unsere Positionen schrieben.

Ein zentrales Instrument unserer Arbeit waren von Anfang an die BUND Kampagnen. Auch hier zeigen sich die klaren Wurzeln des Verbandes: BUND Kampagnen sind immer ein Instrument, um zentrale Ziele des Verbandes zu erreichen und dabei gleichzeitig die BUND Aktiven in den über 2000 lokalen Gruppen zu unterstützen. Heute stehen wir dabei vor der Herausforderung, diese Kampagnen auch Online erfolgreich weiter zu entwickeln. Dabei wollen wir keine virtuelle „Klick-Organisation“ werden, sondern das Engagement unserer Aktiven vor Ort unterstützen und vervielfachen. Ein wichtiger Teil dieser Kampagnen ist die Mobilisierung zu Aktionen und Demonstrationen. Wir verstehen uns als Teil der Umweltbewegung auf der Straße: Gegen Atomkraft, Massentierhaltung, Gentechnik oder TTIP können wir in kurzer Zeit zehntausende Menschen aus ganz Deutschland für Demos mobilisieren.

Die Themenbreite des BUND mündete nach dem Umweltgipfel in Rio in unsere Studien über ein »Zukunftsfähiges Deutschland«: als Versuch, das Leitbild der Nachhaltigkeit auf alle zentralen Lebensbereiche zu übertragen. Der BUND hat damit die grundsätzliche Debatte »Gut leben statt viel haben« entscheidend bereichert. Die Denkansätze und Ziele wurden quasi zum Grundsatzprogramm des BUND.

Was hat sich der BUND für die Zukunft vorgenommen? Wir wollen unsere Themenbreite sichern. Sie ist kein Hemmnis unserer Arbeit, sondern eines unserer Markenzeichen: Der BUND ist bunt! Auch möchten wir die Zahl unserer Mitglieder weiter erhöhen – und vor allem versuchen, mehr Mitglieder für ein persönliches Engagement zu gewinnen. Der BUND als Mitmachverband, das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen. Schließlich wollen wir unsere internationale Arbeit verstärken. Indem wir beispielsweise unsere östlichen Nachbarn dabei unterstützen, eigene Netzwerke für Natur und Umwelt aufzubauen.

Schließlich sollten wir die erwähnten Besonderheiten des BUND stärker betonen, das, was uns von anderen Umweltorganisationen positiv unterscheidet. Damit deutlich wird, was der BUND als unabhängiger, überparteilicher und basisdemokratischer Mitgliederverband seit nunmehr 40 Jahren für eine vielfältige Natur, gesunde Umwelt und für unsere Demokratie als breite Bürgerbewegung leistet.



Hubert Weiger  
BUND Vorsitzender

Olaf Bandt  
Bundesgeschäftsführer  
Politik & Kommunikation

# 1 Gründung des BUND – Entfaltung einer Idee

Die Gründung des Bundesverbandes BUND war strategisch durchdachte und gut vorbereitet. Sie baute auf bestehenden organisatorischen Strukturen auf und fand in einem dafür günstigen öffentlichen Klima statt. Trotz dieser idealen Voraussetzungen entwickelte sich der BUND deutlich anders, als seine wenigen GründerInnen ursprünglich dachten. Das ging nicht auf „Geburtswehen“ zurück, sondern die Dynamik der Umweltbewegung der 1970er Jahre trug den BUND nach seiner Gründung sofort in unvorhergesehene Richtungen.

Offiziell wurde der BUND am 20. Juli 1975 gegründet. Woher kam der Gedanke, einen bundesweit agierenden, modernen Umweltverband zu initiieren? Und wie kam es dazu?

## 1.1 Hintergrund

Ausschlaggebend waren die Erfahrungen des Europäischen Naturschutzjahres 1970. Diese Öffentlichkeitskampagne des Europarats – eine Top-Down-Aktion des internationalen Naturschutzes – erreichte ihr Ziel. Die Öffentlichkeit wurde durch Vorträge, Ausstellungen, Konferenzen usw. für die Sicherung der Naturgüter und der Umwelt sensibilisiert und mobilisiert. In der Folge kam die Politik nicht umhin, zu reagieren: Die Bundesregierung berief nicht nur den Frankfurter Zoodirektor Prof. Dr. Dr. Bernhard Grzimek zum ersten Naturschutzbeauftragten auf Bundesebene, der durch seine im Fernsehen zur besten Sendezeit ausgestrahlten Tierfilme bekannt und beliebt war. Sondern die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt legte auch am 17. September 1970 ein Sofortprogramm zur Lösung der dringendsten Umweltfragen in der BRD vor. Sogar jenseits des „Eisernen Vorhangs“ bewegte sich etwas. Die DDR setzte im gleichen Jahr ein modernes Umweltschutzgesetz, das „Landeskultugesetz-Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der Deutschen Demokratischen Republik“ in Kraft.

Hintergrund für die berechtigten Forderungen der Öffentlichkeit in beiden deutschen Teilstaaten waren die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die spürbar gewordene Belastung durch das „Wirtschaftswunder“ z. B. in Form von Individual- und Lastkraftverkehr, Smog als empfindliche Beein-

trächtigung der Luftqualität, von Umweltproblemen in städtischen Ballungsräumen, der Verunreinigung der Gewässer durch Industrie, Privathaushalte und Landwirtschaft, der Zersiedelung der Landschaft oder von Krisen in der Müllwirtschaft hatte die Bevölkerung aufgerüttelt. Als z. B. offenkundig wurde, dass der Unternehmer Siegfried Plauermann Tausende von Tonnen Giftmüll in Hessen gesetzeswidrig entsorgt hatte, und vor Gericht ein System von Rechts- und Kontrolllücken in diesem Bereich zutage trat, musste der zuständige Minister für Landwirtschaft und Umwelt Dr. Werner Best (SPD) zurücktreten. Die unübersehbare Zahl von wilden Müllkippen in der BRD erregte ohnehin die öffentliche Meinung.

Die Atomenergie war ein weiterer Stein des Anstoßes. Der Grund ihrer Forcierung seitens der Politik lag einerseits in dem gestiegenen Energiebedarf, der mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ einhergegangen war. Andererseits kam es 1973/74 zur ersten weltweiten Ölkrise, in der der Preis für einen Barrel Rohöl plötzlich um fast 70% anstieg. Die Gemeinschaft der erdölexportierenden Staaten (OPEC) drosselte als Reaktion auf den arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieg ihre Förderraten und demonstrierte damit auch, wie abhängig die Staaten des globalen Nordens von ihr waren. Das forcierte wiederum dort das Interesse, mehr energiepolitische Unabhängigkeit zu erreichen und Alternativen zum Energieträger Öl zu fördern. So stellte sich z. B. 1973 die bayerische Staatsregierung in einem Grundsatzprogramm öffentlich auf den Standpunkt, dass Erdöl weiterhin der wichtigste Energieträger bleiben, dass man seine Bedeutung jedoch zugunsten der Atomenergie zurückfahren würde – auch aus Gründen des Umweltschutzes. Der energetische Bedarf einer nach wie vor auf Wirtschaftswachstum setzenden Politik und der Ölpreisschock sind sicher zwei wichtige Gründe, um die teilweise erstaunliche Unnachgiebigkeit zu verstehen, mit der von staatlicher Seite versucht wurde, die Atomkraftwerke gegen den deutlichen Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich Mitte der 1970er Jahre die Diskussion über diese Technologie so zuspitzte, dass sie ein Schlüsselthema für Natur- und Umweltschutz wurde. Dabei war die Ablehnung der Atomkraft in diesen Kreisen bis dato nicht unbedingt zwingend gewesen. Vielmehr

wirkten durchaus noch Perspektiven aus den 1950er und 1960er Jahren fort, die die nukleare Energieproduktion als eine natur- und landschaftsschonende Möglichkeit z. B. im Vergleich mit der Anlage von Wasserkraftwerken sahen. Das änderte sich jedoch in den 1970er Jahren deutlich, wobei erst am Ende des Jahrzehnts von einer einheitlichen Ablehnung innerhalb der Verbandsszene gesprochen werden kann.

Der erste öffentlich unübersehbare Konflikt in dieser Frage entstand in der BRD 1971 anlässlich des Baus des AKW Wyhl. Er spielte für die Gründung des BUND auch insofern eine Rolle, als hier am 18.2.1975 die erste Bauplatzbesetzung überhaupt stattfand, und damit ein Signal des zivilen Ungehorsams ausgesandt wurde, das große Aufmerksamkeit erregte. Inwieweit die Bürgerin oder der Bürger auch Gewalt zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht einsetzen durfte, war eine Frage, die um 1976/1977 die Anti-AKW-Bewegung in zwei Lager zu spalten begann. Weitere Symbole der Auseinandersetzungen um die Atomkraft wurden in den 1970er Jahren Brokdorf in Schleswig-Holstein und die Standorte Grohnde und Gorleben, gegen die Tausende von DemonstrantInnen protestierten. Sie sammelten sich in breiten Bündnissen unterschiedlicher Initiativen, Organisationen und Bewegungen, die nicht nur beim Bau von AKWs entstanden. Auch andere Großprojekte wie der just 1975 vom Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) abgelehnte Flughafen München Erding oder die „Startbahn West“ der Frankfurter Flughafen AG, die dem von ihr betriebenen Airport eine weitere Start- und Landebahn hinzufügen wollte, mobilisierten die Menschen. Auch bei diesem Projekt engagierte sich der BUND von Beginn an in einem weitgespannten Bündnis aus Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen.

Weitere Impulse, die die naturschutz- und umweltpolitischen Debatten Mitte der 1970er Jahre dynamisierten, gingen von Publikationen in diesem Bereich aus, die auf eine hohe öffentliche Resonanz stießen. Hierzu gehörte das bereits 1962 erschienene Buch der amerikanischen Zoologin und Autorin Rachel Carson mit dem Titel „The silent spring“. Sie beschrieb u. a. die Auswirkungen des Einsatzes der Chemie in der Landwirtschaft, die ihrer Meinung nach dazu führen würden, dass eines Tages im Frühling keine Vogelstimme mehr zu hören sein würde. Hinzu kamen ernst zu nehmende warnende Veröffentlichungen, die auf die Grenzen des Wachstums hinwiesen. Die gleichnamige Publikation des Club of Rome 1972 schien sich sofort in der oben genannten „ersten Ölkrise 1973“ zu bestätigen.

Ein weiterer eher formaler Anlass, der die Gründung eines bundesweit agierenden Natur- und Umweltschutzverbandes

nahelegte, war die bereits 1975 absehbare Verabschiedung eines Bundesnaturschutzgesetzes. Zu diesem Zeitpunkt galt in der BRD in den meisten Bundesländern nach wie vor das 1935 unter der Leitung von Hermann Göring erlassene Reichsnaturschutzgesetz (RNG). Es war zwar nach 1945 in Teilen auf seine Demokratietauglichkeit hin untersucht, aber tatsächlich kaum „entnazifiziert“ worden. Aber 1973 waren zumindest einige Bundesländer vorgeprescht und hatten im Rahmen ihrer Möglichkeiten neue rechtliche Grundlagen verabschiedet – so das Hessische Landschaftspflegegesetz vom 4.4.1973, das Rheinland-Pfälzische Landschaftspflegegesetz vom 14.6.1973 oder das Bayerische Naturschutzgesetz vom 27.7.1973. Dass die zu erwartende gesetzliche Neuregelung auch die Position der Naturschutzverbände im Gefüge der Naturschutzakteure betreffen würde, war klar. Wollten diese in Zukunft starke AnsprechpartnerInnen für die Bundesregierung bleiben bzw. werden, dann mussten sie sich auch bundesweit organisieren. Ein Landesverband wie der BN in Bayern konnte aus dieser Perspektive nur eine marginalisierte Position einnehmen. Er benötigte eine Anerkennungsmöglichkeit auf Bundesebene. Das 1976 verabschiedete Bundesnaturschutzgesetz führte in diesem Sinne den §29 ein, der entsprechende Rechte in bestimmten Verfahren nur den Verbänden zugestand, die auf der ganzen Staatsfläche vertreten waren. Mit dem Bundesverband entsprach der BUND diesen Kriterien und konnte die „Anerkennung“ beantragen.

## 1.2 Die Umsetzung

Am 7.5.1975 versammelten sich einige wichtige Persönlichkeiten des deutschen Natur- und Umweltschutzes in München und beschlossen ein Gründungspapier. Es wurde von Johann Nikolaus Freiherr von und zu Bodman, Dr. Erwin Deitschl, Dr. Bodo Manstein, Helmut Ruland, Rudolf Schreiber, Dr. Gerhard Thielcke und Hubert Weinzierl unterschrieben. Sie verabredeten, noch nicht offiziell den eingetragenen Verein „Deutscher Natur- und Umweltschutzverein e.V.“ zu gründen. Aber in geheimer Wahl wurden bereits die Personen für die zukünftigen Schlüsselpositionen gewählt:

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. Bernhard Grzimek  
Stellvertreter: Hubert Weinzierl  
Schatzmeister: Dr. Gerhard Thielcke  
Stellvertreter: Helmut Ruland  
Pressereferent: Dr. Bodo Manstein  
Stellvertreter: Rudolf Schreiber

Eine Satzung wurde ebenfalls abgestimmt.

Am 22.5.1975 traf sich H. Weinzierl als erster Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern e.V. mit dem inneren Kreis dieser Organisation, um ihn auf die Neugründung vorzubereiten. Vor allem beugte er Bedenken vor, die sich in Bezug auf eine mögliche Konkurrenz entwickeln könnten. Der BN war schließlich eine seit 1913 in Bayern etablierte Kraft und die unbestrittene Nummer 1 in Bezug auf Natur- und Umweltschutz in diesem Bundesland. Für Bayern benötigte man eigentlich keinen weiteren Verband. Insbesondere der Landesgeschäftsführer Helmut Steininger war sich aber spätestens seit dem Europäischen Naturschutzjahr bewusst, dass in Zukunft wichtige Entscheidungen in diesem Politikbereich auf nationaler bzw. internationaler Ebene fallen würden. Und so weit reichte auch der Einfluss der Bayern nicht. Allerdings fürchtete er trotzdem den Verlust von Mitgliedern bzw. damit von finanziellen Mitteln. Erst als H. Weinzierl zusicherte, dass der BN von jedem Mitglied des neuen Bundesverbandes in Bayern etwa die Hälfte des Beitrages erhalten würde, erhielt er die Zusage, dass der BN einen Arbeitsausschuss des Vorstands bilden würde, um die Gründung des Bundesverbandes vorzubereiten. Man vereinbarte, zunächst in aller Stille zu arbeiten. Das geschah bis zum 19. und 20. Juli 1975.

Zu diesem Zeitpunkt versammelte man sich in einem erweiterten Kreis in der kleinen Stadt Marktheidenfeld am Main bei Würzburg. 21 Männer und eine Frau – Gabriele Bramigk aus Berlin – unterzeichneten ein weiteres Gründungsdokument, und damit entstand tatsächlich der BUND, wenn er auch einen anderen Namen trug. Denn er nannte sich „Bund Natur und Umweltschutz Deutschland e.V.“, kurz BNUD. Der Naturschutz stand damit eindeutig vor dem Umweltschutz, was durchaus programmatisch zu verstehen war. Die konservative Ausrichtung zeigte sich im Führungspersonal: Als Vorsitzender wurde nun der Arzt B. Manstein gewählt, der als „Lebensschützer“ politisch am rechten Rand angesiedelt war. Seine Stellvertreter wurden G. Thielcke und H. Weinzierl, das Amt des Schatzmeisters übernahm H. Ruland, H. Steininger wurde dessen Stellvertreter, für die Öffentlichkeitsarbeit waren Anton Lenk und Rudolf Schreiber zuständig. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch Hubert Weiger, heute BUND-Vorsitzender.

In Marktheidenfeld verabschiedete man die Satzung, unterschrieb Gründungspapier und Wahlprotokoll und legte die erste VertreterInnenversammlung für den 4.11.1975 in Frankfurt a. Main fest.

Die Satzung, die das Handeln des Verbandes organisieren und strukturieren sollte, war auf die eigenen Ziele zugeschnitten. Man verließ sich in diesem Zusammenhang nicht

auf Vorbilder. Vereine, auch Natur- und Umweltschutzverbände gab es viele, und man hätte sehr einfach eine ihrer Satzungen übernehmen können. Die GründerInnen des BNUD hatten jedoch eigene konkrete Vorstellungen, wie der neue Verband durchsetzungskräftig arbeiten sollte.

Einige ungewöhnliche Regelungen sollen hier hervorgehoben werden: Schlagwortartig kann der wichtige § 1 – Name und Zweck – wie folgt zusammengefasst werden:

- Bekämpfung von Natur und Umwelt schädigenden Vorhaben;
- politischer Druck auf Legislative und Exekutive und Abbau des Vollzugsdefizits;
- Raumordnung und Landschaftsplanung, aber auch aktive Landschaftspflege;
- Gründung von zweckmäßigen Stiftungen.

Es handelte sich also um kein homogenes Programm aus einem Guss, sondern eher um die Formulierung aktueller Herausforderungen.

Für die Zukunft problematisch erwies sich der § 3, der die Mitgliedschaft regelte. Sie war natürlichen, aber auch juristischen Personen möglich. Diese scheinbar unverfängliche Formulierung beinhaltete Sprengstoff. Denn juristische Personen konnten auch andere Natur- und Umweltverbände sein. Wollte der BNUD wirklich nicht dem aktuellen Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, dem Deutschen Naturschutzring (DNR), Konkurrenz machen?

Dieser Befürchtung wurde zwar durch § 8 entgegengewirkt. Er legte fest, dass es pro Bundesland nur einen BNUD-Mitgliedsverband geben könnte. § 5 ergänzte, dass in die VertreterInnenversammlung nur die Vorsitzenden der Landesverbände und ein oder eine „tunlichst“ von den Mitgliedern zu wählende(r) VertreterIn sowie je ein oder eine VertreterIn pro tausend Mitgliedern zu entsenden war. Mit diesen Regelungen war es für die in den Bundesländern tätigen Natur- und Umweltschutzverbände nicht sehr attraktiv, geschlossen dem BNUD beizutreten. Denn es konnte nur einen oder eine Vorsitzende(n) geben, der/die auf den BNUD Einfluss nehmen konnte, so dass sich die einzelnen Vereinsvorsitzenden in einem Bundesland auf diesen Vorsitz hätten einigen müssen, was sicher aufwendig gewesen wäre.

Trotz dieser Regelungen hatte der DNR Grund, misstrauisch zu sein. Denn der BNUD hätte ja durchaus auf den stärksten Natur- und Umweltschutzverein in einem Bundesland setzen und ihm anbieten können, dessen Interessen auf der Bundesebene zu vertreten.

Geschickt gelang es aber H. Weinzierl, eine Absprache zwischen ihm und dem Präsidenten des DNR, Prof. Dr. Wolfgang Engelhard, herzustellen, derzufolge der BNUD nach seiner Gründung schnellstmöglich Mitglied im DNR werden sollte, um sozusagen die Speerspitze der neuen Umweltbewegung zu bilden. Durch diese in der Szene unter der Hand verbreitete Absprache gelang es, den Gegenwind aus dem DNR zu nehmen bzw. zu vermindern.

Ein weiterer besonderer Punkt, der in der Zukunft immer wieder zu intensiven Diskussionen führen sollte, war das Verhältnis zwischen dem BNUD und seinen Landesverbänden. Insbesondere der Absatz 4 des §8 wurde Stein des Anstoßes: „Der zuständige Landesverband erhält von seinen Mitgliedern Beitragsanteile in der Höhe des von ihm festgelegten Beitrages, höchstens jedoch ein Drittel des vom BNUD vereinnahmten Beitrages. Die Landesverbände bezahlen keinen Beitrag an den BNUD.“

Da die einzelnen Landesverbände damit unterschiedliche Beiträge erheben konnten, und das Splitting mit dem Bundesverband wesentlich für die eigene Finanzierung war, ergab sich nicht nur ein großer bürokratischer Abrechnungsaufwand, sondern auch ein dauerhafter Anlass für grundsätzliche Diskussionen.

Der Verein und seine Satzung waren zu diesem Zeitpunkt allerdings immer noch nicht in das Vereinsregister eingetragen, also amtlich bestätigt. Das geschah erst mit dem Beschluss der VertreterInnenversammlung bei der Sitzung in Frankfurt.

Zuvor traf sich jedoch noch der bisherige Vorstand zu einer im Rückblick interessanten Sitzung. Er kam im Bundesbahnhof in Ulm am 10.9.1975 zusammen und legte einmal mehr die zukünftige Marschrichtung fest. H. Ruland sollte interimistisch die Position des Geschäftsführers einnehmen. Bei den Arbeitskreisen, die gebildet werden sollten, sollte es drei Kategorien geben: Die inhaltlichen AKs (Artenschutz, Energiefragen, Rechtspolitik, Raumordnung, Verkehrspolitik, technischer Umweltschutz, ökologischer Umweltschutz, Umweltforschung), die innerverbandlichen AKs (Schiedsgericht, Schlichtungsstelle, Organisation und Steuern, Koordination) und diejenigen, die Werbefunktion gegenüber der Öffentlichkeit und anderen Naturschutz- und Umweltorganisationen haben sollten (Zeitschrift, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederwerbung, Spendenbeschaffung, Jugend, Umweltschutzverbände Inland, Koordination Ausland, Frauenarbeitskreis, Parteien und Kirchen). Bis Januar 1976 sollte ein Büro mit ein bis zwei Zimmern in

Bonn entstehen. Der Landesverband Baden-Württemberg stellte ein zinsloses Darlehen von 10000 DM für ein Jahr zur Verfügung, wobei der BN um die gleiche Summe gebeten werden würde. Die erste Kampagne sollte eine Vogelschutzkampagne sein.

Damit waren eigentlich die Grundstrukturen des späteren BUND gelegt, wenn sie auch unvergleichlich bescheidener als heute waren – abzusehen z.B. an der Größe der geplanten und dann auch so eingerichteten Geschäftsstelle in Bonn oder an dem genannten Budget.

### 1.3 Artenschutz als Kernanliegen?

Die NaturschützerInnen gewannen im Zuge des Europäischen Naturschutzjahrs eine hohe Aufmerksamkeit, doch es fiel mehr als deutlich auf, dass nicht der Natur-, sondern der Umweltschutz als neues politisches Handlungsfeld im Zentrum stand. „Dem konservativen Naturschutz galten nur Randbetrachtungen“ wurde konstatiert.

Genau hier setzte aber der Kreis von Persönlichkeiten an, die sich 1975 zur Gründung des BNUD zusammenfanden. Denn ihr Hauptkritikpunkt richtete sich intern gegen die aus ihrer Sicht zahnlose Politik des Deutschen Naturschutzinges (DNR) in Bezug auf den Artenschutz. Besonders H. Weinzierl hatte eine Organisation im Sinn, in der die „Kernnaturschutzverbände“ zusammenarbeiteten und die auch im DNR vertretenen LandnutzerInnen wie Angler oder Wanderer keinen Einfluss haben würden. Er führte aus: „Ich bin der Meinung, den Verein als Deutschen Bund Naturschutz zu benennen und werde mich dafür einsetzen, dass das Wort „Umweltschutz“ gestrichen wird ...“

### 1.4 Think big – Herbert Gruhl

Natürlich wollten die Beteiligten rasch eine einflussreiche Organisation. Was lag daher näher, als den Mann, der 1975 mit einer Publikation zum Thema Natur- und Umweltschutz in aller Munde war, öffentlichkeitswirksam zum Vorsitzenden der Neugründung zu wählen? H. Weinzierl brachte Herbert Gruhl ins Gespräch, und bereits im Oktober 1975 einigte man sich intern auf diesen als Vorsitzenden. Am 4.11.1975 wurde er durch die erste VertreterInnenversammlung des BNUD in Frankfurt in diese Funktion gewählt. Nur um es für die Medien spannender zu gestalten, kandidierten auch B. Grzimek und H. Weinzierl, die dann Stellvertreter wurden. Schatzmeister wurde Helmut Ruland,

sein Stellvertreter H. Steininger, Referenten für Öffentlichkeitsarbeit R. Schreiber bzw. A. Lenk, weitere Vorstandsmitglieder B. Manstein und Prof. Frederic Vester.

H. Gruhl, CDU-Mitglied, Bundestagsabgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, hatte in diesem Jahr seinen Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ veröffentlicht, in dem er die kapitalistische Wachstumsideologie und den Materialismus scharf geißelte und mehr Verzicht einforderte. Mit diesen Positionen war er in seiner eigenen Partei bei vielen nicht gut gelitten. Denn im Extremfall stellte er sich bei Entscheidungen auch ohne Weiteres gegen seine Fraktion oder demonstrierte z.B. in Brokdorf gegen die Atompolitik des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, der wiederum stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU war. Eine Haltung, die H. Gruhl sich nur aufgrund seines Wissens und seines Bekanntheitsgrades in der Öffentlichkeit leisten konnte.

Dieser Bekanntheitsgrad war sicher der Grund für seine Wahl zum Vorsitzenden des BNUD, aber man übersah offenbar dabei, dass er weniger in Naturschutz- und noch viel weniger in Artenschutzkategorien dachte, sondern vielmehr die weltweiten Zusammenhänge im Umwelt- und Ressourcenschutz im Blick hatte. Das widersprach zwar nicht dem Kernanliegen der Gruppe um Weinzierl, aber es lag auch nicht voll auf ihrer Linie.

Gruhl jedoch übersah, dass er nun zwar Vorsitzender eines neuen, vielversprechenden Verbandes war, die eigentliche Macht aber weder beim Vorstand noch bei der Geschäftsstelle noch bei den Landesverbänden oder bei der VertreterInnenversammlung lag. Denn die am 4.11.1975 in Frankfurt verabschiedete Satzung verankerte die Macht fest in der Hand des Beirates.

§ 7 der Satzung legte fest, dass dieses Gremium höchstens aus 30 Personen bestehen sollte. Jeder Landesverband konnte dorthin eine Person entsenden, die Übrigen wurden von der VertreterInnenversammlung gewählt. Es sollte sich um Fachleute aus Natur- und Umweltschutz handeln. Der Beirat hatte das Recht

- die Beschlüsse der VertreterInnenversammlung vorzubereiten;
- Vorstand und Arbeitskreise zu beraten und bei Meinungsverschiedenheiten Schiedsgericht zu sein;
- die wichtigen Aktionen des BNUD zu beschließen und
- die Wirksamkeit aller Aktionen zu überprüfen und der VertreterInnenversammlung darüber zu berichten.

Gerade Letzteres war ein scharfes Schwert. Enoch Freiherr zu Guttenberg war der erste Sprecher des Beirates des BNUD. Er hatte faktisch die größte Machtfülle im neuen Verband und war ein naher Vertrauter H. Weinzierls.

Die Fehleinschätzung H. Gruhls, aber auch einige weitere Punkte führten im Weiteren zu Unstimmigkeiten, die zwei Jahre später den Bruch zwischen dem Verband und ihm begründeten.

Zunächst aber war man guter Dinge und wandte sich aktiv an die Öffentlichkeit – der BN titelte: „Längst überfällig: Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.“. Die Geschäftsstelle begann in Bonn im Januar 1976 zu arbeiten. Sie sah sich sofort umworben. Der immer noch ehrenamtliche Geschäftsführer H. Ruland vermerkte: „Am 13.1.1976 mittags wurde die Geschäftsstelle eröffnet, um 16 Uhr stand bereits die erste Gruppe von Umweltschützern aus Nordrhein-Westfalen vor der Türe. Die mit dieser Gruppe rivalisierende Vereinigung besuchte die Geschäftsstelle am nächsten Tag.“ Er hatte zwei Mitarbeiterinnen und zwei Zivildienstleistende zur Verfügung, wobei einer der „Zivis“ vom BN „ausgeliehen“ worden war.

Erste Landesverbände waren bereits während der Veranstaltung in Frankfurt anerkannt worden. Mitglieder kamen aus Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und dem Saarland. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen wurde in Düsseldorf am 6.2.1976 gegründet.

Die erste große Aktion des BNUD lief sofort an. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz e.V. und dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. startete er im Frühjahr 1976 eine der größten und bis dato erfolgreichsten Vogelschutzkampagnen in Deutschland mit dem Motto „Rettet die Vögel – wir brauchen sie.“ Ziel war es, das öffentliche Bewusstsein für den Notstand in der Vogelwelt – der Internationale Rat für Vogelschutz hatte gerade neue Daten präsentiert – zu sensibilisieren.

Die im Rahmen der Kampagne eingeworbenen Gelder flossen in Grundstückskäufe zu Gunsten der Erhaltung der Vogelwelt. Diese Gebiete wurden in Kooperation mit den Partnern der Kampagne nun systematisch ausgebaut, so dass auch sie von der neuen Kraft in der Natur- und Umweltschutzszene profitierten. Man verabredete folgende Maßnahmen:

1. das Ehinger Ried anzukaufen und mehrere Teiche anzulegen;
2. einen hauptberuflichen Naturschutzwart im Wollmatinger Ried einzustellen;
3. einen Teich im Wollmatinger Ried anzulegen;
4. Teiche am Mindelsee auszubauen;
5. einen hauptberuflichen Naturschutzwart in den Rieselfeldern Münster einzustellen;
6. das Teichgut Wallnau anzukaufen und einen hauptberuflichen Naturschutzwart einzustellen ;
7. das Donaumoos zu betreuen und Riedflächen anzukaufen.

Alle drei Trägervereine der Kampagne verpflichten sich außerdem, für die Projekte weiterhin zu werben.

Der BNUD profitierte bei solchen Aktionen vor allem vom Know-how G. Thielckes, des langjährigen Leiters des Landesverbandes in Baden-Württemberg. Umgekehrt gab der BNUD dem Anliegen nicht nur in einem Bundesland seine Stimme, sondern arbeitete bundesweit.

Diese Vorgehensweise, die eine Win-win-Situation erzeugte, könnte man als eine Spirale bezeichnen. Verliefe eine solche Aktion gut, dann hob sie nicht nur das öffentliche Bewusstsein für die gestellte Frage – hier den Vogelschutz –, sondern führte zu Mitgliedereintritten, die die finanzielle Lage des Verbandes verbesserten. Dieses Geld konnte wiederum in naturschutzfachlich wichtige Flächen investiert werden, also Projekte vor Ort. Und dies konnte seinerseits weitere Menschen für den BNUD begeistern, womit man wieder einen neuen Bogen der Spirale erzeugte. Dieser Prozess soll hier besonders hervorgehoben werden, weil er eine Erklärung für das rasche und kontinuierliche Wachstum der Mitgliederbasis des BNUD bzw. BUND ist.

Er wurde zudem in der beschriebenen historischen Situation intern für den BNUD selbst relevant, weil die genannte Kampagne G. Thielckes Position im Verband stärkte und zeigte, dass mit der aktiven Werbung auf einem Gebiet des klassischen Naturschutzes, dem Vogelschutz, viele Menschen angesprochen werden konnten.

Eine weitere Aktion mit guter Resonanz war die erste Tagung des BNUD in der Evangelischen Akademie in Bad Boll vom 29.4. bis 2.5.1976. Die Akademie wurde in der Anfangsphase des Verbandes ein wichtiger Ort des Austausches. Das erste Thema war die Suche nach einer alternativen Wirtschaftspolitik, die nicht auf dem Wachstumsparadigma beruhte. Es wurde z. B. nach dessen kulturhistorischen Grundlagen, nach den psychosozialen Auswirkungen auf

den Einzelnen oder die Einzelne gefragt bzw. nach einer anderen, „umweltbewussten“ Berechnung des Bruttosozialproduktes gesucht. Die Tagung war auch die erste wichtige öffentliche Gelegenheit für den Austausch der Verbandsmitglieder.

Interessant ist eine interne Schilderung eines der TeilnehmerInnen, des Schriftstellers und Umweltaktivisten Carl Amery. In einem erhaltenen Bericht beschreibt er das unterschiedliche Publikum aus seiner Sicht. Er unterschied drei Gruppen: „Erstens die sozusagen traditionellen Zivilisationskritiker. Sie sind Erben der christlichen Kulturkritik der Zehner und Zwanzigerjahre, Erben auch der Jugendbewegung, vermischt mit der mehr der weniger esoterischen Weisheit von längst praktizierten Lebensstilen. Für sie ist die Botschaft vom bevorstehenden Untergang nichts Neues (...) Sie gleichen bisweilen dem Propheten Jonas, welcher dem Herrn zürnt, als dieser nicht, wie versprochen, die sündige Stadt Ninive vernichtete.“ Die zweite Gruppe stellte er folgendermaßen vor: „Zweitens die Praktiker aus den Naturwissenschaften. Unter ihnen befinden sich auffallend viele Kernphysiker, aber auch Biologen und Verhaltensforscher. Für sie ist noch etwas machbar. Sie beherrschen in den neun Arbeitsgruppen die konkreten Vorhaben – vor allem Vorhaben der Sonnenenergie, der Abwärmennutzung und der alternativen Technologie. In ihrer politischen Färbung sind sie unbestimmter, die Älteren unter ihnen neigen noch zur traditionellen Zivilisationskritik, aber unter den Jüngeren (...) werden die gesellschaftlichen Zusammenhänge gesehen und diskutiert.“ Und schließlich: „Drittens eine Minderheit von Linksorientierten verschiedener Herkunft. Sie waren alle keine marxistischen Dogmatiker, aber gewillt, die sozialen und politischen Konsequenzen der Lage auch sozial und politisch zu diskutieren.( ...) Die Mitglieder und Vorkämpfer der Bürgerinitiativen, vor allem derer, die sich gegen Kernkraftwerke richteten, rekrutierten sich aus allen drei Gruppen – doch überwog und überwiegt wohl noch deutlich der Anteil der ersten beiden Gruppen.“

Wie schwer sich der konservative Naturschutz mit seiner teilweise über 100 Jahre alten Tradition mit den jungen, politisch eher linken VertreterInnen der Umweltschutzbewegung tat, diese Haltung äußerte beispielhaft der Doyen des Hessischen Naturschutzes in den 1970er und 1980er Jahren, Willy Bauer: Bei ihnen sei viel Idealismus zu finden, bis zu 70% seien es junge Leute, und ihre Themen wie Burgwald-Autobahn, Biblis, Odenwald-Autobahn, Wasserentnahme, Biologie-Unterricht in Schulen usw. seien alles „nahe“ Themen. Aber es gäbe auch „ein Haufen Geschwätz aus der Soziologie“.

Insbesondere die Erfolge der Vogelschutzkampagne schraubten die Erwartungen an die neue Geschäftsstelle in Bonn hoch. Doch hatte man dabei offenbar den organisatorischen Verbandsaufbau deutlich unterschätzt. Der erfahrene Geschäftsführer des BN, H. Steininger, musste bald kommissarisch als Geschäftsführer des Bundesverbandes mitarbeiten, da es interne Spannungen gab. Erst Ende 1976 wurde er durch Martin Mickely in dieser Funktion entlastet. Als H. Steininger zu diesem Zeitpunkt Bilanz zog, stellte er frustriert fest, dass die Korrespondenz mit den Landesverbänden und die Mitgliederverwaltung aufgrund der schwierigen Be- und Abrechnung der Mitgliederbeiträge und aufgrund der Splittung in Landes- und Bundesverbandsanteile einen Großteil der Arbeitskraft kosteten. Die Bundesgeschäftsstelle kam deshalb gar nicht dazu, wofür sie vorgesehen war: „z. B. grundsätzliche Rundschreiben an Landesverbände mit wichtigen Grundsatzurteilen, Programmen, Gesetzesvorlagen, Kommentaren zu Bundesgesetzen, Vorbereitung von Presseinformationen, Veranstaltungen usw.“ Gerade der Vorsitzende des Beirates E. zu Guttenberg hatte darauf immer wieder gedrängt. Wichtig war natürlich die Zeitschrift „Natur und Umwelt“, aber auch hier musste der BN die farbige Umschlagseite und die ersten 8-10 Seiten finanzieren, sonst wäre sie nicht in dieser Form erschienen. Der Landesverband Baden-Württemberg hatte zudem eine eigene Zeitung herausgebracht, womit neben der des BN und des BNUD nun drei Organe um die gleiche Zielgruppe warben. Die ursprünglich angedachten Ausstellungen konnten überhaupt nicht realisiert werden. Am 15.10.1976 war wenigstens der Landesverband Hessen gegründet worden und im Laufe des Jahres die Namensänderung in Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) vollzogen worden.

Aufgrund des schwierigen Starts wurde am 7.5.1977 in Frankfurt a. Main eine außerordentliche VertreterInnenversammlung einberufen. H. Gruhl verwies dort auf die durchaus erreichten Erfolge, immerhin hatte der Verband inzwischen 2006 Mitglieder. Doch von der angestrebten Führungsrolle in der Natur- und Umweltschutzszene war der BUND noch weit entfernt. Vielmehr organisierte sich diese Szene auch in anderer Form und noch dazu offenbar mit einer anderen politischen Ausrichtung. H. Gruhl bemerkte in diesem Zusammenhang: „Inzwischen wird die Szene des Natur- und Umweltschutzes immer verworrener. Es bilden sich immer neue Bürgerinitiativen, vor allem in Norddeutschland, die z. T. von linksradikalen Kräften beeinflusst sind. Mitte Mai soll angeblich ein Bundesverband in Hannover gegründet werden, der zweifelsohne von links kommt.“ Außerdem gab er offen zu, innerhalb des Verbandes Schwierigkeiten mit der engeren Sicht des Naturschutzes zu haben.

Auf die folgende intensive Diskussion bei dieser Versammlung war Gruhl offenbar nicht gefasst. Bei den anschließenden Vorstandswahlen unterstützte Weinzierl ihn als Vorsitzender des BN, doch Manstein schlug Thielcke, der sich mit der Kampagne „Rettet die Vögel“ stark profiliert hatte, als Alternative vor. Das Ergebnis der Abstimmung war eindeutig und für Gruhl ein Schock. Thielcke setzte sich gegen ihn mit dem Votum von 19 zu 10 Stimmen durch. Weinzierl und Grzimek wurden als Vorstandsmitglieder an Thielckes Seite gestellt. Gruhl nahm dieses Ergebnis persönlich: Er interpretierte es als Votum gegen sich und seine Arbeit.

Das war ein Rückschlag für den BUND. Nicht nur, dass die Medien aufhorchten – die Süddeutsche Zeitung titelte „Ein Hauch von Kreuth bei den Umweltschützern“ und verwies zudem auf die Leistungen des Vorsitzenden – auch die Gerüchteküche kochte. War Thielcke nur ein Platzhalter für Weinzierl, der erst in ein oder zwei Jahren nach Bonn wollte? Ein Gerücht, das nicht zutraf. Gruhl hatte außerdem den Vorteil gehabt, dass sein Büro als Abgeordneter des Bundestages immer auch über hervorragende und aktuelle Informationen verfügte. Das fiel nun weg, genauso wie eine Halbzzeitkraft in der Geschäftsstelle, die in diesem Zusammenhang kündigte.

Auch Gruhl wurde nun aktiv. Er war zu bekannt, um sich ohne weitere Konsequenzen aus dem Amt wählen zu lassen. Im Juli 1977 wandte er sich an die Mitglieder des BUND in einem offenen Brief, versuchte die Geschehnisse aus seiner Sicht transparent zu machen und erklärte seinen Austritt aus dem Verband. Dass er dabei die Adressdatei des BUND benutzte, um sich an alle Mitglieder einzeln zu wenden, brachte ihm eine scharfe Reaktion des neuen Vorstands ein. Allerdings waren auch Mitgliederaustritte zu registrieren. Letztendlich neigte man im BUND dazu, den erfolgten Schaden als unabwendbar abzubuchen und sah nach vorne.



Eine der ersten Vorstandssitzungen mit (von links) Bodo Manstein, Herbert Gruhl, Hubert Weinzierl, Bernhard Grzimek und Helmut Steininger.



Konrad, Lorenz, Hubert Weinzierl, Bernhard Grzimek, Otto König und Wolfgang Haber (v.l.n.r.) im Juli 1972 bei Vorstellung des Ökologischen Manifestes.



In dem Bestseller kritisiert der CDU-Bundestagsabgeordnete scharf die kapitalistische Wachstumsideologie. Am 4.11.1975 wird Herbert Gruhl zum Vorsitzenden des BNUD gewählt. Im Mai 1977 kandidiert Gerhard Thielcke bei den Vorstandswahlen erfolgreich gegen Gruhl, der wenige Wochen später aus dem Verband austritt.

## 2 Aufschwung

Der BUND hatte mit dem Vorsitzenden G. Thielcke und seinen Stellvertretern H. Weinzierl und B. Grzimek eine neue Führungsmannschaft. Hinzu kam noch ein viertes Vorstandsmitglied, E. Freiherr zu Guttenberg. Dessen bisherige Position als Sprecher des Beirates übernahm der Biogeograph und Ökologe Prof. Dr. Paul Müller. Mit einer basisdemokratischen Vorstellung von einer Verbandsorganisation war dieses Team allerdings noch nicht recht warm geworden. Es vertrat vielmehr die Auffassung, die Einzelmitglieder sollten über die Landesverbände wirken und nicht direkt den Vorstand wählen. „Dagegen ist eine Direktwahl des Bundesvorstandes durch Einzelmitglieder schlecht praktikabel, weil Wahlen dann nach dem zufällig gewählten Tagungsort ausfallen würden.“

In Bonn wurde die Geschäftsstelle in der Godesberger Str. 17 reorganisiert und handlungsfähig gemacht. Der ehrenamtliche Vorstand stellte einen neuen hauptamtlichen Geschäftsführer ein. Dr. Egon Keller war ein Umweltfachmann, der auch über umfangreiche Beziehungen in die Politik verfügte. Seine Aufgabe war es jetzt – so der Vorstand – beide Bereiche, Umwelt- und Naturschutzpolitik, in gleicher Weise zu verfolgen.

### 2.1 Der bundesweite Einstieg: Vernetzen, Lobbying, politischer Druck

In diesem Sinne begann der BUND nach der parlamentarischen Sommerpause 1977 einen politischen Lobbyismus auf höchster Ebene zu betreiben, wobei H. Weinzierl, E. zu Guttenberg und B. Grzimek die „Türöffner“ waren und E. Keller die Organisation übernahm. G. Thielcke hatte in Bonn weniger Verbindungen.

Der BUND machte sich in der Bundeshauptstadt systematisch bekannt. Er kontaktierte z. B. den Bauminister Karl Ravens, den Minister für Forschung und Technologie Hans Matthöfer, den Präsidenten des Umweltbundesamts Heinrich von Lersner, Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundespräsident Walter Scheel. Ein erfolgreiches Konzept. Das Interesse der Medien richtete sich z. B. auf den BUND, als Walter Scheel im September 1978 G. Thielcke, H. Weinzierl und E. zu Guttenberg empfing, um aktuelle Probleme des Umweltschutzes mit ihnen zu diskutieren: zum Beispiel

den überdimensionierten Straßenbau, die Energie- und Wirtschaftspolitik und die fehlende Aussagekraft des Bruttosozialproduktes für die allgemeine Lebensqualität des Menschen. Man war sich einig, dass eine Wertediskussion anstehe und sich eine Umweltmoral entwickeln müsse. Der Nachhaltigkeitsgedanke sollte dabei eine wichtige Rolle spielen. Der Bundespräsident wurde zudem dafür gewonnen in Deutschland die Europaratsinitiative über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (Berner Konvention) 1979 mit zu eröffnen. Sie bindet heute 42 europäische und 4 afrikanische Staaten wie auch die Europäische Gemeinschaft. Diese Form von Lobbyismus auf höchster Ebene wurde zu einem kontinuierlichen Bestandteil des Instrumentariums der Bonner Geschäftsstelle.

Dass der BUND aber nicht nur auf Kooperation setzte, wurde schnell erkennbar. H. Weinzierl lehnte z. B. im Namen des BUND öffentlich das Angebot von Forschungsminister Matthöfer ab, einen „Bürgerdialog Energie“ zu führen. Nach seiner Meinung handelte es sich lediglich um eine „Feigenblattveranstaltung“ bzw. der „Dialog“ war nicht ernst gemeint.

Da am 10. Juni 1977 der Landesverband Rheinland-Pfalz gegründet worden war, konnte der BUND nun auch in diesem Bundesland tätig werden. Beide reichten eine Stellungnahme gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich bei der zuständigen Landesregierung ein. Gleich darauf forderte der BUND die Bundesregierung auf, die Emission von Ozon in die Stratosphäre zu unterbinden, und protestierte über seinen Landesverband in Schleswig-Holstein insbesondere aus Gründen des Vogelschutzes gegen die Eindeichung großer Flächen im Wattenmeer.

Damit wurde deutlich, dass der BUND nicht nur erfolgreich Lobbying in der Bonner Politik betreiben konnte, sondern auch bereit war, die Stirn zu bieten, wo er Natur- und Umweltschutzinteressen gefährdet sah. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Druck auf politische MandatsträgerInnen und Verwaltungen von der lokalen Ebene bis zum Bundestag aufzubauen, wurde ein zweites wichtiges Kennzeichen des BUND.

Seine vielfältigen Aktionen und die Zahl der nun in der Bonner Geschäftsstelle bearbeiteten Themen konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der BUND sich nach wie vor in einer Findungsphase befand und seine Strukturen erst fundieren musste.

Dazu trug die Weiterführung der von G. Thielcke so erfolgreich betriebenen Kampagne „Rettet die Vögel“ bei, die über das Jahr 1978 hinausreichte, und die „Föderalisierung“ der Zeitschrift „Natur und Umwelt“: Es wurde entschieden, dass sie bundesweit einheitlich als Mantelausgabe erschien, aber ein Schwerpunktthema aus je einer Region behandelte und außerdem Informationen über die Landesverbände beinhaltete.

Ein Zeichen nach innen und nach außen war die erste bundesweite Verleihung des Naturschutzpreises 1978. Er ging an den Publizisten, Journalisten und Zukunftsforscher Robert Jungk, die Umweltaktivistin Ingeborg Haeckel, die im Murnauer Moos Grundstückskäufe, und Franz Weber, der im Engadin „Sperrkäufe“ vorgenommen hatte. Die Preisverleihung war ein wirksames Zeichen für die eigenen Mitglieder – seht, wir haben mutige Leute unter uns, und das Engagement bei uns wird honoriert –, aber auch ein Event für die Medien und die breite Öffentlichkeit.

Die steigenden Mitgliedszahlen belegen: Diese Politik der systematischen Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Fundierung des BUND war in seiner Findungsphase erfolgreich. Ende 1978 hatte der BUND nicht nur die Austrittswelle nach dem medienwirksamen Ausscheiden von H. Gruhl „verschmerzt“, sondern ungefähr 1.500 neue UnterstützerInnen zum Eintritt in den Verband bewegt. Er zählte 3.224 Mitglieder.

Hohe Mitgliederzahlen bedeuteten nicht nur mehr finanzielle Spielräume, sondern vor allem mehr ehrenamtliche Aktive, mehr Know-how im Verband und flächendeckende Präsenz. Das waren die Voraussetzungen, um in Zukunft fundiert und vor Ort arbeiten zu können.

1979 löste Lorenz Graf E. Keller als Bundesgeschäftsführer ab und blieb bis 1992 in dieser Funktion tätig. Er brachte viel Erfahrung mit: Von 1973 bis 1980 hatte er dem Landesvorstand des Bund Naturschutz in Bayern angehört. Besonders interessierten ihn eine Stärkung der Natur- und Umweltschutzverbände in den Genehmigungsverfahren und der Regionalplanung. Später wurde er Gründungs- und Präsidiumsmitglied von EuroNatur. Die vergleichsweise lange Tätigkeit von Graf im BUND brachte eine Kontinuität, die der junge Verband gut brauchen konnte. Unter Graf

wurde die Pressekonferenz nach und nach das wichtigste Instrument der Geschäftsstelle.

Zunächst nutzte man nach wie vor gute Gelegenheiten, um die Öffentlichkeit auf relevante Themen aufmerksam zu machen. So lud der BUND die Medien am 9.10.1979 zum Vortrag und zur Pressekonferenz mit José Lutzenberger ein, Präsidenten des wichtigsten Natur- und Umweltschutzverbandes Südamerikas AGAPAN. Der Gast verwies auf das ungeheure Ausmaß der Abholzung des Regenwaldes, die Verunreinigung der Flüsse und die Auswirkungen der Politik und des Lebensstils der Industriegesellschaften auf Südamerika. Außerdem kritisierte er scharf den deutsch-brasilianischen Atomenergievertrag. Der bereits hier ablesbare Ansatz globaler Verantwortung wurde damals allerdings noch nicht Teil des BUND-Profiles.

## 2.2 Die Landwirtschaft reformieren – Das „Grundsatzprogramm des BUND zur Agrarpolitik“

Ein ganz anderes Format hatte die Einladung an Rundfunk und Presse am 10.12.1979. H. Weinzierl als Vorsitzender des BUND und H. Weiger als Leiter des Arbeitskreises Agrarpolitik im Verband stellten das „Grundsatzprogramm des BUND zur Agrarpolitik“ vor. Dem BUND machten u. a. die immer größere Zahl von landwirtschaftlichen Hofaufgaben und das Abwandern der in der Landwirtschaft Tätigen in andere Erwerbsbereiche Sorgen. Das Thema R. Carsons wurde ebenfalls aufgenommen: die fortschreitende Chemisierung der Landwirtschaft mit negativen Auswirkungen auf den Boden, die Gewässer, die Flora und Fauna, die Rückstände in den Lebensmitteln usw. Als Alternative stellte der BUND nun ein Grundsatzprogramm zur Landwirtschaft der Zukunft vor.

Dieses Papier war auf zwei Ebenen bemerkenswert. Erstens entsprang die darauf aufbauende Pressekonferenz mehr als nur einer guten Gelegenheit, wie dem Besuch von J. Lutzenberger in Bonn. Sondern sie beruhte auf dem Ergebnis eines bundesweit zusammenarbeitenden, thematischen Arbeitskreises aus BUND-Fachleuten. Das bedeutete, dass die Aktivierung von Mitgliedern im BUND funktionierte, dass man deren Kompetenz sammelte und sie sich selbst einbringen konnten – ein wichtiges Mittel zur Akzeptanzförderung.

Nicht umsonst hat das Thema seit dieser Pressekonferenz den BUND bis heute immer weiter begleitet. Wie multidimensional es war, zeigten die vielen Schlagworte, die damit verbunden wurden. Wie komplex es war und wie lange der Atem reichen musste, um Erfolge zu verzeichnen, ebenfalls.

Der bisherigen intensiven Landwirtschaft mit ihrem immensen Einsatz von Düngemitteln stellt der BUND die „alternative“, „biologische“ oder „ökologische“ Landwirtschaft – auch der Begriff musste sich erst finden – mit ihrer extensiven Bewirtschaftungsform gegenüber. Damit trat der Verband für Initiativen ein, die bisher nur ein Randdasein fristeten. Mühsam etablierte sich damals die Zusammenarbeit der einzelnen LandwirtInnen, Höfe und UnterstützerInnen, was sich z. B. an Auflage und Aussehen der entsprechenden Zeitschriften gut ablesen lässt. Seien es nun die Broschüren von Bioland, die „Bio-Nachrichten“ des Biokreis Ostbayern e.V., „abq aktuell“ vom Arbeitskreis Bodenfruchtbarkeit und Qualitätserzeugung e.V. oder „ifoam“ der Stiftung Ökologischer Landbau – sie alle waren engagiert geschrieben, aber die Höhe der Auflage und das Layout waren eindeutig die einer Nischengruppe.

Erst im Zuge der 1980er Jahre entwickelte sich Stück für Stück ein Markt für die auf diese Weise hergestellten Lebensmittel. Lutz Ribbe u. a. bemerkten 1983 in den BUNDpositionen 5, dem Bodenschutzprogramm des BUND, welche dicken Bretter in diesem Zusammenhang zu bohren waren: „Es gehört zu den unerklärlichen Phänomenen unserer Umweltpolitik, dass bis heute der Schutz des Bodens im Gegensatz zu Luft und Wasser so gut wie keine Rolle gespielt hat. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass es nach wie vor keinen rechtlichen Schutz des Bodens gibt.“ Er machte auch die konventionelle Landwirtschaft für die immer noch zunehmende Belastung dieses Umweltmediums verantwortlich.

Umso wichtiger war es, dass sich der BUND dieses Themas annahm. Immer wieder setzte er es öffentlich auf die Tagesordnung. So griff Thielcke 1983 Bayerns Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann, der die konventionelle Landwirtschaft nach wie vor als fachgerecht verteidigte, mit den Worten an: „Selbstverständlich steht es jedermann frei, wissenschaftliche Arbeiten zu ignorieren. Ich sehe allerdings nicht, wie man mit einer solchen Einstellung eine verantwortungsbewusste Politik machen kann.“ Dass er dabei einen Politiker angriff, der dem Naturschutz sehr gewogen war und z. B. bei der Einrichtung des Nationalparks Bayerischer Wald 1970 eine Schlüsselrolle gespielt hatte, war Thielcke natürlich klar. Aber: Es musste ja noch weiter vorangehen. Der BUND setzte auch Ignatz Kiechle, Landwirtschaftsminister im ersten Kabinett von H. Kohl 1983, unter Druck, indem er verkündete: „Der neue Landwirtschaftsminister will dem biologischen Landbau so wenig eine Chance geben wie sein Vorgänger.“

Bis 1984 erarbeitete der BUND ein „Agrarpolitisches Grundsatzzprogramm“. Eines seiner Kennzeichen war der alternative Landbau, wobei u. a. folgende Vorteile ins Feld geführt wurden:

- die ganzheitliche Betrachtung der Produktionsweise;
- geschlossene Betriebsabläufe mit vielfältiger Struktur;
- Reduzierung der Umweltbelastungen;
- Einsatz von organischem Dünger und schonende Bodenbearbeitung;
- sorgsame und standortbedingte Auswahl der Tiere und Pflanzen;
- kein Einsatz von Pflanzenbehandlungsmitteln oder wasserlöslichem Mineraldünger.

Mit konkreten Konzepten wie diesem fundierte der BUND die Debatte und zog auch die VertreterInnen dieser alternativen Landwirtschaftsform in den Verband.

### 2.3 Das Waldsterben als Motor der Natur- und Umweltschutzpolitik

Während das Engagement für die ökologische Landwirtschaft im BUND an Fahrt aufnahm, setzte parallel dazu die Diskussion um das Waldsterben ein. Spätestens Anfang der 1970er Jahre waren die negativen Auswirkungen der seit dem 19. Jahrhundert zügig voranschreitenden Substitution des Energieträgers Holz durch Kohle und Erdöl deutlich erkennbar. Auf der Umweltschutzkonferenz der UNO 1972 machte zum ersten Mal in einem größeren Kreis das Schlagwort „Saurer Regen“ die Runde. 1981/1982 waren die Schäden an den Wäldern auch für Laien sichtbar, und die Medien nahmen sich des Themas an.

Der BN organisierte in Bayern 1983 die erste Großdemonstration und konnte aufgrund von Kontakten nach Osteuropa auch auf die bedrohliche Situation dort verweisen. Im Südwesten der Bundesrepublik nahm sich der Landesverband Baden-Württemberg mit Blick auf den Schwarzwald des Themas an und äußerte seine Besorgnis.

Diesen Initiativen schloss sich der BUND an. Mit der Frage „Ist ein ökologisches Harakiri noch abzuwenden?“ forderte er öffentlichkeitswirksam Lösungen. „Auch wenn die Ursachen für diesen Waldtod sicherlich komplex sind, so ist doch unbestritten, daß die Wälder dem Dauerstress der Umweltbelastung nicht mehr gewachsen sind. Das grüne Drittel steht auf dem Spiel.“ Er kritisierte die Hochschornsteinpolitik, die die Abluft nicht reinigte, sondern Schwefel, Fluoremissionen und vor allem Schwermetalle nur weiter verteilte. Würde dies nicht beendet – so der BUND –, dann

würde der Wald schleichend absterben. Das geeignete Mittel sah er in der Novellierung der Technischen Anleitung Luft (TA Luft). Der erste Entwurf der Bundesregierung dazu war allerdings enttäuschend und wurde von den BUND-Fachleuten zerrissen.

Die Bundesregierung reagierte mit Waldschadensberichten, um sich einen Überblick zu verschaffen. Während die öffentliche Empörung weiter zunahm, musste sie im zweiten dieser Berichte im Oktober 1983 zugestehen, dass es ein wirkliches Problem gab: Rund 600 000 ha Wälder und Forsten waren in Mitleidenschaft gezogen. Blätter und Nadeln verfärbten sich, säurebildende Schwefeldioxidverbindungen, Stickstoff als Nitrat und Ammonium wie auch Schwermetalle belasteten den Boden schwer.

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP unter Bundeskanzler Kohl kam nicht umhin, die TA Luft tatsächlich schärfer zu fassen, auch wenn die endgültige Fassung, die von den verantwortlichen PolitikerInnen als Fortschritt gefeiert wurde, dem BUND viel zu schwach erschien. Eine darauf folgende Großfeuerungsanlagen-Verordnung fand eben so wenig Gnade vor seinen Augen. In einem offenen Brief an Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann beklagte er die aufschiebende Wirkung der Regelung. Es würden jede Menge neue Anlagen hinzukommen, bis in fünf bis sieben Jahren das Gesetzeswerk greife. Altanlagen müssten nach Meinung des BUND in fünf Jahren dem Stand von Neuanlagen entsprechen und alle Emittenten, auch Müllverbrennungsanlagen mit unter 50 MW, müssten darunter fallen.

Da die jahrzehntelangen Emissionen durch Stoffeinträge die Bodenbelastungen hervorgerufen hatten, die als eine der Hauptursachen des Waldsterbens angesehen wurden, entschloss sich die Bundesregierung, eine umfassende Bodenschutzkonzeption erarbeiten zu lassen. Darin stand:

„Knapp 30 v. H. der Fläche des Bundesgebietes sind bewaldet. Wälder stellen heute das großflächigste naturnahe Ökosystem dar. Bei forstlichen Monokulturen ist im Vergleich zur natürlichen Vegetation und Fauna die Zahl der Pflanzen- und Tierarten um mehr als die Hälfte geringer. Die als Rohstoffgrundlage genutzten Forste wie auch die natürliche Flora und Fauna in den Wäldern sind gegenwärtig in starkem Maße durch menschliche Einwirkungen, besonders durch Eintrag von Luftschadstoffen und andere Einflüsse gefährdet. Nach dem Ergebnis der Waldschadensaufnahme 1983 war mehr als ein Drittel der Wälder geschädigt. Für 1984 wurde eine erhebliche Zunahme der Waldschäden auf rd. 50 v. H. festgestellt.“

Der größte Teil dieses Bodenschutzprogrammes befasste sich mit den schädlichen Stoffeinträgen – von „Sauren Niederschlägen“ bis zu Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft usw. Aber auch Bereiche wie die Sozialpflichtigkeit des Eigentums an Grund und Boden, die Veränderung des Landschaftsbildes oder Altlasten wurden angesprochen. Es handelte sich um eine Querschnittsaufgabe des Umweltschutzes, so die Bundesregierung. Das war eine Steilvorlage für den BUND. Von der medialen Aufregung angetrieben, die er teilweise mit befeuerte, legte er fast ein Jahr vor der Bundesregierung eine alternative Konzeption vor. Und holte dabei zu einem umfassenden Rundumschlag aus.

Das Bodenschutzprogramm des BUND, das am 15.11.1983 veröffentlicht wurde, hatte den Titel „Wir leben von dreißig Zentimetern“. Es sollte der Bundesregierung und den Länderregierungen als „Entscheidungshilfe“ dienen. Unter dem Begriff „ökologische Bodenreform“ forderte er die Verminderung der Versiegelung, die Entsiegelung und die Erhaltung der Bodenvielfalt. Rechtliche Instrumente dafür sollten die Raumordnung und Bauleitplanung einbringen, um jeden Eingriff einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterwerfen, auch mit dem Ziel, die Versiegelungen zu verteuern und die hier gewonnenen Einnahmen in Naturschutzmaßnahmen zu investieren. Dazu wurden eine weitere Innenstadtverdichtung, Dach- und Fassadenbegrünungen und die Freiraumplanung für den Menschen und nicht für sein Auto eingefordert.

Der Straßenbau sollte durch die Ökologisierung des Individualverkehrs eingeschränkt bzw. beendet werden. Mittel dazu waren nach Vorstellung des BUND die Einführung von bleifreiem Benzin und Drei-Wege-Katalysator, eine Geschwindigkeitsbegrenzung (100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen, 30 km/h in Ortschaften), die Abschaffung der Kilometerpauschale, die Förderung des Schienen- und Radverkehrs und des ÖPNV. Am Ende sollte auch die Entsiegelung von nicht gebrauchten Straßen stehen.

Der Bodenabbau als konkrete Maßnahme sollte eingeschränkt (UVP beim Erschließen neuer Lagerstätten, Forschung nach Substitutionsstoffen für wertvolle Erden), die Wiederverwertung von Rohstoffen gefördert und organisiert, und die aufgelassenen Abbaubereiche sollten rekultiviert werden.

Die Schadstoffbelastung sollte durch eine Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung sowie der TA Luft verringert und die Streusalzanwendung beendet werden. Ein Gesetz sollte festschreiben, dass Futtermittel, die schadstoffbelastet waren, verboten wurden. Und: „Produkte, die umweltschädliche Substanzen enthalten und somit nicht dem normalen Haushalt zugeführt werden dürfen, sind besonders zu kennzeichnen. Eine getrennte Abfallentsorgung und Wiederverwendung dieser Stoffe ist gesetzlich sicherzustellen.“

Die Landwirtschaft sollte dezentralisiert, die Rationalisierung und Chemisierung zurückgefahren und die bodenbelastende Mechanisierung der Landwirtschaft eingeschränkt werden. Der BUND setzte auf die Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe und die ökologische Landwirtschaft. Die extensive Bewirtschaftung sollte Vorrang haben. „Es sind bei der sogenannten Veredelungs-Wirtschaft Bestandsobergrenzen einzuführen, und zwar einmal nach der Stückzahl pro Betrieb, zum anderen nach einer Großvieheinheitenbeschränkung pro Flächeneinheit.“ Hinzu kamen Einzelforderungen wie die Förderung der Artenvielfalt durch die Flurbereinigung und pekuniäre Ausgleiche für die Einschränkung der landwirtschaftlichen Tätigkeit zugunsten der Umwelt.

Damit war der BUND für die Veröffentlichung des Bodenschutzprogrammes der Bundesregierung hervorragende gerüstet und setzte das Thema 1985 als einen seiner Schwerpunkte.

Die Grundforderung, der Schutz des Bodens, und auch die Einzelforderungen waren durchaus nachvollziehbar, aber erwartete der BUND allen Ernstes, dass ein Ruck durch Deutschland gehen würde, um ein lange vernachlässigtes Medium in das Zentrum der Politik zu stellen? Das war sicher nicht der Fall.

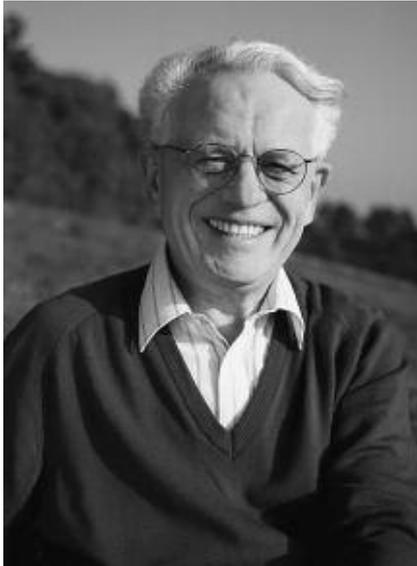
Zwar lebte das Thema noch einmal in einer Kampagne des BUND 1995 auf – H. Weinzierl gab den Startschuss, als er das Pflaster eines Schulhofs anlässlich der Bundesdelegiertenversammlung am 19. Mai 1995 in Marktheidenfeld zusammen mit dem Landrat symbolisch aufriss und eine Linde pflanzte, aber fünf Jahre später war die Frustration groß. Der BUND stellte fest: Im Bodenschutz sei man nicht vorangekommen. Der Flächenverbrauch liege immer noch bei 30 Prozent, und kaum noch jemand wolle sich mit der Materie auseinandersetzen. Auch der BUND müsse hier etwas politisch falsch gemacht haben, weil es keine Erfolge gäbe. Insbesondere richtete sich hier der Blick auf die ausufernden Neubaugebiete in den fünf

neuen Ländern in Ostdeutschland. Ausgleich und Ersatz seien defensive und keine offensiven Maßnahmen.

## 2.4 Fazit

Der BUND erzielte sichtbare Erfolge bei der Förderung der ökologischen Landwirtschaft, und es kann als eines seiner historischen Verdienste gelten, Motor dieser Entwicklung gewesen zu sein und aktuell immer noch zu sein. Beim Waldsterben sieht die Bilanz nicht so positiv aus, denn fraglos haben die Verringerung der Emissionen durch die TA Luft, die Einführung von bleifreiem Benzin und des Dreibege-Katalysators zu einer Luftverbesserung geführt – ebenfalls ein Erfolg, an dem der BUND tragenden Anteil hatte –, aber der Wald in Deutschland ist weit davon entfernt, als gesund zu gelten.

Der Kernbereich des Bodenschutzes, die zunehmende Versiegelung und insbesondere der Flächenverbrauch, sind nicht einschneidend aufgehalten worden. Trotzdem konnte der BUND bereits 1984 einen immer noch gültigen Leitsatz überzeugend formulieren: Die wichtigste Wende ist die ökologische.



Gerhard Thielcke war Gründungsmitglied des BUND. Von 1977 bis 1983 stand er an der Spitze des BUND. Er war fast zwanzig Jahre stellvertretender Vorsitzender und viele Jahre Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg.



Plakatentwurf für die erste große BUND-Kampagne. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz startet der BUND im Frühjahr 1976 eine der größten und erfolgreichste Vogelschutzkampagnen in Deutschland: „Rettet die Vögel – wir brauchen sie“. Das im Rahmen der Kampagne gespendete Geld fließt in Grundstückskäufe zum Schutz der Vogelwelt.



Schon in seinen Anfangsjahren engagierte sich der BUND für den Schutz der Wälder.

### 3 Tschernobyl – Symbol eines Irrwegs

Die Diskussion um das Waldsterben war in vollem Gange, als mit dem Atomunfall in Tschernobyl am 26.4.1986 der erste Super-GAU der Weltgeschichte stattfand. Ein Vorgang, der nach Ansicht der Atomindustrie gar nicht möglich sein konnte. Sie hatte immer wieder betont, dass die Technologie absolut sicher sei. So auch anlässlich eines Störfalls in dem Atomkraftwerk Gundremmingen 1975, bei dem zwei Arbeiter bei Reparaturen infolge von heißem Dampf ausstoß so verbrüht wurden, dass sie an ihren Verletzungen starben. In einem Interview im Bayerischen Rundfunk gestand H. Weinzierl zu, dass es sich um keinen radioaktiven Zwischenfall handelte. Er wies aber darauf hin, dass, wenn solche kleinen Unfälle möglich waren, größere Ereignisse mit deutlich mehr Opfern ebenfalls stattfinden könnten. Der damals zum Interview entsandte Vertreter der Bayerischen Staatskanzlei geriet bei seiner Erwiderung zwar ins Stottern, aber versicherte einmal mehr: Bei schwerem menschlichen Versagen würden die automatischen Sicherheitssysteme die betroffenen Atomreaktoren herunterfahren. Alles sei sicher.

In diesem Sinne war der Reaktorunfall in Tschernobyl auch ein Super-GAU für die gesamte Atomindustrie. Sie überwand diese Krise aber einmal mehr durch ein technologisches Argument. Schuld sei die veraltete Technik hinter dem „Eisernen Vorhang“, in einem „modernen“ Industriestaat außerhalb der damals noch bestehenden Sowjetunion sei ein solcher Unfall nicht möglich. Aus Sicht der Geschichtswissenschaft sind die Gründe interessant, die diese Position damals so überzeugend machten, dass der Atomausstieg in Deutschland erst etwa 25 Jahre später eingeleitet wurde, als nämlich 2011 mit dem Super-GAU in Fukushima eines der genannten „modernen“ Industrieländer betroffen war.

Denn die Aufmerksamkeit und das Misstrauen der Öffentlichkeit nach dem Unfall in Tschernobyl waren groß. Die schlechte Informationspolitik der ukrainischen, der russischen und auch der deutschen Behörden, die Unsichtbarkeit der Bedrohung, die bekannte, jahrzehntelange Abwiegungshaltung der Atomindustrie, die Unsicherheit über das Ausmaß der Auswirkungen und andere Faktoren hatten in großen Teilen der Bevölkerung enorme Vorbehalte gegen die Verantwortlichen gesät. Nun wollten sich viele nicht mehr auf die Verlautbarungen der Regierungen verlassen.

Man suchte objektivere Informationsmöglichkeiten. Und der BUND reagierte mit einem geschickten Schachzug: Er etablierte provozierend eine Art „Gegenbehörde“ und begründete das mit folgenden Worten:

„Die offizielle Strahlenschutzkommission war nicht in der Lage, die Gesamtproblematik der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in allen ihren Konsequenzen zu erkennen und entsprechend zu handeln. Die fachliche Besetzung der Strahlenschutzkommission ließ auch nichts anderes erwarten! Aus diesem Grund hat der BUND Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen in einer ‚alternativen‘ Strahlenkommission zusammengeführt, um Handlungskonzepte für alle Bereiche zu erarbeiten, die durch die radioaktive Verseuchung belastet wurden. Das bisher der Öffentlichkeit vorenthaltene Datenmaterial wird bekanntgegeben und bewertet! Insbesondere wird auf die Auswirkungen der radioaktiven Belastung auf Mensch, Pflanzen und Tiere eingegangen werden.“

Für die „alternative Strahlenkommission“ des BUND stellten sich fünf Kernphysiker zur Verfügung, drei ChemikerInnen, drei Physiker, ein Bodenkundler, zwei Biologen, zwei Zoologen, ein Anlagentechniker, zwei Radiologen, ein Internist, ein Rechtsanwalt, ein Friedensforscher, eine Umweltaktivistin, ein Meteorologe und ein Theologe. 22 Personen hatten einen akademischen Titel, darunter 12 Professoren.

In der Öffentlichkeit wurde die „alternative Strahlenkommission“ schnell als Beratungsstelle angesehen, zudem die Zeitschrift „Natur“ in ihrer aktuellen Ausgabe diese so betitelte und die Telefonnummer der Bundesgeschäftsstelle angegeben hatte. Die Telefone standen dort ab diesem Zeitpunkt nicht mehr still, die AnruferInnen stellten Fragen aller Art nach Intensität und möglichen Auswirkungen der radioaktiven Niederschläge. L. Graf notierte: „Große Erwartungshaltung der Bevölkerung (z.B. Erwartung von Messungen), Skepsis den staatlichen Verwaltungen gegenüber.“ Die BUND-Strahlenkommission leitete ihre Erkenntnisse und Ergebnisse sofort an die Landesverbände weiter.

Zwar stieg die Zahl der Mitglieder in der Folge des Unfalls in Tschernobyl nicht signifikant, doch die Landesverbände profitierten in dieser Hinsicht deutlich. Sie organisierten erfolgreich Informationsveranstaltungen, die teilweise pro-

minent besetzt waren, und intensivierten die Öffentlichkeitsarbeit dafür. Der Landesverband in Hessen verzeichnete z.B. nach einer Veranstaltung mit Joschka Fischer und Jo Leinen rund 100 Eintritte. Einige Landesgeschäftsstellen mussten extra Telefondienststellen einrichten und produzierten in Windeseile Informationsmappen zu Tschernobyl.

In der Folge nahm die Diskussion um die Atomenergie wieder Fahrt auf. In Rheinland-Pfalz verschärfte sich der Kampf gegen das geplante AKW Mülheim-Kärlich, in Saarland wurden wieder mehr Stimmen gegen das Atomkraftwerk Cattenom hörbar, in Bayern stellte der BN 50 000 DM bereit für eine Aktion „Ausstieg aus der Atomenergie“ vor den anstehenden Landtagswahlen. Dazu organisierte der BUND eine Unterschriftensammlung für den Ausstieg aus der Atomenergie mit dem Ziel, zwei Millionen UnterzeichnerInnen zu gewinnen.

Zufrieden stellte L. Graf noch im Juli 1986 fest: „Die Einsetzung einer BUND-Strahlenkommission als Gegengewicht zur Strahlenkommission der Bundesregierung ist als eine der wichtigsten Entscheidungen des BUND in den letzten Jahren anzusehen und in ihrer Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen.“ Die Glaubwürdigkeit des BUND war historisch an einem Höhepunkt angekommen. Und weitere Erfolge stellten sich ein.

Blickt man heute auf die Geschichte des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich, so schüttelt man den Kopf: Dieses Kernkraftwerk sollte im Neuwieder Becken auf einem erdbebengefährdeten Standort erbaut werden. Das „Restrisiko“, das in Fukushima 2011 mit der vollen Wucht eines Tsunamis von See aus eintrat, befand sich hier direkt unter dem Boden des Reaktors.

Geplant in den 1960er Jahren, als die Naturschutzbewegung noch nicht komplett gegen die Technologie eingestellt war, baute es RWE 1975 bis 1986. Der Widerstand sammelte sich vor allem um Helga Vohwinkel, die genauso wie Walter Thal privat gegen das Projekt klagte. Aktionsgemeinschaften und Bürgerinitiativen wie auch der BUND-Landesverband schlossen sich an, auch Wolfgang Staab, später stellvertretender Vorsitzender des BUND. Zunächst hatten die Gegner keinen Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht ließ 1988 den Regelbetrieb des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich zu. Nach 100 Tagen musste er allerdings wieder beendet werden, da weitere Planungsfehler offensichtlich wurden. Nachbesserungen von RWE zogen sich hin. 1998 war absehbar, dass das Werk niemals wieder ans Netz gehen würde. Der Betreiber RWE gab 2001 auf und legte das Atomkraftwerk still.

Zusammensetzung der Strahlenschutzkommission des BUND		
1.	Prof. Dr. Dr. Günter Altrner	Theologe und Biologe
2.	Prof. Dr. Baumgärtner	Meteorologe
3.	Prof. Dr. H. Bagemann	Internist und Radiologe
4.	Prof. Dr. Jochen Benecke	Kernphysiker
5.	Ute Boikat	Gruppe Ökologie, Hannover
6.	Prof. Dr. Martin Creusburg	Physiker
7.	Dr. Dietrich Grönmeyer	Radiologe
8.	Dr. Ulrich Höpfer	Chemiker, IFEU
9.	Prof. Dr. Gerhard Kneitz	Zoologe
10.	Dr. Lindner	Kernphysiker
11.	Dr. Georg Löser	Kernphysiker
12.	Dr. Alfred Nechtersheimer	Friedens- und Konfliktforscher
13.	Prof. Dr. Gustav Obersmair	Physiker
14.	Prof. Dr. Günther Reichelt	Biologe
15.	Michael Sailer	Physiker
16.	Dr. Christian Sailer	Rechtsanwalt
17.	Dr. G. Schneider	Radiologe
18.	Prof. Dr. Gerhard Thielcke	Zoologe
19.	Dr. Klaus Traube	Anlagentechniker
20.	Dr. Ludwig Trautmann-Popp	Kernphysiker
21.	Prof. Dr. rer.nat. Frederic Vester	Biochemiker u. Systemforscher
22.	Dr. Dieter Teufel	Biologe, IFEU
23.	Hubert Weiger	Nodenkundler
24.	Prof. Dr. Armin Weiß	Chemiker
25.	Prof. Dr. W. Witthuhn	Kernphysiker

## 4 Kontinuität. Professionalität.

### Wachstum: die 1980er-Jahre

Schon vor Tschernobyl hatte es einen Wechsel in der Leitungsposition des BUND gegeben. In der beginnenden Debatte um das Waldsterben hatte der damalige Vorsitzende des Bund Naturschutz Bayern, H. Weinzierl, sich um die Führung des BUND beworben und dessen Vertrauen gewonnen. Das ging mit umfangreichen Veränderungen in wichtigen Bereichen einher. Es schälte sich ein Team heraus, das über ein Jahrzehnt hinweg Kontinuität in den Verband brachte. Das war H. Weinzierl selbst, der Bundesgeschäftsführer L. Graf, G. Thielcke und Prof. G. Kneitz.

G. Kneitz übernahm den Vorsitz des Wissenschaftlichen Beirats des BUND und führte diese Geschäfte über 24 Jahre lang. Er und sein Gremium hatten großen Anteil daran, dass der BUND eine umfangreiche und geachtete Kompetenz im Natur- und Umweltschutz aufbaute (siehe Kapitel 6).

Der Einfluss des Beirats wurde auf die wissenschaftliche Beratung reduziert. Der Vorstand, der eine Erweiterung erfuhr, indem die Landesverbände dort alle angemessen vertreten waren, übernahm das strategische Geschäft, wurde damit voll handlungsfähig und zog nun seinerseits den Beirat zur eigenen fachlichen Unterstützung heran. Das bedeutete auch eine deutliche Demokratisierung, da nun die Delegiertenversammlung ihrerseits den Vorstand wählte und ab jetzt nicht mehr von Vorschlägen oder Berichten des Beirates abhängig war.

Weinzierl war für den BUND aus mehreren Gründen ein großer Gewinn. Er hatte hervorragende Beziehungen in die Politik, war finanziell unabhängig, vergleichsweise jung, innovativ und hatte als Vorsitzender des BN umfangreiche Erfahrungen in der Natur- und Umweltschutzpolitik gemacht. Spätestens durch sein Engagement gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf Anfang der 1980er Jahre war er bundesweit bekannt geworden. Die Zeitschrift „Quick“ bezeichnete ihn am 30.10.1985 als „Mr. Umwelt“. Weinzierl verriet ihr in einem Interview, dass er damals mit einem VW-Bus unterwegs war, der ihm die nötige Ausrüstung für den Alltag bot. Denn er bestritt oft zwei bis drei

Veranstaltungen an einem Tag und musste z.B. die dazu nötige Garderobe mithaben – manchmal eine Jacke, manchmal einen dunklen Anzug. Sein Kernanliegen war immer der Natur- und Artenschutz, er beherrschte aber auch souverän alle Themen des Umweltschutzes. Äußerst wortmächtig und ohne Hemmung gegenüber den Mächtigen gelang es ihm lange die Reihen des BUND zu schließen oder geschlossen zu halten. Er wurde bis in die 1990er Jahre mit fast 100% Zustimmung in seinem Amt als Vorsitzender des BUND bestätigt. Parteipolitisch war er wie der Verband selbst unabhängig. So warf er in einem „Umweltpolitischen Untätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1984“ der Bundesregierung „umweltpolitisches Gesamtversagen“ vor. Das bleifreie Benzin sei nicht rechtzeitig eingeführt worden, Werte der TA Luft nicht verschärft, die Großfeuerungsanlagenverordnung nicht nachgebessert, das Braunkohlekraftwerk Buschhaus als „Dreckschleuder der Nation“ nicht entschwefelt, kein Tempolimit und kein Bodenschutzprogramm eingeführt worden usw.

Grundsätzlich schonte er niemanden, nahm aber auch Kontakt zu allen demokratischen Fraktionen des Bundestages, der Länderparlamente oder der kommunalen Ebene auf, wenn es ihm für seine Ziele opportun erschien.

Grüne Listen – Vorläufer der Partei „Die Grünen“ – waren aus seiner und Thielckes Sicht zunächst eine Möglichkeit, Druck auf die etablierten Parteien auszuüben. Entweder diese würden ihr natur- und umweltschutzpolitisches Profil schärfen, oder man würde die neue Partei unterstützen. Sobald die Grünen sich etablierten und die inhaltlichen und personellen Schnittmengen deutlich erkennbar wurden, rückte man näher. Thielcke bemerkte im Bundestagswahlkampf 1982:

„Der BUND steht auch den GRÜNEN kritisch gegenüber, mit deren Zielen zur Umweltpolitik stimmt er zwar weitgehend überein. Ohne die Aktivitäten der GRÜNEN wäre es noch wesentlich schlechter um die Umwelt in unserem Lande bestellt, als dies ohnehin der Fall ist. Der BUND hält den Einzug der GRÜNEN ins Bonner Parlament im Interesse

des Gemeinwohls für geboten. Die GRÜNEN täten allerdings gut daran, ihre sozialpolitischen Absichten und Strategien zu überprüfen.“

Thielcke machte zwar nicht freiwillig Platz für H. Weinzierl an der Spitze des BUND. Es kam zu einer Kampfabstimmung um dieses Amt auf der Bundesdelegiertenversammlung am 7. Mai 1983. H. Weinzierl setzte sich hier mit 55 zu 32 Stimmen durch. Doch G. Thielcke wurde sein Stellvertreter und wirkte in diesem Amt mit dem gleichen Engagement fort.

Zweiter Stellvertreter wurde Wolfgang Staab aus Rheinland-Pfalz. Auch er war eine besondere Persönlichkeit: Der BUND hatte am 10.6.1977 in Koblenz einen Landesverband in Rheinland-Pfalz mit dem Namen „Bund für Umwelt und Naturschutz - Landesverband-Rheinland-Pfalz e.V.“ gegründet. Er vertrat einen eher konservativen Naturschutz. Dort gab es aber bereits einen Verband, der aus einer Bürgerinitiative entstanden war und dem W. Staab seit dem 8.9.1973 vorsah: der „Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Rheinland-Pfalz e.V.“. Er war thematisch breit aufgestellt und eher im Umweltschutz zu verorten. Die Konkurrenz beider Organisationen war offenkundig. Konkret ging es um die Namensähnlichkeit, die Werbung um das gleiche Klientel, Einflussbereiche usw.

Da die Fusion nicht gelang und der BUND an dem mitgliederstarken und thematisch breit organisierten Verband von Staab mehr interessiert war, entzog er 1980 dem eigenen Landesverband die Anerkennung und übertrug sie auf den „Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Rheinland-Pfalz e.V.“. Eine wichtige Weichenstellung: Eine basisdemokratisch aufgestellte Bürgerinitiative wurde komplett in den BUND integriert und Staab stellvertretender Vorsitzender. Damit war die Zeit der „Kopfgeburt BUND“ endgültig vorbei. Basisdemokratie wurde sein Kennzeichen.

Weinzierl stand somit an der Spitze eines Verbandes, der klar aufgebaut war und sein Profil gefunden hatte, der schlagkräftig war und wahrscheinlich damals als der wichtigste Akteur in der Natur- und Umweltschutzszene Deutschlands gelten konnte. Außerdem wurde der Verband als attraktiv empfunden, wie die Entwicklung der Mitgliederzahlen deutlich zeigte:

Mitgliederentwicklung des BUND von 1975 bis 1982:

Dezember 1975: 2.244

Dezember 1978: 3.423

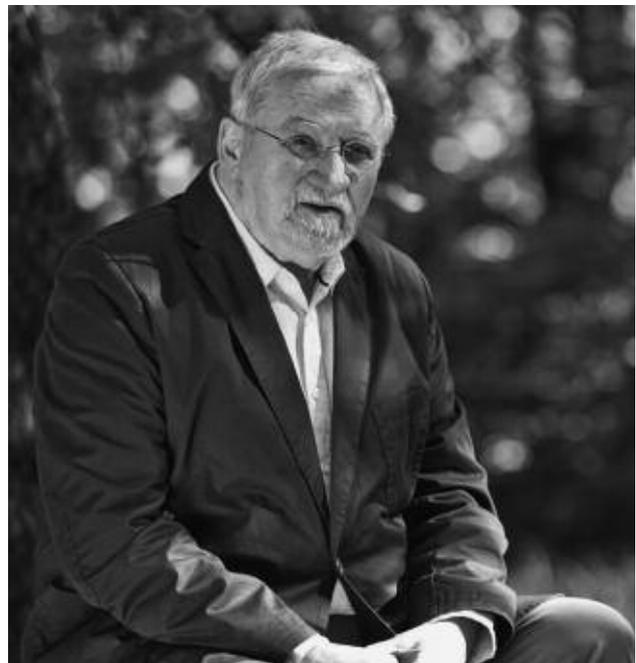
Dezember 1979: 5.316

Dezember 1980: 7.433

Dezember 1981: 9.318

April 1982: 10.148

Bis 1986 stieg die Zahl auf 32.983 Mitglieder an. Der BUND verfügte über knapp 4 Millionen DM Jahresbudget. Die Bundesgeschäftsstelle stützte sich auf über zehn hauptamtliche Kräfte, davon eine Teilzeitkraft. Hinzu kamen Aushilfen, vier ABM-Stellen und vier Zivildienstleistende. Das Wachstum hielt an. Allein 1988 wurden ungefähr 10.000 Mitglieder gewonnen (31.12.1988: 42.985) und ein Jahr später hatte man die 50.000 überschritten.



Hubert Weinzierl war BUND-Gründungsmitglied und prägte den Verband über Jahrzehnte.

# 5 Die Friedensbewegung – Natur als globales Thema

Die Suche nach einem alternativen Lebensstil in den 1970er und 1980er Jahren war eng mit der Friedensbewegung verbunden. Themen wie die deutsche Wiedervereinigung oder atomare und konventionelle Abrüstung mobilisierten viele Menschen.

Aufgrund der engen Verflechtungen von Friedens- und Umweltbewegung kam die Führung des BUND Anfang der 1980er Jahre nicht umhin, eine eigene Position zu friedenspolitischen Themen zu formulieren. Deshalb lud der BUND am 20.11.1981 die VertreterInnen der Landesverbände, die Beiratsmitglieder und die hauptamtlichen MitarbeiterInnen in die Evangelische Akademie Bad Boll ein – ein auf 30 TeilnehmerInnen begrenzter Kreis, der sich zunächst intern ein Meinungsbild erarbeiten sollte, um die eigene Stellung zur Friedensbewegung zu klären. Es zeigte sich schnell, dass Themen dieser Größenordnung nur international zu lösen waren. Auf der Veranstaltung näherten sich ReferentInnen dem Thema von verschiedenen Seiten. Militärs vertraten die Notwendigkeit der Abschreckung. KritikerInnen der herkömmlichen Militärdoktrin widersprachen. Im Hintergrund stand vor allem die Sorge um die Natur. Chemische Waffen waren und sind für Menschen und für die Umwelt eine immense Bedrohung. Auffällig am Programm dieser Tagung waren die großen Zeitfenster, die für Fragen und Diskussionen reserviert wurden. Stück für Stück begann der BUND auch auf der Führungsebene basisdemokratische Prozesse zuzulassen.

1983 hatte man den internen Meinungsbildungsprozess im BUND abgeschlossen und positionierte sich öffentlich zu dem Thema. Weinzierl argumentierte im Sinne von Albert Schweitzer mit der Ehrfurcht vor der Natur und forderte ein Ende der Selbstüberschätzung des Menschen. Daraus leitete er eine Wertediskussion ab. „Die Umweltdiskussion muß deshalb zunehmend von ethischen Erwägungen begleitet werden.“ Da die Position Schweitzers grundsätzlicher Art war und nicht an nationalen Grenzen haltmachen konnte, wurde nun auch offiziell der Brückenschlag zu den AkteurInnen der Ostermärsche und den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses geschlagen. „Öko-

logie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsgruppen solidarisieren sich“, hieß es in einer BUND-Presseinformation vom 1.8.1983. Und die inhaltliche Übereinstimmung und Zusammenarbeit von Ökologie- und Friedensbewegung wurde unterstrichen.

Die beiden gesellschaftlichen Strömungen trafen sich in vielen Punkten: Die Emissionen der Industrieländer mit negativen Auswirkungen auf den globalen Süden, das Waldsterben als internationales Problem, die Rodung von Wäldern am Amazonas durch westliche Konzerne, der Export von Waffen in die „Dritte Welt“, die Hungerkrisen bei der gleichzeitigen Verfütterung von Agrarprodukten in den Massentierhaltungen des globalen Nordens, ganz abgesehen von der Gefahr atomarer Verwüstung. H. Weinzierl forderte einen allgemeinen globalen Konsens: „Die persönliche Abrüstung der Vorurteile und Feindbilder ist der erste Schritt, die Würde des anderen zu wahren und ein faires Miteinander von Frauen und Männern, Verbandsvertretern und Politikern, Industriellen und Alternativen, Rassen und Völkern einzuüben.“

Der BUND begann bereits in den 1980er Jahren Kontakte über den „Eisernen Vorhang“ hinweg herzustellen. Kurz vor der „Wende“ unternahm der von Beate Seitz-Weinzierl geleitete Arbeitskreis „Umweltethik und Frieden“ zusammen mit JournalistInnen eine Reise an den Baikalsee, zu einem Dammbauprojekt nach Leningrad und vor allem nach Tschernobyl. In Moskau nahm der AK an einem Ökologiekolloquium zwischen Deutschland und Russland teil und sprach mit VertreterInnen eines ökologischen Friedenskomitees. Der Mauerfall bzw. die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ ab 1989 veränderte die Gesamtsituation mit einem Schlag. Rüstungsfragen traten in den Hintergrund, das globale Denken in Westdeutschland richtete sich nicht mehr in erster Linie auf die USA, den südamerikanischen oder afrikanischen Kontinent, sondern die osteuropäische Perspektive gesellte sich dazu. Umgekehrt gerieten die Ostdeutschen in den Einfluss des „Westens“. Und insgesamt gerieten Ost- und Westdeutschland in die Dynamik der Globalisierung. Das führte auch beim BUND zu einiger Verwirrung.



Was einst für den Krieg gebaut worden war, wird heute von den BUND-Landesverbänden in Westdeutschland für den Natur- und Artenschutz erschlossen: der sogenannte Westwall.

Fotos: Yves Rasqui, Patrice Wijnands, Frank Gottschall

## 6 Der Wissenschaftliche Beirat und seine Eingliederung in einen basisdemokratischen Verband

Nach der ersten Satzung des BNUD war der Wissenschaftliche Beirat zunächst das mächtigste Gremium. Der erste Vorsitzende, E. zu Guttenberg, wechselte nach dem Ausscheiden von H. Gruhl 1977 selbst in den Vorstand. Der Dirigent, der seine Musik und Auftritte oft in den Dienst des Natur- und Umweltschutzes stellte, war offenbar der richtige Mann für den Aufbau gewesen. So vermerkte das Protokoll der Beiratssitzung des BNUD am 27.3.1976 in Deidesheim kurz und knapp: „Personen im Vorstand sind auszuwechseln, wenn die Funktionsfähigkeit des Vorstands durch sie belastet wird. Dies gilt für alle Vorstandsmitglieder.“ Dieser Hinweis sollte damals ein Warnzeichen Richtung Gruhl sein.

Doch längerfristig besaß E. zu Guttenberg wohl nicht die naturwissenschaftliche und ökologische Fachkompetenz für diese Aufgabe, die der BUND für unverzichtbar hielt. Denn immerhin war vorgesehen: „Der BNUD-Beirat soll möglichst repräsentativ für ein weites ökologisch-systemanalytisches Arbeitsfeld sein, das von der Soziologie bis zur Physik reichen soll.“ Sein Nachfolger, der Biologe Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Paul Müller, u. a. Präsident der Universität des Saarlandes und langjähriges Mitglied im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen der Deutschen Bundesregierung, passte zu diesem Anspruch deutlich besser.

Da die inhaltliche Arbeit immer mehr zunahm, wurden den bisherigen etwa 30 Beiratsmitgliedern Schritt für Schritt Arbeitskreise hinzugefügt, deren Sprecher sie meistens waren.

P. Müller behielt zunächst seine machtvolle Stellung. Auch als der BUND am 15.3.1980 seine Satzung im Vergleich zu 1975 grundlegend veränderte, wurde festgelegt, dass der oder die Vorsitzende des Beirats und die SprecherInnen der AKs Teil des höchsten Organs, der Delegiertenversammlung, wurden – neben den Mitgliedern des Vorstands des BUND, den Vorsitzenden der Landesverbände und den im Verhältnis zu der Mitgliederzahl der Landesverbände gewählten Delegierten. Allein zahlenmäßig war der Beirat damit ein Schwergewicht. Er war inzwischen in zwei Ausschüsse aufgespalten worden: der fachpolitische Ausschuss

und der verbandspolitische Ausschuss.

Der fachpolitische Ausschuss war das eigentliche Herz: Die ungefähr 20 AK-SprecherInnen entwickelten mit ihren Fachleuten natur- und umweltschutzpolitische Programme und Positionen, nahmen Stellung zu aktuellen Themen im Natur- und Umweltschutz, unterstützten den Vorstand auf fachlicher Ebene und bereiteten Beschlüsse der Delegiertenversammlung vor.

Der verbandspolitische Ausschuss überwachte die Umsetzung der Beschlüsse durch den Vorstand. Dringende Geschäfte entschied er mit dem Vorstand zusammen, und er hatte das Vorschlagsrecht bei Wahlen in den Vorstand und den fachpolitischen Ausschuss. Er war weiterhin die Schlichtungsstelle bei Meinungsverschiedenheiten. Hier waren auch die Vorsitzenden der Landesverbände vertreten, um die Kooperation des BUND mit ihnen zu verbessern und sich gegenseitig zu unterstützen. Der oder die Vorsitzende, der/die vom Beirat gewählt wurde, hatte das Recht, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, und ihm/ihr musste bei Bedarf unbeschränkte Auskunft erteilt werden.

Der Beirat leistete innerhalb dieser Organisationsstruktur Grundlegendes für den BUND. Denn wenn dieser auf Bundesebene Alternativen zu grundsätzlichen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Fragen im Sinne des Natur- und Umweltschutzes vertreten wollte, dann hing der Erfolg nicht zuletzt davon ab, dass wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse zu entsprechenden Positionen zusammengeführt und formuliert wurden. Ansonsten wäre der BUND langfristig sicher nicht ernst genommen worden.

Die Arbeitskreise befassten sich im Jahr 1980 mit Abfallwirtschaft, Arten- und Biotopschutz, Energie, Mittlerer Technologie, Gesundheit, Finanzen und Steuern, Forstwirtschaft, Immissionsschutz, Landwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz, ökologischen Grundlagen und Forschung, Rechtsfragen, Toxikologie, Umwelterziehung, Verkehr, Wasserwirtschaft und Wirtschaftsfragen. Im Binnenbetrieb des BUND bot der Beirat Chancen. Mitglieder konnten sich

hier einbringen, ihre Kompetenz zeigen und im Idealfall auch SprecherInnen für ihr Thema werden. Das förderte die Akzeptanz und schuf Perspektiven. 1983 gab es allerdings Dissonanzen zwischen Thielcke, Weinzierl und Müller. Letzterer vertrat Positionen in der Kernenergie oder im Zusammenhang mit dem Waldsterben, die vielen Mitgliedern im BUND nicht mehr vertretbar erschienen. Der Vorstand bat Müller um den Rücktritt vom Vorsitz des Beirats und des Landesverbandes Saarland.

Ab diesem Zeitpunkt hatte Prof. G. Kneitz, Professor für Zoologie mit dem Schwerpunkt Ökologie und Umwelt an der Universität Bonn, 24 Jahre lang dieses Amt inne! Sicherlich stimmte seine Einschätzung: „In den Aufbaujahren war es nicht einfach, die vielgestaltigen Arbeitsfelder in den Griff zu bekommen.“

Wieder kam es zu einer Satzungsänderung, die auch deshalb kontinuieritätsfördernd wirkte, weil sie der gesamte Verband begleitete. In einem zweijährigen moderierten Prozess beteiligten sich alle Ebenen des BUND und erarbeiteten ein gemeinsames Ergebnis. Der Vorstand übernahm nun die eigentlichen strategischen und verbandlichen Aufgaben, während der Beirat sich allein auf das Fachliche konzentrieren sollte und konnte. Jedes der 20 Beiratsmitglieder wurde nun SprecherIn eines Arbeitskreises, dessen einzelne Mitglieder er/sie berufen konnte. Damit sollte der gesamte Bereich des Natur- und Umweltschutzes abgedeckt sein. Die AK-SprecherInnen waren im Auftrag des Vorstands tätig. Sie wurden von der Delegiertenkonferenz für die Zeit von zwei Jahren gewählt und konnten von ihr während ihrer Amtszeit nur mit Zweidrittelmehrheit abgesetzt werden. Ihre Wiederwahl war zulässig. Die Aufgaben der AK-SprecherInnen waren ab jetzt:

1. Die Entwicklung von Programmen im Natur- und Umweltschutz in eigener Verantwortung;
2. Die Bearbeitung aktueller Themen und die Stellungnahmen dazu;
3. Die Beratung der Gremien des BUND bei Fachfragen des Natur- und Umweltschutzes.

Fachkompetenz war ein Trumpf des BUND, über den in dieser umfassenden Form kein anderer Natur- und Umweltschutzverband zu diesem Zeitpunkt verfügte.

# 7 Das Grundsatzprogramm des BUND

Ende der 1980er Jahre hatte sich der BUND als Natur- und Umweltverband mehr oder minder alle wichtigen Umweltthemen erschlossen. Während er auf aktuelle Entwicklungen reagierte, hatten insbesondere seine Arbeitskreise systematisch fundierte Positionen erarbeitet. Dementsprechend war es an der Zeit, diese zusammenzufassen und einen Gesamtüberblick über die Alternativen zu geben, die aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes auf gesellschaftlicher, politischer oder wirtschaftlicher Ebene zuträglicher waren als die bestehenden Strukturen.

Das von der Delegiertenversammlung des BUND am 28.5.1988 in Lüneburg beschlossene Grundsatzprogramm fasste diese Sicht auf 18 Seiten zusammen und bot Arbeitshilfen an. Dabei wurden die Begriffe „Natur“, „Umwelt“ und „Ökologie“ umfassend verstanden.

Im Folgenden wird dieses Grundsatzprogramm aus drei Gründen etwas ausführlicher dargestellt:

1. Es stellte – wie oben ausgeführt – den Abschluss einer inhaltlichen Entwicklung dar, die der BUND seit seiner Gründung vollzogen hatte. Man hatte jetzt abgesicherte Positionen, die man in Zukunft vertreten und vor allem umsetzen wollte.
2. Es handelt sich um ein historisches Dokument, das inzwischen 27 Jahre alt ist. An ihm kann ersehen werden, was sich seitdem auch unter Einwirkung des BUND in der Gesellschaft, dem Recht, der Politik, der Wirtschaft, aber auch in vielen anderen Bereichen verändert hat.
3. Das Grundsatzprogramm wurde im Schatten von Ereignissen verabschiedet, die völlig unerwartet ganz neue Herausforderungen stellten: der Fall der innerdeutschen Mauer, die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ und die mächtigen Wellen der nun deutlich spürbaren Globalisierung.

Das Grundsatzprogramm des BUND ist deshalb ein guter Gradmesser für das bis dahin und bis heute Erreichte. Bei der im Folgenden gerafften Darstellung kann jeder Leser und jede Leserin selbst ersehen und beurteilen, wie sich Deutschland in den einzelnen Bereichen verändert hat. Wie weit man – im Positiven wie auch im Negativen – gekommen ist.

Dem Grundsatzprogramm wurden Grundprinzipien für eine angemessene Ethik im Umgang mit Natur und Umwelt vorangestellt. Dabei stützte man sich auf historische Erfahrungen, die gezeigt hatten, dass bisherige Denk- und Handlungsweisen in die falsche Richtung gegangen waren. So war deutlich geworden, dass das „Feuerwehrprinzip“ – erst aktiv werden, wenn der Schaden schon besteht – durch das Vorsorgeprinzip ersetzt werden musste. Unwiederbringliche Werte von Natur und Umwelt wie z.B. die Ozonschicht oder Ressourcen wie Moore waren im Vorfeld zu schützen. Denn „Reparaturen“ sind nach ihrer „Beschädigung“ einfach nicht mehr möglich.

Des Weiteren war dem BUND die Partizipation der BürgerInnen an politischen Prozessen rechtlich bis dato nicht stark genug verankert. Er forderte die Einführung des Umweltschutzes als Staatsziel im Grundgesetz und ein Grundrecht auf Umweltschutz. Die Einhaltung von Umweltgesetzen hätte damit vor allem lokal eingeklagt werden können. Passend dazu wollte der BUND die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Vorhaben in Natur und Landschaft verbindlich machen, um ihre negativen Auswirkungen abzuschätzen und gegebenenfalls zu verhindern.

Dezentralisierung und Vernetzung waren zwei weitere Prinzipien, um insbesondere den Energiesektor grundlegend zu verändern. Schließlich wurde die „Umwelterziehung“ der Bevölkerung in Rundfunk und Presse sowie in schulischer und außerschulischer Bildung gefordert.

Diese Prinzipien waren Ausdruck der bisherigen Erfahrungen und ein Plädoyer für die Organisation basisdemokratischer Prozesse. Außerdem waren sie auch ein Ausdruck des Vertrauens in die eigenen Strukturen: „Die an der Basis werden das schon richtig machen ...“

Das Dokument unterschied in der Folge Teilbereiche, für die die Arbeitskreise des BUND in den letzten 10 Jahren eine Position erarbeitet hatten. Diese wurden nun aufbauend auf den genannten Prinzipien klar formuliert.

Im Bereich Gesundheit gab der BUND eben nicht der Heilung, sondern der Vorbeugung Priorität: insbesondere durch Vermeidung von Schadstoffen in Lebensmitteln, Körperpflegemitteln, der Umwelt usw.

Für den BUND stand eine Reform der Landwirtschaft dringend an. Stichworte waren hier: Die Streichung der Landwirtschaftsklausel in allen Natur- und Umweltschutzgesetzen, eine grundsätzliche Reform der EG-Marktordnungspolitik, die Förderung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe und der ökologischen Landwirtschaft sowie die staatlich geschützte Etikettierung von rückstandsfreien Produkten. Die Agrotechnik wurde völlig abgelehnt.

Ebenso wurde die Reduzierung des Chemikalieneinsatzes im Allgemeinen, insbesondere aber in der Landwirtschaft angestrebt. Die chemische Industrie sollte einer Umweltaftung und einer Beweisumkehr unterliegen und ihre Produktion verteuert werden.

Gefordert wurde eine Reform der Waldwirtschaft im Sinne einer „Naturnahen Waldwirtschaft“, die sich z.B. in der Naturverjüngung, einem mehrstufigen Waldbau usw. darstellen sollte.

Der Meeresschutz war Ende der 1980er Jahre ein besonders aktuelles Thema. Der BUND forderte z.B. ein Ende der Verklappung in der Nord- und Ostsee und einen intensiven Schutz des Wattenmeers.

Im Bereich der Wasserwirtschaft stand für den BUND das Sparen von Wasser an erster Stelle. Der Schutz von Feuchtgebieten als Rückhaltebecken, die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten und die Renaturierung von Flüssen waren weitere Punkte.

Alle genannten Punkte kamen dem Schutz von Arten und ihren Lebensräumen zugute. Diese sollten eine unabdingbare Voraussetzung allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Handelns sein.

Daran würden auch Raumordnung und Städtebau Anteil haben, wenn sie mit ihren Instrumenten (Bundesraumordnung, Landes- und Regionalplanung, Bauleitplanung) Umweltvorsorge auf allen Ebenen der räumlichen Gesamtplanung betreiben würden.

In der Abfallwirtschaft sah der BUND großen Handlungsbedarf. Abfallvermeidung, Mülltrennung, Wiederverwertung durch ein ausdifferenziertes Recyclingsystem, Besteuerung von Einwegverpackungen, keine Ausweitung der Müllverbrennungsanlagen waren z.B. Forderungen, die die Müllproblematik von dem Kopf auf die Füße stellen konnten.

Die Energiewirtschaft sollte ebenso völlig verändert werden. Energiesparen sollte höchste Priorität besitzen, der Ver-

brauch verteuert und eine Reform des Energiewirtschaftsgesetzes zur Förderung von dezentraler Energieproduktion umgesetzt werden. In den alternativen Energien sah der BUND die Zukunft.

Im Bereich Verkehr war der Verband dezidiert der Auffassung, dass Deutschland über genug Straßen verfügte. Ihr Bau sollte bis auf die Umgehungen beendet werden. Das gleiche betraf die Flughafenprojekte. Dafür sollten die Bahn, der öffentliche Personennahverkehr und das Fahrradnetz ausgebaut, der Güterverkehr auf die Bahn verlagert und darüber hinaus ein Tempolimit eingeführt werden. Die Lärmemissionen von Fahr- und Flugzeugen waren aus Sicht des BUND zu vermindern.

Bei der Luftreinhaltung waren aus BUND-Sicht die Überarbeitung der TA-Luft und die Verringerung der Grenzwerte für Emissionen und Immissionen erforderlich. Flächendeckende Zielwerte für die Qualität der Luft sollten erstellt und verbindlich gemacht werden.

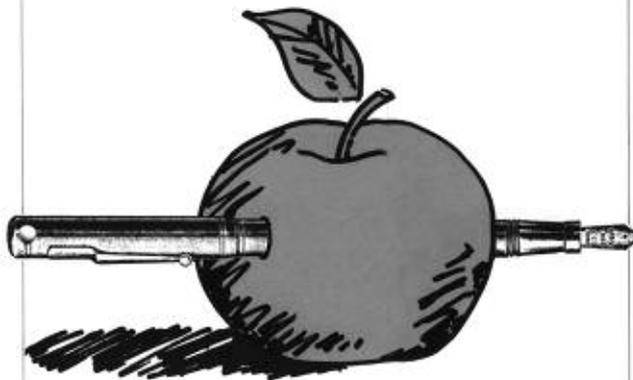
Auch zur Wirtschaftspolitik positionierte sich der BUND und setzte auf eine „ökologische Steuerreform“. Sie sollte sichern, dass die Folgekosten ökonomischen Handelns von den VerursacherInnen getragen würden und keine Sozialisierung der Umweltfolgekosten möglich sein könnte. Produktionsformen mit erheblichen negativen Umweltfolgen sollten eingestellt werden, umweltverträgliche Produktionsverfahren und Produkte dagegen gefördert werden.

Die übrigen Teilbereiche waren weniger umfassend. So sollte das Militär z.B. seinen Manöverbetrieb einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterziehen und auch Tourismus und Sport müssten naturnäher werden. Denkmäler müssten vor schädlichen Einflüssen geschützt werden, die auf die Verschmutzung der Umwelt zurückgingen.

Medienpolitisch forderte der BUND für sich einen Sitz in allen Medienkontrollgremien, und im Umweltrecht waren die Einführung der Verbandsklage, die Bekämpfung der Umweltkriminalität sowie die Einführung eines Volksentscheids auf Bundesebene wichtige Ziele.

All das würde dazu führen, dass die BRD in der internationalen Umweltpolitik die Federführung übernehmen oder im Zweifelsfall bei EG-Regelungen eigene nationale Maßnahmen für den Schutz von Natur und Umwelt ergreifen würde.

# GRUNDSATZ PROGRAMM



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
e.V.



**BUND**

# 8 Die deutsche Wiedervereinigung (1989/1990)

Der überraschende Fall der innerdeutschen Mauer im November 1989 und die darauffolgende deutsche Wiedervereinigung 1990 hielten die Menschen in Ost und West in Atem. Es blieb kaum Zeit innezuhalten und über die Entwicklung nachzudenken. Das Projekt eines „Dritten Weges“ im Sinne einer langsamen Annäherung der beiden Staaten hatte keine wirkliche Chance. Das bundesdeutsche Modell wurde auf Ostdeutschland fast vollständig übertragen. Die Regierung Kohl griff nur auf die „alten Rezepte“ zurück.

## 8.1 Die Herausforderungen für den BUND

Die Dynamik der Ereignisse stellte auch den BUND vor ganz neue Herausforderungen. Zwar hatte z. B. der BN bereits vor dem Fall der innerdeutschen Mauer Kontakte in die DDR gehabt – z. B. in Zusammenhang mit der Frage des Waldsterbens –, aber grundsätzlich stand der BUND vor einer schwer einschätzbaren Situation. Das betraf ganz unterschiedliche Ebenen.

### 8.1.1 Keine Okkupation, aber auch nur eingeschränkte Hilfe für die Verbände in Ostdeutschland

Innerverbandlich stellte sich die Frage nach der Einbindung der „Fünf Neuen Bundesländer“ – in der DDR hatte es bis dato nur Bezirke gegeben. In der Konsequenz bedeutete das den Aufbau ganz neuer Landesverbände. Es mussten die organisatorischen Strukturen geschaffen, Mitglieder gewonnen und Anschubfinanzierungen geleistet werden. Eine Situation, auf die der BUND nicht vorbereitet war. Im Rückblick ist festzustellen: Der BUND hat sich dieser Aufgabe nur zögerlich angenommen und sie eigentlich zu zögerlich bewältigt. Das hing u. a. damit zusammen, dass er sich fair verhalten wollte. Den Eindruck der „Okkupation“ rief der BUND durch sein Auftreten in Ostdeutschland sicher nicht hervor. Der Vorstand beschloss 1990, dass BUND-Gruppen gegründet würden, falls die Initiative von den Ostdeutschen selbst kommen würde, und es sollten Vereinigungen aus der ehemaligen DDR unterstützt werden, die zum eigenen Profil passten. InteressentInnen bekamen zunächst eine kostenlose Mitgliedschaft.

Das war ein grundsätzlich sehr anerkanntes und basisdemokratisches Vorgehen, das beim Aufbau des BUND in der BRD gut funktioniert hatte. Natur- und umweltschutzpolitische Anliegen waren von einer professionellen Struktur aufgenommen und unterstützt worden. Die Zahl der Mitglieder und Begeisterten war sukzessive angestiegen, das bedeutete neue finanzielle Mittel für den Verband usw. Das beschreibt den Weg, den die westdeutschen Landesverbände seit 1975 bis auf die großen Gründervereine in Bayern und in Baden-Württemberg mühsam, aber erfolgreich gegangen waren. Aber: Die Landesverbände in Westdeutschland waren aus diesen Gründen auch nicht ohne Weiteres gewillt, die neuen Bundesländer von vorneherein mit einem finanziellen Masterplan so zu unterstützen, dass sie aus dem Vollen schöpfen konnten. Und sie hatten natürlich selbst ihren Finanzbedarf – eine Situation wie bei der Wiedervereinigung war nicht „eingepreist“.

Zunächst sah die Lage aber nicht allzu schlecht aus. 1990 hatte der BUND in Sachsen bereits 49 Mitglieder, in Sachsen-Anhalt 34, in Thüringen 195, in Mecklenburg-Vorpommern 101, in Brandenburg 44 und in Berlin 1482.

1997 war man allerdings immer noch nicht richtig vorangekommen. Die ostdeutschen Verbände waren mitgliederschwach geblieben. Sie finanzierten sich vor allem über Drittmittel, Landesmittel und Zuschüsse des BUND. Personalkosten konnten so nicht langfristig getragen werden. Der BUND reagierte nun mit einem Solidaritätsfonds. „Ziele des Hilfsprogramms seien: Kontinuierliche Beratung, Stärkung des Ehrenamts, wirtschaftliche Unabhängigkeit, Stärkung der umweltpolitischen Arbeit.“ 250 000 DM wurden in den Haushalt des BUND eingestellt, um jedem Ost-Landesverband wenigstens einen oder eine hauptamtliche/n GeschäftsführerIn und Sachmittel zu ermöglichen.

### 8.1.2 Die „Causa Goldisthal“

Die bessere Unterstützung der Ost-Verbände war auch eine Reaktion auf die „Causa Goldisthal“ in Thüringen. Der dortige Landesverband des BUND war seit 1994 gegen das geplante Pumpspeicherwerk der VEAG in Goldisthal vorgegangen. Das Projekt war aus der Sicht des BUND

energiepolitisch unsinnig und bedrohte das betroffene Schwarzatal existenziell. Viele Aktionen und Widersprüche gegen den Planfeststellungsbeschluss hatten am Ende keine Wirkung gezeigt. Letztendlich hatte der Landesverband den Weg der gerichtlichen Klage beschritten, stellte aber schnell fest: Für einen Erfolg war ein umfangreiches Rechtsgutachten notwendig, das mindestens 100 000 DM kostete. Das Geld hatte der Verband nicht. Er stand vor der Aussicht, die Klage zurückzuziehen und eine Niederlage hinnehmen zu müssen. Das Kraftwerk wäre dann wohl gebaut worden. Deshalb führte der BUND Thüringen mit der VEAG Vergleichsverhandlungen. Der Energiekonzern war angesichts der durch die Klage abzusehenden weiteren Verzögerungen des Projektes bereit, sieben Millionen DM in eine Stiftung fließen zu lassen, die Naturschutzprojekte betreiben und die regenerativen Energien fördern würde. Die einzige Einschränkung war: Die Stiftung dürfe nicht gegen die VEAG arbeiten.

Diese sensiblen Verhandlungen waren im Geheimen geführt worden, allerdings hatte der Landesverband sich die Entscheidung für die Stiftung von der Landesdelegiertenversammlung absegnen lassen, und der Vorstand des BUND war informiert.

Als die Sache bekannt wurde, hagelte es Kritik. Zunächst deshalb, weil viele Mitglieder von dem Vorgang aus den Medien erfuhren, z. B. G. Kneitz, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates. Außerdem fürchtete man, die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren. H. Weiger vom BN hielt Goldisthal für eine Richtungsentscheidung – für eine falsche. Man müsse sich als Verband davon distanzieren, sonst habe der BUND keine Zukunft. H. Steininger, ebenfalls vom BN, betonte, sein Landesverband sei bei Großprojekten oft in vergleichbare Situationen wie die KollegInnen aus Thüringen geraten, aber habe sich nie zu einem Vergleich bewegen lassen. Und man habe trotzdem Erfolg gehabt. Im Rückblick muss man dieser Position recht geben. Der Landesverband in Thüringen erhielt zwar eine Stiftung und konnte auf dieser Arbeit aufbauen. Zudem hatte er im Planfeststellungsverfahren eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen von 15 Millionen DM auf 55 Millionen DM erreicht. Aber die Glaubwürdigkeit war angekratzt.

Die Causa Goldisthal ist aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und sicher nicht abschließend zu beurteilen. Aber sie ist u. a. ein Ausdruck dafür, dass die ostdeutschen Landesverbände zu lange zu wenig Unterstützung bekamen, und der Solidaritätsfonds 1997 zu spät eingerichtet wurde.

### 8.1.3 Die Einrichtung des Verbandsrates

Die Etablierung der ostdeutschen Landesverbände führte zwangsläufig dazu, dass neu über die innerverbandlichen Strukturen nachgedacht wurde. 1991 schien es angebracht eine größere Satzungsänderung vorzunehmen. Dabei wurde ein neues Gremium geschaffen, der Verbandsrat – das Gremium, das nun nach der Delegiertenversammlung die höchste Machtfülle erhielt. Er setzte sich damals aus jeweils einem Vertreter oder einer Vertreterin jedes Landesverbandes, der BUNDjugendleitung, des Bundesvorstands und den GeschäftsführerInnen der Landesverbände bzw. der Bundesgeschäftsführung zusammen. Seine Aufgaben bestehen bis heute in der Vermittlung zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden, er fungiert als Schlichtungsstelle, soll die innere Struktur des BUND stärken, das Vorgehen der Landesverbände mit koordinieren helfen, Anträge für die Delegiertenkonferenzen vorbereiten, die Durchführung der Beschlüsse kontrollieren und Beschwerden bei Ausschlüssen entscheiden.

Es ging somit darum, ein Koordinationsorgan und Lenkungs-gremium zu schaffen, das einen Interessens- und Informationsaustausch zwischen dem BUND und den Landesverbänden gewährleistete. Gleichzeitig wurde die Macht des Bundesvorstandes erhöht. Der oder die Vorsitzende wurde nun gegenüber dem/der BundesgeschäftsführerIn weisungsbefugt, was früher nicht der Fall war. Beide zusammen, Verbandsrat und Vorstand, nahmen auch gemeinsame Aufgaben wahr. Das zielte vor allem auf die Weiterentwicklung der inneren Struktur, aber auch auf die finanzielle Mittelbeschaffung und die Lösung der Frage, wie das Geld zwischen den Landesverbänden verteilt werden sollten. Entscheidungen hingen vom Einvernehmen aller ab, das nur eintrat, wenn Vorstand und Verbandsrat unabhängig voneinander einer Entscheidung zustimmten.

Damit sicherten sich die Landesverbände eindeutig mehr Einfluss, der sich auch in Bezug auf den Wissenschaftlichen Beirat fortsetzte. Denn dieser wurde jetzt ebenfalls von den Landesverbänden besser beschickt. Sie entsandten wie auch die BUNDjugend jeweils ein sachkundiges Mitglied in die Arbeitskreise. Der Wissenschaftliche Beirat bekam das Recht, Aussagen des Verbandes fachlich zu prüfen.

Und noch ein weiteres Gremium wurde eingeführt: der Gesamtrat. In ihm arbeiteten die drei wichtigsten Gremien gemeinsam an zentralen Aufgaben wie dem Entwurf von Haushalts- und Stellenplänen. Sie beschlossen gemeinsam bundesweite Kampagnen, klärten wichtige Einzelfragen des Verbandes mit weitreichender Bedeutung und entschieden über Mitgliedschaften in anderen Organisationen.

Einvernehmen bestand, wenn Vorstand, Verbandsrat und Wissenschaftlicher Beirat unabhängig voneinander einer Entscheidung zustimmten.

Die Satzungsänderungen wurden aufgrund der neu hinzugetretenen ostdeutschen Landesverbände notwendig. Diese brachten Dynamik in die bisherigen Strukturen. Dabei spielte auch eine Rolle, dass der Verband in Westdeutschland inzwischen deutlich gewachsen war.

Vergleicht man den neuen Verbandsaufbau mit der Satzung von 1975, ist leicht ersichtlich, wie sich die Prinzipien Basisdemokratie und die gegenseitige Kontrolle der Kräfte – Checks and Balances – immer weiter durchgesetzt hatten. Das Profil eines „von oben“ gesteuerten Verbandes hatte sich 15 Jahre später lange überlebt. Darauf weist noch ein anderes Detail hin. Auf der Bundesdelegiertenversammlung vom 7. bis 9.6.1991 in Freiburg wurde ein Antrag auf „Feminisierung“, wie es ausgedrückt wurde, von Antragsstellungen gestellt, also auf die Einhaltung einer gendergerechten Sprache – und mehrheitlich angenommen.

#### 8.1.4 Keine Zeit für Natur- und Umweltschutz? Der Wiederaufbau der neuen Bundesländer

Die Situation von Natur und Umwelt in Ostdeutschland war nach 1989/1990 sehr heterogen. Es gab Problemregionen wie Bitterfeld oder die Braunkohleabbaugebiete in der Lausitz, es gab andererseits Gebiete, die noch 1990 als Nationalparke ausgewiesen werden konnten. Die Belastungen für die Umwelt gingen drastisch zurück, da sich die industrielle Produktion deutlich verringerte, und die Umweltgesetzgebung der BRD griff. Dem wiederum stand der Aufbau einer Infrastruktur gegenüber, der einem hochtechnisierten Staat entsprechen sollte: die Grundlage für das Versprechen von Bundeskanzler Kohl, in kurzer Zeit „blühende Landschaften“ zu schaffen.

In dieser Umbruchsituation hatten die ostdeutschen Landesverbände immens viel zu tun – und einen schweren Stand. Sie mussten das Erreichte bewahren und dem Angriff auf Natur und Landschaft etwas entgegensetzen. Das zeigt eine Situationsbeschreibung von 1994.

„Der Bund-Ost gilt als besonders kompetent bei der Organisation des Widerstands sowohl gegen die Verkehrsprojekte als auch bei anderen Umweltproblemen wie Bergbau, Beschneidung von Beteiligungsrechten, Ausräumen von Kulturlandschaft etc. Trotz kleiner Landesverbände und obwohl er oft als der Totengräber des Aufschwungs gilt, wird

der BUND-Ost zunehmend selbstbewusster und kompromissloser. Man kommt am BUND im Osten nicht mehr vorbei.“

Zwar stützte der BUND die neuen Landesverbände durch inhaltliche Beschlüsse wie z. B. 1992: In einer umfangreichen Resolution für Ostdeutschland forderte er, dass die geretteten Naturschätze als „Noli Tangere-Gebiete“, also als „unberührbar“ gelten sollten – vor allem Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete. Positive Entscheidungen über Verkehrsbauten in diesen Bereichen sollten rückgängig gemacht werden. Aber grundsätzlich hatte der BUND in den 1990ern einen schweren Stand. Denn hier wie dort, in den alten wie in den neuen Bundesländern, waren die Natur- und Umweltschutzverbände in die Defensive geraten. Es wurde ihnen von vielen Seiten nahegelegt, die Ansprüche angesichts der großen Herausforderungen und Aufgaben der Wiedervereinigung zurückzuschrauben. Trotzdem gelang es dem BUND in vielen Bereichen erfolgreich Politik zu machen bzw. Projekte umzusetzen – auch über die ehemalige innerdeutsche Grenze hinweg.

#### 8.2 Rettet die Elbe

Ein großer Erfolg des BUND in Ost- wie Westdeutschland wurde die Renaturierung und der Schutz der Elbe, eines Flusses, der 1990 auf etwa 600 km noch naturnah floss und damit ein ganz anderes Landschaftsbild bot als z. B. der weitgehend kanalisierte Rhein. Vom Elbwasser hingen noch etwa 10 000 ha Auenwald ab.

Ein Antrag zur Bundesdelegiertenversammlung des BUND in Freiburg am 30.4.1991 legte die Grundzüge der Politik des BUND für dieses Flussgefüge fest. Eingriffe sollten abgewehrt, die Qualität des Wassers so gehoben werden, dass der Fluss seine ökologische Funktionen wieder erfüllen konnte, die Biodiversität wieder anstieg und sogar Lachse als Indikatorart dort wieder leben konnten. Der naturnahe Verlauf sei ebenso zu schützen wie die Elbauen, Eindeichungen seien abzulehnen. Eine Vertiefung zur besseren Schiffbarkeit käme nicht in Frage. Der BUND forderte einen „Nationalpark Elbtalau“ sowie eine extensive Grünlandwirtschaft und – da abzusehen war, dass so ein Projekt Menschen anzog – den Aufbau von Strukturen für einen sanften Tourismus.

Dem Leiter des Elbeprojekts des BUND, Dr. Ernst Paul Dörfler, gelang es seit Beginn der 1990er Jahre den Wert des Flusses im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. 74% der Deutschen waren 1995 – so eine Umfrage des

Marktforschungsinstituts infas – gegen den Ausbau der Elbe. Die Elbe erholte sich auch dank der Bemühungen des BUND wieder. Insbesondere die Wasserqualität besserte sich in erhoffter Weise. Zwar existierte der Nationalpark Elbtalau nur kurz – eine Normenkontrollklage hatte Erfolg, da der Nationalpark eben nicht dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz entsprach und keine weitgehend vom Menschen unberührte Fläche darstellte, sondern eine Kulturlandschaft – ,aber 1997 wurde das Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ von der UNESCO anerkannt. Es hat eine Fläche von 3430 Quadratkilometern und umfasst etwa 400 km des Flussverlaufes.

Zentrum der Bemühungen des BUND in diesem Zusammenhang wurde Burg Lenzen, die dem BUND-Landesverband Niedersachsen geschenkt wurde. Dieses Geschenk anzunehmen war ein mutiger Schritt, denn das Gebäude befand sich in einem ruinösen Zustand. Trotzdem gelang es dem Verband mit Hilfe vieler KooperationspartnerInnen, insbesondere mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und einer privaten Zustifterin, die Burg systematisch zu einem Zentrum für Auenökologie auszubauen, das Umweltbildung betreibt. In den Bundesdelegiertenversammlungen votierten die Mitglieder des BUND Jahr um Jahr für dieses Projekt und setzten Geld und Know-how dafür ein.

Heute gehen von hier Impulse für Naturschutz, nachhaltige Regionalentwicklung und sanfter Tourismus aus, um das Biosphärenreservat mit seinen Fluss- und Auenlebensräumen weiterzuentwickeln. Das größte, bereits abgeschlossene Deichrückverlegungsprojekt in Deutschland in der Lenzener Elbtalau wurde von hier aus realisiert.

### 8.3 Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche in den 1990ern

Im Rückblick sind der Fall der innerdeutschen Grenze und die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ auch mit der Forcierung der Globalisierung verbunden. Es ist offenbar, dass nun in den westlichen Industrieländern die Einführung der Marktwirtschaft in die sich transformierenden Länder Osteuropas vornehmlich als eine Möglichkeit gesehen wurde, neue Absatzmärkte zu schaffen. Die aus der UdSSR entlassenen oder sich herauslösenden Staaten ihrerseits hofften berechtigterweise auf eine materielle Erhöhung des Lebensniveaus, einhergehend mit bürgerlichen Freiheiten und sozialer Absicherung. Die Gesellschaften dieser Staaten standen vor der immensen Herausforderung, die beiden Forderungen durch ein neues politisches System

zu organisieren. Demgegenüber war es für westliche Unternehmen deutlich leichter, ihre Produkte und Dienstleistungen anzubieten und entsprechende Produktionsstandorte und Distributionskanäle einzurichten.

Während dieser Prozess bereits in den neunziger Jahren öffentlich diskutiert wurde, wandelte sich das Primat der Ökonomie zu einer allumfassenden Perspektive. Heute spricht man von der „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“. Das ist eine Entwicklung, die in der allgemeinen Euphorie über das erhoffte Zusammenwachsen der beiden sich bisher feindlich gegenüberstehenden politischen Blöcke diesseits und jenseits des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ nur von wenigen in seiner vollen Bedeutung erkannt wurde. Darin sind einige der Gründe zu entdecken, warum der BUND für viele überraschend in eine Krise rutschte.

### 8.4 Beschleunigungsgesetze und „Segmentierung“ der Gesellschaft

Der „Aufbau Ost“ führte die Natur- und Umweltschutzbewegung im Laufe der 1990er Jahre auf verschiedenen Ebenen in die Defensive. Politik und Ökonomie forderten im Sinne des Primats des wirtschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland, dass Umweltbelange zurückzustehen hätten. Ausdruck dieser Haltung waren die sogenannten Beschleunigungsgesetze, die sichern sollten, dass die „notwendigen“ Planungsverfahren für große Infrastrukturmaßnahmen nicht durch „Bedenkenträger“ in die Länge gezogen würden. Der BUND formulierte bereits 1991 seine Ablehnung:

„Die von Bundesverkehrsminister Krause geplante Aussetzung der Bürgerbeteiligung in der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Linienfindung, die Verkürzung der Einspruchsfristen bei den Planfeststellungsverfahren, die Streichung des Erörterungstermins bei Änderung bestehender Straßen-, Schienen- und Wasserwege sowie Flughäfen sowie das Aussetzen der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen Planfeststellungsbeschlüsse stellt einen Generalangriff auf die Demokratie dar, die der BUND nicht hinnehmen wird. Planungsdemokratie darf nicht in Planungsdictatur umgewandelt werden.“

Die Empörung wurde dadurch genährt, dass bereits der Versuch der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg sichtbar wurde, die Regelungen der Beschleunigungsgesetze für die neuen Bundesländer auch auf die alten Bundesländer zu übertragen.

Der Protest half nicht. Die Beschleunigungsgesetze wurden verabschiedet. Die Bürgerrechte im Sinne der alten BRD wurden untergraben und Umweltstandards ausgehöhlt. Das schwächte die Position der Natur- und Umweltschutzverbände – nicht nur in den neuen Bundesländern.

Doch noch ein anderer Aspekt führte die Natur- und Umweltschutzbewegung im Laufe der 1990er Jahre auf verschiedenen Ebenen in die Defensive: der Verlust von Verbündeten. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem damit verbundenen politischen Tauwetter schien z. B. das Anliegen der mit der Umweltbewegung eng verbundenen Friedensbewegung wegzufallen. Die berühmten Ostermärsche, die in den 1970er und 1980er Jahren noch Hunderttausende Menschen mobilisierten, fanden zwar hier und dort noch statt, verloren jedoch nun an Bedeutung. Mit dem Anliegen schmolz jedoch die Unterstützung der Gesellschaft für die Natur- und Umweltschutzbewegung. Ein verbindendes Glied zwischen vielen Menschen entfiel. Die BUNDjugend fasste die Entwicklung in Bezug auf die Mitgliederzahlen 1995 so zusammen: „Auf die Jahre des sich beinahe verselbstständigten Wachstums folgen nun die Jahre der Ernüchterung. Die Netto-Rückgänge der Mitgliederzahlen in einer zunehmenden Zahl von Landesverbänden sollte uns ein unüberhörbares Warnsignal sein.“

Hinzu kam die scheinbar entschiedene Systemfrage: Der offenkundige „Sieg“ des Kapitalismus schwächte dessen KritikerInnen und suggerierte Alternativlosigkeit. Er führte nun zu einer verschärften Form des Kapitalismus, dem Neoliberalismus. Das Prinzip des individuellen „pursuit of happiness“ bekam Hochkonjunktur, dem Gedanken des Sozialen, das gemeinsame Anliegen verfolgte, wurde häufig das Etikett aufgedrückt, hinderlich zu sein. Einen weiteren Beitrag zur Veränderung des gesellschaftlichen Klimas leistete die Rezession nach der Wiedervereinigung 1990. Sie bewirkte zunehmende Arbeitslosigkeit und eine sich immer weiter öffnende Schere bei der Verteilung des Reichtums in der BRD. Wollte der oder die Einzelne zu den ökonomischen GewinnerInnen zählen, galt es, sich vor allem auf die berufliche Karriere zu konzentrieren. Ehrenamtliches Engagement gegen ein politisches und wirtschaftliches System, das gerade den Sieg über seine Konkurrenz davon getragen hatte? Das war nicht unbedingt attraktiv. Dass damit eine immer größere Individualisierung und Segmentierung der Gesellschaft stattfinden würde, deutete sich in den 1990er Jahren an und ist heute aus historischer und soziologischer Perspektive gut erkennbar. Der BUND musste in diesem hochdynamischen Umfeld der Wendeereignisse und ihrer Folgen agieren, ohne damals die Ereignisse vollständig analysieren zu können.

## 8.5 Haushaltsdefizit beim BUND

Das Führungsteam von H. Weinzierl wurde 1992 vom verdienten Geschäftsführer L. Graf verlassen. Auch der inzwischen zum langjährigen Schatzmeister arrivierte W. Staab trat zurück. Er hatte schon Mitte der 1980er Jahre immer wieder auf das schnelle Wachstum des Verbandes hingewiesen und eine sorgfältige Haushaltsplanung eingefordert. 1991 waren Ausgaben und Einnahmen bereits nicht mehr im Gleichgewicht. Zu viele Projekte waren in dieser dynamischen Zeit notwendig und in Angriff genommen worden. Um hier den Überblick zu wahren, wurde L. Graf 1991 ein kaufmännischer Geschäftsführer, Mick Petermann, an die Seite gestellt. L. Graf behielt die Federführung im politisch-fachlichen Teil. Der neue Schatzmeister Jürgen Rosmund entwarf einen Sanierungsplan, der auf mehrere Jahre ausgelegt war. Gleichzeitig suchte der Verband nach einer neuen ökonomischen Balance.

Einsparungen waren ein wichtiger Bestandteil der finanziellen Neuaufstellung des Verbandes. So wurde 1993 die Zeitschrift Natur&Umwelt neu konzeptioniert. Es erschien ab jetzt eine bundesweit einheitliche Ausgabe mit 8 bis 12 Seiten, orientiert an Regionalberichten mit bundesweiter Bedeutung und mit der Möglichkeit für die Landesverbände, eigene Einlagen beizutragen. Die redaktionelle Arbeit wurde nicht mehr vergeben, sondern ein eigener Mitarbeiter, Peter Lüdke-Höher, wurde dafür in der Geschäftsstelle eingestellt. Das war aber nur ein Detail angesichts der nun eintretenden Richtungsdiskussionen, um Wege aus der durch die finanziellen Verhältnisse eingeschränkten Handlungsfähigkeit zu finden.

Für einen Verband wie den BUND gab es inzwischen nicht nur die Mitgliederbeiträge, über die er seine Finanzierung sichern konnte. Freiwillige Spenden – oft angeregt durch die Themen der Kampagnen – spielten eine große Rolle, aber auch staatliche Zuschüsse. Gleichzeitig hatte der BUND auch symbolisches Kapital errungen: seine Glaubwürdigkeit. Und es war eine naheliegende Idee, dieses einzusetzen, um Dritte davon zu überzeugen, den BUND finanziell zu unterstützen oder aber mit ihm zu kooperieren.

Sicher war das ein gewagtes Spiel. Denn einerseits folgte man damit der Logik der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und lief Gefahr, auch die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren. Andererseits konnte man hier den Kern des eigenen ökonomischen Problems in den Griff bekommen und von dort Einfluss auf die Gesamtwirtschaft nehmen: Kurz gesagt, man konnte versuchen, die „Ökonomisierung zu ökologisieren“.

Dass diese Gratwanderung zu Diskussionen innerhalb des Verbandes führen würde, war abzusehen. Dass ein solcher Ansatz hohe ökonomische Fachkompetenz erforderte, war ebenfalls nachvollziehbar. Und es war unbestreitbar, dass damit eine intelligente Möglichkeit bestand, um das Finanzdefizit des BUND zu vermindern. Erste Ansätze waren bereits auf der Bundesdelegiertenversammlung in Freiburg 1991 zu erkennen. Bereits damals schlug Angelika Zahrnt vor, das Marketing zu verbessern und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu initiieren.



2000 zieht die Bundesgeschäftsstelle des BUND von Bonn in die neue Hauptstadt. Vor der offiziellen Eröffnung am 31. März griffen die Bundesvorstandsmitglieder Sebastian Schönauer, Angelika Zahrnt und Ralf-Uwe Beck (von links) für eine Baumpflanzung im Kölnischen Park zur Schaufl.



Zum 20. Geburtstag 1995 konnte sich der BUND über 215.000 Mitglieder freuen. Eine Statistik aus dem Jahresbericht 1995.

## 9. Ökologie und Ökonomie:

### Der Nachhaltigkeitsverband

Angelika Zahrnt hatte 1986 die Position der Sprecherin des BUND-Arbeitskreises „Finanzen und öffentlicher Haushalt“ übernommen und brachte sich im Weiteren zu Fragen der inneren Organisation des Verbandes ein. 1989 wurde sie Mitglied des Vorstandes. Sie arbeitete eng mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger zusammen, der sich als einer der ersten Volkswirte dem Thema der Umweltökonomie widmete. Er war bereits Anfang der 1980er Jahre im BUND aktiv. Ziel war es, Konzepte zu entwickeln, um quantitatives ökonomisches Wachstum durch qualitatives zu ersetzen. 1990 wurde A. Zahrnt von H. Weinzierl als stellvertretende Vorsitzende des BUND vorgeschlagen und von der Delegiertenversammlung gewählt.

In der Folge kristallisierte sich heraus, auf welchem Weg die genannte Gratwanderung zwischen dem symbolischen Kapital – das öffentliche Vertrauen in den BUND – und dem tatsächlichen materiellen Vorteil möglich werden konnte: Der Verband formulierte eine klare Vorgehensweise und Kriterien für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Das leistete ein Grundsatzpapier zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft von 1990, das Regeln festsetzte. Es wurde festgelegt, dass alle Aktivitäten in diesem Bereich einen direkten Bezug zu den Zielen des BUND besitzen mussten. Darüber entschied konkret ein unabhängiges Gremium des Verbandes, in dem alle Landesverbände vertreten sein mussten und Hauptamtliche nur eine beratende Stimme hatten. Alle Beschlüsse mussten verbandsintern veröffentlicht werden. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zur reinen Geldbeschaffung für die Deckung laufender Kosten wie Gehälter wurde abgelehnt. Verboten war die direkte Werbung mit dem BUND-Logo oder dem Namen wie auch mit einer Einzelperson des BUND. Die Förderung für Einzelprodukte wurde ausgeschlossen, und die Aktivität musste zeitlich begrenzt sein. Zudem war Voraussetzung, dass die Einflussnahme des BUND auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft deutlich erkennbar sein musste.

Eine erste Kooperation ergab sich mit der heute nicht mehr existierenden Warenhauskette Hertie. Kontakte hatte es bereits 1988 gegeben. Als Konsequenz fügte sie den Schutz

der Umwelt zu ihren Unternehmenszielen hinzu und berief Umweltbeauftragte in den einzelnen Filialen. Eine der ersten gemeinsamen Aktionen hatte die Bezeichnung „Müllfreie Schule“, in der lösemittelhaltige Schreibmaterialien aus den Regalen genommen wurden. Mit Hertie vereinbarte der BUND außerdem, dass das Kaufhaus als erstes deutsches Handelsunternehmen überhaupt den KundInnen neben Plastiktüten auch Leinenbeutel anbot. Da der BUND das unterstützte, erhielt er einen fixen Anteil an den Verkaufskosten jedes Leinenbeutels.

Andere Unternehmen horchten bei diesem Konzept auf, wollten teilhaben und wandten sich an den BUND. Oft erhielten sie aber eine Absage. Zum Beispiel Unilever Deutschland. Sie wollte einen Wasserenthärter mit dem Namen „Wassermann“ vermarkten und dafür den BUND als Unterstützer gewinnen. Der Verband lehnte die Kooperation ab, da er die internationalen Verflechtungen des Konzerns nicht überblickte und das Unternehmen kein Umweltgesamtkonzept besaß. Die Vereinigten Papierwerke VP Schickedanz AG wollten Babywindeln mit ungebleichtem Zellstoff auf dem Markt einführen. Auch hier beteiligte sich der BUND nicht, weil Windeln Wegwerfprodukte sind.

Auf der Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992 wurde bereits diskutiert, dass man diesen konkreten Weg noch erweitern könnte. A. Zahrnt, der Schatzmeister J. Rosemund u. a. brachten einen Antrag ein, der eine ökologische Wirtschaft forderte und die Auffassung vertrat: „Eine Lösung der Umweltkrise ist nur möglich, wenn unser Wirtschaftssystem nach ökologischen Erfordernissen umgestaltet wird. Gelingt dies nicht, ist die Arbeit der Umweltschutzverbände zum Scheitern verurteilt.“ Der ökonomischen Wachstumpolitik wurde eine Absage erteilt und das Ziel des „nachhaltigen Wirtschaftens“ ausgerufen. Der BUND wollte das erreichen durch:

- die Einschränkung der Natur-, Rohstoff- und Energie-nutzung und der Schadstoffemissionen;
- Aufklärung für ein ökologisches Konsumverhalten;
- die geschickte Verwendung von Ge- und Verboten, Umweltsteuern und - abgaben;

- Druck auf und Verhandlungen mit Unternehmen, um sie für das Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftens zu öffnen;
- die Unterstützung von Pionierfirmen.

Die Kooperation mit der Rüstungs-, Atom-, Chemie-, Automobil- und Tabakindustrie sollte ausgeschlossen bleiben.

Der Antrag wurde mit wenigen Änderungen angenommen. Endgültig wurde die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft dann in den „Marktheidenfelder Beschlüssen“ 1995 geregelt.

Der Weg der Ökologisierung der Ökonomisierung hatte klare Grenzen. Sie zeigten sich z.B. in der Asyldebatte nach den Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen 1992. „Die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik darf nicht durch das wirtschaftliche Motiv bestimmt sein, Menschen aus anderen Ländern nach ökonomischem Bedarf zur Sicherung unseres Wohlstands anzuwerben oder abzuschieben, und neue Zuwanderung zuzulassen oder einzuschränken. Weiterhin dürfen Umweltschutz und Ökologie nicht als Argumente gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwanderern mißbraucht werden.“ Mit diesen auch noch aktuell bedeutsamen Worten nahm der BUND einen Antrag von A. Zahrnt 1993 in Bonn an. Der Weg, wichtige Richtungsentscheidungen ausführlich, teilweise hart zu diskutieren, dann aber zu einer konkreten Vorgehensweise zu kommen und die Umsetzung durch die Verbandsgremien zu kontrollieren, hatte Zukunft.

## 9.1 Zukunftsfähiges Deutschland

A. Zahrnt hatte im BUND noch eine andere Aufgabe federführend initiiert. In Kooperation mit dem größten Hilfswerk der römisch-katholischen Kirche in Deutschland, MISEREOR, und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitete sie zusammen mit anderen die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“. Darin nahmen die AutorInnen eine fundierte Kritik der Wachstumspolitik und ihrer Kosten vor.

Die Perspektive eines zukunftsfähigen Deutschlands traf den Nerv der Zeit. Insbesondere die Kurzfassung wurde dem BUND aus den Händen gerissen und musste immer wieder nachgedruckt werden, das vorgesehene Budget wurde weit überschritten. Kritik daran wurde aber sogar von den Haushältern des BUND zurückgewiesen:

„Man kann die Überziehung kritisieren. Auf der anderen Seite ist unsere Arbeit rund um die Studie Zukunftsfähiges Deutschland eine der erfolgreichsten BUND-Initiativen gewesen. Sie hat das Potenzial, auf lange Sicht grundsätzliche Veränderungen zu bewirken. Außerdem hat das Projekt schon in diesem Jahr die Perspektive auf die Einwerbung größerer Zuschüsse aus öffentlichen Kassen.“

Der Erfolg der Studie hing sicherlich auch damit zusammen, dass sie der Natur- und Umweltschutzbewegung wieder Orientierung gab, die sie seit der deutschen Wiedervereinigung eingebüßt hatte. Sie fügte sich sehr gut in den Lokale-Agenda-Prozess ausgehend vom Umweltgipfel 1992 in Rio de Janeiro ein, und der BUND regionalisierte die Ergebnisse wie z.B. mit „Zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz“. Das Grundsatzprogramm des BUND von 1989 hatte mit der Studie eine deutliche Erweiterung gefunden. Ihr Erfolg trug auch dazu bei, dass A. Zahrnt 1998 zur Vorsitzenden gewählt wurde.

## 9.2 Die Ära Zahrnt

Der Führungswechsel beim BUND deutete sich bereits 1995 an. H. Weinzierl, der sich bisher über Zustimmungsraten von fast hundert Prozent freuen konnte, wurde zwar mit 80 Stimmen wiedergewählt, aber es gab auch 44 Stimmen für Ute Wiegand-Nehab vom Bund Naturschutz Bayern, die sich zur Kampfkandidatur entschlossen hatte. 1999 trat H. Weinzierl nicht mehr an. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt und später Präsident des Deutschen Naturschutzringes. Dafür entschlossen sich A. Zahrnt und H. Weiger zu kandidieren, was innerverbandlich durchaus als wegweisend interpretiert wurde. „Der Verband stehe „vor einer Richtungsentscheidung in die fundamentalökologische oder die moderne Richtung.“ H. Weiger verlor die Abstimmung knapp mit nur drei Stimmen Unterschied.

Die neue Vorsitzende sah sich gleich in einer für den BUND ungewohnten Situation. Denn mit dem Antritt des ersten Kabinetts Gerhard Schröder und dem Ende der „Ära Kohl“ hatte es der Natur- und Umweltschutzverband zum ersten Mal mit einer Koalition auf Bundesebene zu tun, an der Bündnis 90/Die Grünen beteiligt war. Das bedeutete zwar nicht die Erfüllung aller Träume, zumal die Medien immer noch verkündeten, „öko“ sei out. Aber der Zugang zur Staatsmacht war deutlich einfacher geworden.

Im Grunde musste der BUND seine bisherige Vorgehensweise angesichts der neuen politischen Verhältnisse in der BRD nicht sehr verändern. Es gab nach wie vor Anlass, zu

kritisieren und öffentlichen Druck aufzubauen. Doch er hatte deutlich mehr Möglichkeiten zur Kooperation. Und er bekam hier und dort von der rot-grünen Koalition Rückenwind. Ende 1999 bilanzierte der BUND bereits: Die neue Bundesregierung habe bei den zwei wesentlichen Projekten, der ökologischen Steuerreform und dem Atomausstieg, keine besonders gute Leistung vorzuweisen bzw. sie in Misskredit gebracht. Die Gegner hätten die öffentliche Meinung im Griff. Umweltgesetzbuch, Sommersmog-Verordnung und die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes lägen auf Eis. Die Energie-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik folgten den alten Bahnen bei marginalen Veränderungen. Aber man habe einen besseren Zugang zu Umweltinformationen, das 100.000-Dächerprogramm würde anlaufen wie auch das Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“, das aber nicht überschätzt werden dürfe. A. Zahmt unterstrich: „Ein positives umweltpolitisches Profil dieser Bundesregierung ist nicht erkennbar. Zu deutlich setzen sich im Widerstreit zwischen dem Standort Deutschland und dem Lebensort Deutschland die wirtschaftlichen Interessen durch.“ Der BUND begleite die Bundesregierung kritisch-konstruktiv mit Presse- und Lobbyarbeit, Projekte und Kampagnen.

Flankiert wurde er von der BUNDjugend mit ihren innovativen Ideen. Im November 1998 bot sie der Staatssekretärin Gila Altmann von Bündnis 90/Die Grünen eine Wette an: Sie würde zeigen, dass man das von der Bundesregierung veranschlagte Minus beim Kohlendioxid-Ausstoß um zehn Prozent nicht erst in den geplanten sieben Jahren, sondern bereits in sieben Monaten einsparen könne. Die Bundesregierung schlug ein und die BUNDjugend legte los. Sie begeisterte etwa 135 000 SchülerInnen an 120 Schulen für die Aufgabe. Von November bis Mai 1999 setzten sie Energiesparlampen ein, sparten bei der Heizung, verringerten den Verbrauch an Wasser, benutzten recycelbares Papier usw. Das unabhängige Institut für Umweltfragen in Berlin berechnete die tatsächlichen Einsparungen. Andreas Troge, Chef des Umweltbundesamtes, übernahm die Rolle des Schiedsrichters. Die SchülerInnen schafften leicht 13 Millionen Kilogramm CO<sub>2</sub> – nur 10 Millionen hätten sie gebraucht, um das von der Bundesregierung veranschlagte Ziel zu erreichen. Dafür musste die Bundesregierung am 17. Juni für die SchülerInnen in Bonn eine große Party ausrichten. So amüsant diese Idee war, tatsächlich zeigte die BUNDjugend damit, wie viel Potenzial im Klimaschutz steckt, wenn er ernsthaft betrieben wird.

Rückenwind bekam der BUND durch die in absehbarer Regelmäßigkeit wiederkehrenden Skandale aus dem Bereich der Landwirtschaft. Insbesondere die Bovine spongiforme

Enzephalopathie (BSE), der sogenannte „Rinderwahnsinn“, verunsicherte die VerbraucherInnen. Es wurde deutlich, dass die immer weitere Intensivierung der Landwirtschaft einen Punkt erreicht hatte, der grundlegende Neuerungen erforderte. Dieser Wirtschaftszweig belastete in seiner konventionellen Ausrichtung Natur und Umwelt sowie die Gesundheit des Menschen in nicht mehr tolerierbarer Weise – sei es durch die Belastung des Trinkwassers durch Dünger, durch die Produktion von Lebensmitteln, deren Qualität oft nicht mehr akzeptabel war, durch seinen Beitrag zum Artenschwund oder durch seinen Umgang mit Tieren. Hintergrund war eine von den Naturwissenschaften und der Technik dominierte Auffassung von Natur, die sich im 20. Jahrhundert immer mehr durchgesetzt hatte. Sie begriff die Umwelt als einen Gegenstand rein ökonomischer Nutzung. Die natürlichen Zusammenhänge wurden naturwissenschaftlich analysiert, so weit wie möglich verstanden und dann profitabel gemacht. Höchster Ausdruck dieser Perspektive ist die Gentechnik – der Eingriff in den Bauplan eines Lebewesens, um dieses so zu verändern, dass es für den Menschen möglichst gewinnbringend einsetzbar ist. Eine Technik, die die Grundlagen des Lebens berührt und damit zu einem Leitthema für den Umgang des Menschen mit der Natur wurde.

### 9.3 Die BASF zum Rückzug zwingen

Die BASF ist einer der großen Konzerne, der mit aller Macht die rechtliche Zulassung gentechnischer Produkte in Deutschland erreichen wollte. Ziel war es, entsprechende Produkte anbieten zu dürfen. Am 16.1.2012 meldeten die Nachrichtenagenturen:

„BASF verlagert grüne Gentechnik in die USA“  
Der Chemiekonzern BASF schließt in Deutschland seine Gentechnik-Sparte. Hier gebe es keine Akzeptanz für die ‚Schlüsseltechnologie‘ des 21. Jahrhunderts. Wegen der breiten Ablehnung der Gentechnik in der Landwirtschaft in Europa verlagert der deutsche Chemiekonzern BASF diese Sparte komplett in die USA. Die Zentrale der BASF-Pflanzengentechnik werde von Limburgerhof nahe Ludwigshafen in den US-Bundesstaat North Carolina verlegt, teilte BASF mit. Künftig werde man das Geschäft mit der Gentechnik auf Nord- und Südamerika konzentrieren.“

Der weltweit arbeitende Konzern strich die Segel: Agrogentechnik rief in Deutschland mehr Widerstand als Zustimmung hervor – und das dauerhaft. Der BUND war zwar nicht sein alleiniger Widerpart gewesen, aber er hatte großen Anteil daran: Der Verband hatte sich Ende der

1970er Jahre das Thema „Alternative Landwirtschaft“ auf seine Fahnen geschrieben und seitdem nicht mehr locker-gelassen. Besonders H. Weiger war beim Thema Agrarwende zu einem Fachmann geworden, der jederzeit Stellung zu allen Fragen nehmen konnte. Zu Beginn der 1990er Jahre schaltete sich der BUND in die Gentechnikdiskussion ein. Sie wurde als ein gleichrangiges Leitthema den anderen wichtigen Aktionsfeldern der BUND-Agenda hinzugefügt. Auf der Bundesdelegiertenversammlung 1994 in Bonn formulierte H. Weinzierl in gewohnter Schärfe:

„Wer sich nicht zu einer Energiepolitik ohne Kernenergie bekennt, wer nach wie vor der Maxime huldigt, die Würde des Autos ist unantastbar, wer auf Agrarfabriken, Massentierhaltung und Gentechnik setzt und mit der Aufrechterhaltung unseres Lebensstils den Artentod der Natur provoziert, der ist nicht wählbar. Die Lebensstilparameter müssen neu formuliert werden, um mit der damit entfachten Wertedebatte die Politik der Macht und der Macher abzulösen.“

Unterstrichen wurde diese Haltung 1997, als der BUND einen umfangreichen Leitantrag zu diesem Thema erarbeitete und die Agrogentechnik rundweg ablehnte. Um ihre Ausdehnung zu verhindern, forderte er die Kennzeichnung aller bisher gentechnisch veränderten Produkte und zusätzlich auch die Etikettierung derer, die nicht gentechnisch behandelt worden waren – zumindest so lange, wie noch kein generelles Verbot existierte.

Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Forderung nach der Kennzeichnung der Produkte, die einen großen Bürokratieaufwand für die Unternehmen bedeutete, waren eine geeignete Vorgehensweise, um den Agrogentechnik-BefürworterInnen Kopfzerbrechen zu bereiten. Zudem sah die Öffentlichkeit genau hin. Im Vergleich zur Atomenergie war Agrogentechnologie für den oder die Einzelne konkreter erfahrbar. Die Produkte waren Teil der Ernährung und gelangten über die Nahrung direkt in den Körper. Und noch dazu betrafen sie jeden und jede. Nicht wie bei der Kerntechnik, die im Normalfall „nur“ die AnwohnerInnen in der Nähe eines AKWs bedrohte.

Nachdem 1998 der Anbau von gentechnisch verändertem Mais am Oberrhein entdeckt wurde, rüstete der BUND zu einer umfassenden Kampagne und ging in die Offensive. Flankiert wurden die Aktionen von einer intensiven Lobbyarbeit gegen den Einsatz von Antibiotika im Tierfutter und von der Veröffentlichung einer Studie zur Agroindustrie in Deutschland, um auf die Käfig- und Massentierhaltung aufmerksam zu machen. „Besser iss Bio“ war ein

Motto, das vielen Menschen eingängig erschien. Erweitert wurden die Aktionen durch eine internationale Kampagne mit Hilfe von Friends of the Earth, die der BUND angeregt hatte.

2001 aktualisierte er seine Leitlinien für den Gesundheits- und Verbraucherschutz in Ernährung und Landwirtschaft und verabschiedete eine agrarpolitische Resolution mit dem Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft. Er stellte fest: „dass der BUND – als exponierter Kritiker industriell betriebener Landwirtschaft und als Vorreiter des Ökolandbaus – das Konzept der Agrarwende lange vor der Erfindung des Begriffes vertreten hat.“ Die Ablehnung der Agrogentechnik hatte sich zu einem Schlüsselaspekt entwickelt. Die Eckpunkte der Resolution:

- die Reform der Agrarpolitik der EU, insbesondere die Umschichtung der Prämienzahlungen für Produktionsmengen hin zu einer Flächengrundprämie bei Gewährleistung von Umweltauflagen und Sozialstandards;
- die Ökologisierung der Landwirtschaft, z. B. durch die Förderung regionaler Vermarktung oder die Umstellung der Investitionsförderung auf eine tier- und umweltgerechte Wirtschaftsweise;
- das Ende der industriellen Tierhaltung. Das war aus Sicht des BUND z. B. im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes möglich. Ziel war, Bestandsobergrenzen für die Tierhaltung zu regeln und einen Viehbesatz auf 3 Großvieheinheiten pro ha zu erreichen. Der BUND forderte außerdem: „Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe geachtet. Sie werden vor nicht artgerechter Haltung, vor Leiden und Schäden und in ihren Lebensräumen geschützt“;
- ein Verbot von Antibiotika und gentechnisch veränderten Futtermitteln sowie das Verbot von Tiermehlverfütterung;
- die Verbesserung des VerbraucherInnenschutzes über die oben genannten Kennzeichnungspflichten hinaus, und die Möglichkeit der VerbraucherInnen, den gesamten Produktionsprozess der Nahrungsmittel nachzuvollziehen;
- das Verbot des Einsatzes von Agrogentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion.

Beim letzten Punkt profitierte der BUND wiederum von seinem inzwischen jahrzehntelangen Engagement für die ökologische Landwirtschaft. Denn ihre Etablierung und die rechtliche Zertifizierung ihrer Produkte waren inzwischen zu Wertgegenständen von ökonomischer Bedeutung geworden. KundInnen eines ökologischen Landwirts bezahlten ihn eben gerade für die naturnahe Produktion von Lebensmitteln. Würde dieser nun wegen der gentechnischen Veränderung von Pflanzen eines Bauern in der Nachbarschaft dieses Vertrauen verlieren, weil seine Produkte

beeinträchtigt würden, dann hätte er auch einen ökonomischen Schaden. Damit bestand eine große Chance, dass bei der Einführung gentechnischer Pflanzen auf deutschen Äckern die Gerichte viel zu tun bekommen würden.

Das war eine ganz andere Situation als zu Beginn der 1970er Jahre, als man sich noch nicht einmal begrifflich geeinigt hatte: Handelte es sich nun um eine „alternative“, eine „ökologische“ oder eine „naturnahe“ Landwirtschaft? Und als ökologische Nahrungsmittel nur eine ganz kleine Randgruppe von VerbraucherInnen erreichten.

Die Agrarwende blieb auch für A. Zahrnt ein Schwerpunkt:

„Die Agrarwende, das sind wir. Der BUND steht als Gesamtverband für eine Agrarwende, jedes einzelne BUND-Mitglied ist über eine neue Ernährungskultur aktiver Bestandteil des neuen Typs ökologisch ausgerichteter Landwirtschaft und zählt zu den Vorreitern eines neuen Typs von KonsumentInnen.“

Das im Jahr 2004 angenommene Gentechnikgesetz war auch ein Erfolg des BUND. Der bis zuletzt hartnäckige Widerstand des Deutschen Bauernverbandes, von Teilen der Wirtschaft und der Wissenschaft zeigte, dass das Interesse der konventionellen Landwirtschaft an dieser Technologie immens groß war. Trotzdem war bereits 2004 abzusehen, dass die BefürworterInnen der Technologie das Nachsehen haben würden. Der BUND hielt das Thema weiterhin auf der Tagesordnung, insbesondere als H. Weiger die Nachfolge von A. Zahrnt an der Spitze des Verbandes übernahm.

Die Entscheidung der BASF war somit eine zu erwartende Konsequenz. Wenn auch in der Geschichte selten ein Akteur so offenkundig die Fahne streicht.

#### 9.4 Der kompetente Umweltverband

A. Zahrnts Politik ging von dem umfassenden Ansatz aus, der in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ nachzulesen war. In der in der bundesrepublikanischen Geschichte bisher völlig neuen politischen Konstellation, der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im deutschen Bundestag, konnte der BUND besser seine Interessen durchsetzen als zu Zeiten, da er von den herrschenden politischen Parteien eher als Gegner gesehen wurde.

Als G. Schröder auch 2002 die Bundestagswahlen gewann, war A. Zahrnt mit dem neuen Koalitionsvertrag nicht sehr

zufrieden. Sie hielt ihn lediglich für „grün angehaucht“, es handele sich um einzelne, unverbundene Maßnahmen, die aus ihrer Sicht kein gemeinsames Konzept verfolgten. Es gab einfach noch zu viele Defizite: Das betraf besonders die Frage des Flächenverbrauchs. Die Kombination aus Verkehrsplanung und Zersiedelung der Landschaft durch Neubaugebiete, die beide durch die Pendlerpauschale in einem konkreten Zusammenhang standen, waren weitgehend unangetastet geblieben. Der Bau energieeffizienter Autos kam nur unzulänglich in Schwung. Besonders ärgerlich war auch, dass die ökologische Steuerreform nur halbherzig betrieben wurde, und die gleiche Haltung bestand in der Atompolitik fort. Der Ausstieg aus dieser Technologie war zwar eine von der Regierungskoalition beschlossene Sache, und besonders in den Reihen der AtomkraftgegnerInnen feierte man z. B. die Abschaltung des AKW Stade im Jahr 2003. Im Falle des Atomkraftwerks Obrigheim wurde aber deutlich, dass es durchaus noch Schlupflöcher für die Atomwirtschaft gab. Die Anrechnung von Restlaufzeiten aus dem AKW Philippsburg schob dort das vorgesehene Ende der Nutzung im Jahr 2002 noch um einige Jahre hinaus. Tatsächlich wurde es erst 2011 abgeschaltet. Daneben sprach sich die SPD deutlich für den Energieträger Kohle aus und gab sogar Bestandsgarantien für ihre Förderung. Die SPD bestellte Gutachten gegen das Dosenpfand, förderte die Airlines der Billigflieger und machte gegen die EU-Chemikalienrichtlinie mobil.

Aber es gab auch erkennbare Pluspunkte wie das Ende des Elbe-, Saale- und Donauausbaus, die Novelle des Fluglärmsgesetzes, die Förderung der Deutschen Bahn, die Ankündigung eines VerbraucherInneninformationsgesetzes und das deutsche Engagement im Klimaschutz. Im Naturschutz war die FFH-Richtlinie in der Phase der Nachmeldungen, Meeresschutzgebiete wurden ausgewiesen, und das „Grüne Band“ als längster Biotopverbund Deutschlands – ein Prestigeprojekt des BUND – war sogar auf dem Weg der Internationalisierung und überschritt die deutschen Grenzen. Im Bereich Umweltschutz waren die erneuerbaren Energien unter „Rot-Grün“ weiter gefördert worden.

Die Auflistung könnte noch deutlich erweitert werden. Sie zeigte einmal mehr, wie viele Themen der BUND inzwischen bearbeitete. Der große Wurf und der fachübergreifende Ansatz von „Zukunftsfähiges Deutschland“ hatte das Anforderungsprofil des Verbandes weiter ausgedehnt.

## 9.5 Die Kampagne als Instrument

G. Thielcke hatte in einem der Kernbereiche des BUND, dem Artenschutz, das Mittel der Kampagne professionell entwickelt. Ebenso erfolgreich wie die erste Kampagne „Rettet die Vögel“ war sieben Jahre später die bundesweite Aktion „Rettet die Frösche“.

11 der 19 Amphibienarten Deutschlands standen auf der Roten Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten. Ihnen machten die Trockenlegung von Feuchtgebieten, der Straßenbau, der Eintrag von Pestiziden aus der Landwirtschaft usw. schwer zu schaffen. Der BUND rief deshalb das Jahr 1983 zum „Jahr des Amphibienschutzes“ aus. Die BUND-Gruppen und unzählige freiwillige HelferInnen engagierten sich beim Transport der Amphibien über Hindernisse, die auf den Laichwegen lagen, halfen bei der Anlage neuer Feuchtgebiete, Krötenschutzzäune und -tunnel oder machten zu dem Thema Öffentlichkeitsarbeit. Der BUND gab eine Aktionsmappe „Rettet die Frösche“ heraus, die per Post für 3,50 DM zu beziehen war. G. Thielcke u. a. veröffentlichten dazu ein gleichnamiges Buch im BUND-Verlag, das bis 1991 in vier Auflagen erschien. Die mit der Aktion verbundenen Einnahmen aus Spenden flossen wiederum in Amphibienschutzmaßnahmen in ganz Deutschland.

1984 startete der BUND mit dem WWF die nächste Kampagne „Rettet die Zugvögel“. Dann folgte eine Aktion gegen das Waldsterben und eine zum Thema „Mehr Natur in Dorf und Stadt“. Letztere lief zunächst gut an, und in etwa sieben Monaten verkaufte der BUND etwa 45 000 Materialien, d. h. 45 000 Werbeträger für sich selbst, doch blieb der Spendengewinn vergleichsweise gering.

Es wurde nach und nach deutlich, dass man das Instrument der Kampagne nicht überdehnen durfte. Denn: „Die Basis, die diese Kampagnen umsetzen soll, ist irritiert und überfordert.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte der BUND bereits einen hauptverantwortlichen Kampagnenleiter. Herwig Klemp organisierte von Kiel aus in Zusammenarbeit mit wenigen MitarbeiterInnen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Aktionen. Er beschloss aber Ende 1986 – nach der Kampagne „Rettet die Bäche“, die dem BUND gleich im ersten Jahr bundesweit etwa 250 BachpatInnenschaften einbrachte – diese Tätigkeit aufzugeben. Einerseits weil die genannten ABM-Stellen ausliefen, andererseits aber auch, weil er mit der Stellung seiner Arbeit im Verband nicht zufrieden war. „Die Kampagnenarbeit wurstelt sich zwischen finanziellen Problemen, inhaltlichen Ansprüchen und organisatorischer Unsicherheit (Personal, Sitz, Kompetenz)“, klagte er 1986. Schwächen wären BUND-intern die Ver-

knüpfung der Fachbereiche, die der Kampagne zuarbeiten, die Auswahl von Schwerpunkten und die Steuerung der finanziellen Mittel. Zudem verloren die Mitglieder vor Ort oft den Spielraum für eigene Aktionen, wenn sie sich in einer Kampagne nach der anderen engagierten.

Der BUND beschloss deshalb, die Zahl der Aktionen dieser Art auf drei im Jahr zu reduzieren. Außerdem sollten der Wissenschaftliche Beirat und die Landesverbände in die Kampagnenplanung eingebunden werden. Um dies besser zu gewährleisten, wurde 1987 der Umzug der Geschäftsstelle innerhalb Bonnns dazu genutzt, neben der Redaktion der Verbandszeitschrift auch die Kampagnenabteilung in einem Haus zusammenzuführen. Und der Gesamtrat entschied ab 1991, welche Kampagnen in Zukunft gestartet wurden.

Als 1992 L. Graf die Position des Geschäftsführers aufgab, wurde unter Berücksichtigung der Kampagnenarbeit auch die innere Organisation des BUND verändert. „Durch eine Schwerpunktsetzung und kampagnenartige Aufarbeitung von Themen soll sowohl die Arbeitsweise der Referenten neu strukturiert als auch die Übermittlung unserer Anliegen verbessert und damit das Profil in der Öffentlichkeit gestärkt werden.“ Nach den entsprechenden Kampagnen zu den Themen „Abfall und Grüner Punkt“, Verkehr sowie „Klima und Energie“ 1993 oder 1995 zum Bodenschutz stellte sich jedoch heraus, dass das operative Geschäft die FachreferentInnen zu sehr belastete. Mit dem Ziel einer Ausrichtung der inhaltlichen Arbeit auf einen öffentlichen Mehrwert mussten sie außerdem ihre eigentliche Sacharbeit oft zurückstellen. Das war einem Verband, der in erster Linie fachkompetente Antworten auf komplexe Themen suchte und weniger auf das schillernde Federkleid bedacht war, doch zu viel. Deshalb richtete der BUND eine Kampagnenwerkstatt ein, die die FachreferentInnen entlastete und die Kommunikationsleistung nach außen bündelte. Die Leitung übernahm Olaf Bandt.

Das Instrument wurde 1996 weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gesucht. Ein Beispiel war die gemeinsame Kampagne mit der Deutschen Bahn AG zur Abfallvermeidung in Zügen. Mit Hertie wurden die Themen „Der saubere Putzschrank“ und „Umweltfreundlich Renovieren“ konzipiert. In Kooperation mit der Deutschen Angestelltenkrankenkasse (DAK) engagierte sich der BUND für ein entschleunigtes Leben mit dem Motto: „Langsam ist gesünder“. Aus den Wirtschaftskooperationen konnte der BUND zum Beispiel 1995 die Summe von 409 155 DM einnehmen.

Mit dem Ausscheiden H. Weinzierls wurde noch einmal eines seiner Kernanliegen zum Thema einer Kampagne gemacht. Mit „Mehr Mut zur Wildnis“ ging der BUND auf die Landnutzer zu. Bauern und Bäuerinnen, Anglerinnen, Jäger u. a. sollten ermutigt werden, seltenen Tieren und Pflanzen die Lebensräume zu bewahren, die sie benötigten. Gleichzeitig setzte der BUND damit ein Sujet auf die Agenda, das bis heute eine hohe Attraktivität besitzt.

Mit der Übernahme des Amtes durch A. Zahrt wurde einmal mehr die Geschäftsstelle reorganisiert. Sie wurde in drei Geschäftsbereiche eingeteilt: O. Bandt übernahm nun die Fachpolitik, Manuela Kikillus die Kommunikation und Matthias Enge das kaufmännische Ressort. Gerhard Timm wurde Bundesgeschäftsführer. Seine Aufgaben bestanden darin, die innerverbandliche Koordination zu übernehmen und den BUND in der Öffentlichkeit und in den politischen Gremien zu vertreten. Damit erhielt er eine Machtfülle, die bereits auf eine hauptamtliche Professionalisierung der Spitze hindeutete, die dann endgültig mit H. Weiger als Vorsitzendem verwirklicht wurde. Ziel war es, die Außenwirkung bestmöglich zu organisieren und die ehrenamtlichen Gremien samt ihrer Vorsitzenden zu entlasten.

Im Jahr 2000 leitete der BUND dann die Auswahl von thematischen Schwerpunkten ein. Eine Zäsur, die im Rückblick als positiv bezeichnet werden kann. Denn die jetzt beschlossene zweijährige intensive Behandlung eines Sachverhalts erhöhte den Druck auf die Zielgruppen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie gab die Möglichkeit ins Detail zu gehen, sie schärfte die Profilbildung in der Außenwahrnehmung – was macht der BUND? – und schuf Orientierung im Verband.

Die Geschäftsstelle selbst wurde 2001 nach Berlin verlegt, weil hier der Zugang insbesondere zu den politischen EntscheidungsträgerInnen leichter war.

In der Folge stand großes Ungemach ins Haus. Die Zeitschrift Ökotest hatte einen Bericht veröffentlicht, in dem sie die Verwendung von Spenden in den Umweltorganisationen prüfte und auch beim BUND zu dem Ergebnis kam, dass der zweckgebundene Einsatz des Geldes nur mangelhaft nachvollziehbar war. „Report München“ nahm das ebenfalls zum Anlass für einen Bericht. Kamen die Spenden nicht dort an, wofür sie die oder der Einzelne gab?

Aus den Akten ist klar ersichtlich: „Ökotest“ hatte nicht umfassend recherchiert, aber den Finger in eine Wunde gelegt: mangelnde Transparenz. Dieses Defizit wurde behoben. Heute ist der BUND Mitglied in der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“.

Die Kampagnen des BUND hatten in seiner Geschichte eine hohe Bedeutung. Sie entwickelten sich aus den innovativen Ansätzen von G. Thielcke, der vor allem mit Artenschutzthemen erfolgreich war, in alle thematischen Bereiche des BUND fort. Sie hatten historisch gesehen bei Weitem nicht nur Bedeutung in der Außenwirkung, sondern auch eine große innerverbandliche Strukturierungsfunktion.

## 9.6 Die finanzielle Stabilisierung des BUND

Mit Beginn des neuen Jahrtausends gelang es, den BUND wieder zu stabilisieren. Die Wirren der 1990er Jahre konnten überwunden werden. Dabei half vor allem, dass der BUND und die Landesverbände gemeinsam versuchten, die Finanzierung zu sichern. Ein wichtiger Beitrag bestand darin, dass der Bundesverband nach und nach Anteil an den Beiträgen der FördererInnen bekam. Hier spielte insbesondere eine Vereinbarung mit dem BN eine wichtige Rolle, der dem BUND 27 Prozent der Beiträge abführte und gleichzeitig in einer Art Selbstbeschränkung die Zahl der eigenen VertreterInnen auf der Delegiertenkonferenz auf 30 Prozent einfror – obwohl ihm rein quantitativ mehr zustanden. Die Landesverbände ihrerseits gaben Stück für Stück die Werbung von Mitgliedern und FördererInnen in professionelle Hände.

Beides, die Art der Werbung, die bei den FördererInnen auf einen finanziellen Beitrag zielte, und der Status der FördererInnen selbst, die meist kein konkretes Engagement im Verband mehr einbringen, war im BUND lange umstritten.

Im Rückblick zeigte sich die Entscheidung, auf FördererInnen zuzugehen und sie professionell ansprechen zu lassen, als richtig. Denn im anderen Fall wäre es für den BUND sehr schwer geworden, den Umfang seiner Aktivitäten aufrechtzuerhalten. 2002 erzielte der Verband das bis dahin beste wirtschaftliche Ergebnis seiner Geschichte.



Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ wird begleitet von Aktionsvorschlägen, Medien für die Bildungsarbeit, Mustervorträgen und einer Ausstellung.



Juli 2005: Zum 30. Geburtstag des BUND unterstreicht der Bundesvorstand mit einer Aktion vor dem Kanzleramt, worauf es in der Politik ankommt.

# 10 Die Internationalisierung des BUND

Mit der neuen inneren Stabilität konnten auch weitere Aufgaben in Angriff genommen werden. Der Fall des „Eisernen Vorhangs“ und die Globalisierung ermöglichten und erforderten Natur- und Umweltschutzorganisationen, die über die nationalen Grenzen hinaus handelten. Der BUND beschloss deshalb im Jahr 2000 den Aufbau eines internationalen Umweltpolitik-Referats und ein höheres Engagement bei Friends of the Earth.

## 10.1 Die internationalen Umweltgipfel

Bereits 1989 war klar geworden, dass der BUND in Zukunft auf europäischer, wenn nicht auf globaler Ebene tätig werden müsste. Da er das mit seinen bisherigen Organisationsstrukturen nicht leisten konnte, war er in dem genannten Jahr der internationalen Organisation „Friends of the Earth“ beigetreten. Das ermöglichte ihm, bei internationalen Umweltgipfeln präsent zu sein und mit anderen Nicht-Regierungsorganisationen Druck auszuüben.

Betrachtet man die Geschichte des BUND in Bezug auf die Ergebnisse der ersten Großveranstaltung dieser Art in Rio de Janeiro 1992 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, so fügten sich diese sehr gut in die bisherigen Anliegen und Anstrengungen des Verbandes ein.

Die Forderung nach einer globalen nachhaltigen Entwicklung, der Schutz des Klimas insbesondere durch eine Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der Schutz der Artenvielfalt (unter dem neuen Begriff Biodiversität), der Schutz der Wälder und die Agenda 21 mit ihrem basisdemokratischen Ansatz des „Vor-Ort-Handelns“ – waren das nicht Punkte, für die der BUND seit seiner Gründung stand? Für die er Kampagne um Kampagne gestartet hatte, für die die Mitglieder des BUND jahrzehntelang ehrenamtlich tätig gewesen waren, für die sie gekämpft und für die sie auch deutliche Erfolge erstritten hatten? Und war es nicht ein besonders gutes Zeichen, dass man dafür offenbar nicht nur national, sondern auch global Unterstützung und Zuspruch fand?

Die Folgekonferenzen nach Rio de Janeiro in New York 1997 und in Johannesburg 2002 zeugten von großer Ernüchterung, aber war der BUND das nicht schon lange gewohnt? Durchhaltevermögen ist eine seiner Tugenden.

## 10.2 Lobbying für die Agrarwende

Da bereits in den 1980er Jahren deutlich geworden war, dass immer mehr wichtige Entscheidungen in Bezug auf die Landwirtschaftspolitik in Brüssel fielen, setzte sich im BUND bereits damals die Auffassung durch, dass man dort vertreten sein müsste. Aber erst 1991 wurde beschlossen, tatsächlich ein Büro in der belgischen Hauptstadt einzurichten. Unterstützt wurde diese Position von der Bundesgeschäftsstelle des BUND, in der 1999 eine Stelle „Internationales“ entstand. Ein wichtiger Experte auf diesem Gebiet war bereits damals L. Ribbe. Er arbeitete sich systematisch in die verflochtenen Personal-, Finanz- und Förderstrukturen der europäischen Agrarpolitik ein. Als Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers von 1983 bis 1992 prägte er in diesem Bereich die Politik des BUND mit. Der BUND trat bei der Neugestaltung der EU-Agrarförderung für den Ausbau der „zweiten Säule“ ein, also die ökologische und sozialverträgliche Weiterentwicklung im ländlichen Raum, und für eine Minderung der Direktzahlungen an die europäischen LandwirtInnen. Er fürchtete, „...hohe Direktzahlungen, die ohne ausreichende ökologische Grundlagen und ohne jegliche Sozialbindung gezahlt werden, blieben erhalten, während gleichzeitig die ökologischen Leistungen, die Landwirte erbringen, sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen der ‚ländlichen Entwicklung‘ nicht mehr finanzierbar wären“. In diesem Zusammenhang ist man bis heute durchaus nicht am Ziel der Wünsche, aber eine Stärkung der „zweiten Säule“, das sogenannte „Greening“, wurde schrittweise verwirklicht.



Paul McCartney, hier zusammen mit Ulrike Mehl, 1986–1990 und 2007–2008 stellvertretende BUND-Vorsitzende, und einem FoE-Vertreter aus den Niederlanden, widmete 1989 seine Welttournee Friends of the Earth.

# 11 Die Segmentierung der Gesellschaft überwinden

Angelika Zahrnt trat 2007 nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden des BUND an. Sie wurde zur Ehrenvorsitzenden des BUND gewählt. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete sie bereits mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst an einer neuen Studie, die den Ansatz des „Zukunftsfähigen Deutschland“ in eine globale Perspektive rückte. Die Ergebnisse erschienen 2008 unter dem Titel „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Das Medienecho war wiederum groß, weil das seit 1990 scheinbar alternativlos arbeitende Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus in der Finanzkrise wie eine Seifenblase zerplatzte und neue Wege gefragt waren.

Es war abzusehen, dass der studierte Forstwirt H. Weiger A. Zahrnts Nachfolge antreten würde. Denn erstens war er Gründungsmitglied des BUND und kannte den Verband seit Jahrzehnten. Und zweitens war er seit 2002 der Vorsitzende des BN und verfügte damit über eine starke Hausmacht.

Der BUND beschloss auf Anregung von A. Zahrnt, dass mit der Neuwahl 2007 der oder die Vorsitzende eine Vergütung erhalten würde, die die Delegiertenversammlung für die Dauer der Amtszeit festlegte. Damit gestand sie einerseits zu, dass eine so verantwortungsvolle Position eine Vollzeit-Beschäftigung erfordert und sich diese Tatsache auch finanziell ausdrücken muss. Diese Entscheidung war schon lange überfällig. Andererseits machte die Delegiertenversammlung auch deutlich: Sie entschied basisdemokratisch über die während der begrenzten Amtszeit festgesetzte Vergütung. Der oder die neue Vorsitzende befand sich somit in einer neuen starken Position, aber war trotzdem eng in die mitgliederorientierte Struktur des Verbandes eingebunden.

Fachlich hatte H. Weiger nicht nur seine langjährige inhaltliche Kompetenz einzubringen, sondern er hatte vor allem beim Kampf gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal von der Pike auf gelernt, wie man die Öffentlichkeit organisierte. Außerdem war er Fachmann und ein treibender Faktor für die Agrarwende. Zudem hatte er seit 1989 sys-

tematisch die Einrichtung des „Grünen Bandes“ verfolgt und zu einem Vorzeigeprojekt entwickelt.

## 11.1 Das Grüne Band

Der Fall der Mauer schuf auch für den BUND eine Menge Herausforderungen – aber es gab auch Chancen. Gerade die sogenannte „Todeszone“ entlang der innerdeutschen Grenze hatte sich aus naturschutzfachlicher Sicht zu einem besonderen Gebiet entwickelt – ein über Jahrzehnte hinweg störungsarmes Gebiet, in dem Flora und Fauna weitgehend ohne menschlichen Einfluss blieben. Mit dem Zusammenbruch der DDR wurde die öffentliche Hand, also die BRD, Rechtsnachfolgerin und Eigentümerin. Der BN bemühte sich von Beginn an, diese Flächen langfristig unter Schutz zu stellen. Er richtete ein „Projektbüro Grünes Band“ in Nürnberg ein und organisierte von hier aus die Aktivitäten. Idee, Name, Konzeption, Öffentlichkeitsarbeit und naturschutzfachliche Projekte des Grünen Bandes wurden von hier aus kreiert und bundesweit bekannt gemacht. Das Projekt warb bis 2002 mehr Spenden ein als jede andere Initiative. Der BUND unterstützte den BN, da der „Todesstreifen“ ja auch andere Bundesländer als Bayern durchzogen hatte.

Ein großer Schritt voran war möglich, als CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2005 den Schutz des „Nationalen Naturerbes“ beschlossen. Es wurde entschieden, die „gesamstaatlich repräsentativen Naturschutzflächen des Bundes (inkl. der Flächen des „Grünen Bandes“) in einer Größenordnung von 80.000 bis 125.000 Hektar unentgeltlich in eine Bundesstiftung (vorzugsweise DBU) einzubringen oder an die Länder zu übertragen. Zur kurzfristigen Sicherung des Naturerbes ist ein sofortiger Verkaufsstopp vorzusehen.“

Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) war seit 2003 H. Weinzierl, der in diesem Zusammenhang die Gründung der „Naturerbe GmbH“ anregte, einer gemeinnützigen Tochtergesellschaft der DBU.

Aufgrund dieser innovativen Akteurskonstellation und weiterem Lobbying war es möglich, dass das „Grüne Band“ Stück für Stück unter der Obhut des BUND gesichert und ausgebaut wurde. Etwa 1400 km mit für den Naturschutz wertvollen Lebensräumen wie Wäldern, Heiden oder Mooren geben heute ungefähr 1.200 Tier- und Pflanzenarten der „Roten Listen“ eine Existenzgrundlage: ein Biotopverbund, wie er in dieser Ausdehnung in Deutschland nirgendwo sonst existiert.

Der BUND bemühte sich aber auch, dort einen sanften Tourismus zu entwickeln. Unter dem Motto „Erlebnis Grünes Band“ sprach er ab 2007 die lokalen Akteure vor Ort zu Themen wie Geschichte, Natur und Kultur an. Er schuf naturtouristische Angebote in Form von 695 km ausgewiesenen Wanderwegen, 440 km Fahrradwegen, 5 km Kanutouren, 129 Informationstafeln, 31 Informationsterminals, 71 geführten Touren, 22 Karten usw. 2011 hatte er etwa 50% der Kernflächen des „Grünen Bandes“, ungefähr 580 ha, angekauft. Ab 2011 erweiterte der BUND sein Engagement über die Grenzen Deutschlands hinaus. Die „Mauer“ war ja nur ein Teil des „Eisernen Vorhangs“. Auch andere Länder haben ein solches Erbe zu verwalten, dem sich heute das EU-Projekt „Greennet“ mit 22 Partnern aus 6 Ländern im Sinne eines europäischen Grünen Bandes widmete.

Das „Grüne Band“ ist eines der Vorzeigeprojekte von BN und BUND. Es zeigt, wie viel ein gut aufgestellter Akteur im Natur- und Umweltschutz erreichen kann, wenn er mit Kraft und geschickt agiert.

## 11.2 Nach 30 Jahren: Der Atomausstieg wird Wirklichkeit

Die Atomindustrie hatte nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl in den 1980er Jahren abgewiegelt. Die Technologie der ukrainischen AKWs sei veraltet, die Sicherheitsstandards unzulänglich. Sie verhinderte damit einen möglichen Ausstieg. Das Atommoratorium der rot-grünen Bundesregierung von 2002 beeinträchtigte sie kaum, denn mit der Übertragung von Restlaufzeiten fanden die Konzerne einen Weg, alte Reaktoren finanziell günstig abzuschreiben. Die Diskussion um den Klimawandel nutzten sie ebenfalls, um die Kerntechnologie weiterhin anzupreisen. Denn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß war bei der Atomenergie ohne Belang.

Und sicher wäre den Unternehmen nach dem Unfall von Fukushima wieder eine neue Argumentation in den Sinn gekommen, um das Ereignis kleinzureden.

2011 entstand allerdings eine Konstellation aus mehreren dafür ungünstigen Faktoren: an erster Stelle der Atomunfall selbst, der deutlich machte, dass die Risikotechnologie auch von einem hochindustriellen Staat wie Japan nicht zu beherrschen war; aber auch die damals anstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27.3.2011, etwa 2 Wochen nach dem Unfall von Fukushima, spielte eine Rolle. Dazu kam die dort aufgeheizte Stimmung in Bezug auf das Projekt „Stuttgart 21“. Noch dazu war der Spitzenkandidat der CDU, Stefan Mappus, der in den Augen der Öffentlichkeit für die Laufzeitverlängerungen bei Atomkraftwerken stand, nun deutlich angeschlagen. Ein weiterer Konflikt, der damals bewegte, war die Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze in Hamburg. Das genaue Zusammenspiel der einzelnen Faktoren soll hier nicht nochmal dargestellt werden. Sicher ist jedoch, dass der BUND einen wichtigen Anteil an der Mobilisierung der Öffentlichkeit hatte.

Denn bereits vor dem Bundestagswahlkampf 2009 hatte der BUND beschlossen, der Atomindustrie mit ihrem mühsam aufgebauten Image als selbsternannte Klimaretterin eine Kampagne entgegenzusetzen. Als Kanzlerin A. Merkel mit ihrer Regierung im Herbst 2010 noch dazu den Ausstieg aus dem Atomkonsens von 2002 beschloss, also den „Ausstieg aus dem Ausstieg“, intensivierte H. Weiger die Arbeit der Geschäftsstelle in diesem Bereich bis an die Grenze der Belastbarkeit. Die Antiatombewegung bekam neuen Aufschwung, und die Menschen versammelten sich wieder zu Zehntausenden. Dieses Wiederaufleben wurde durch die oben beschriebene Konstellation verstärkt, in die die Nachrichten von dem Atomunfall von Fukushima platzten.

Am 30.5.2011 verkündete die Koalitionsregierung aus CDU, CSU und FDP einen Plan für die Abschaltung der AKWs in Deutschland bis 2022. Im Grund genommen war das der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg – und ein Feiertag für jeden Atomkraftgegner und jede Atomkraftgegnerin. H. Weiger hielt zu Recht fest:

„Wir haben damit ab Anfang 2009 den Grundstein für unsere späteren Erfolge im Rahmen der wiedererstarkten Anti-Atom-Bewegung in Deutschland gelegt und mit stetig steigender öffentlicher Resonanz einen zentralen Beitrag zu deren Wiederbelebung und Verjüngung geleistet.“ Und: „Alle diese Erfolge, unsere hohe Sichtbarkeit und damit unsere politische Wirksamkeit waren nur möglich, weil wir zum richtigen Zeitpunkt mobilisierungsfähig waren und weil dieses große Engagement vom BUND-Gruppen-Mitglied bis zu den Gremienmitgliedern an den Verbandspitzen von allen Ebenen des BUND getragen und vorangetrieben wurde.“

Der beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft war einer der größten Erfolge der Natur- und Umweltschutzbewegung und damit auch des BUND.

### 11.3 Die Segmentierung der Gesellschaft überwinden

Warum gelang es dem BUND, der Antiatombewegung wieder neue Impulse zu verleihen? Oder anders gefragt: Warum war das Interesse an dieser Frage seit der Wiedervereinigung so abgeflaut? Die Beantwortung dieser Fragen kann heute noch nicht umfassend erfolgen. Aber die Veränderungen der deutschen Gesellschaft, die sich von etwa 1990 bis 2007 vollzogen, haben daran mit Sicherheit einen großen Anteil. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen die gestiegenen Anforderungen an den/die Einzelnen in der Gesellschaft, die als scheinbar unausweichlich präsentiert wurden.

Die Globalisierung mit ihrer Ökonomisierung aller Lebensbereiche erzeugte einen Druck, der kaum mehr Platz für unbezahltes gesamtgesellschaftliches Engagement ließ. Die Biographien der Menschen waren auf den Erwerb von immer größeren Kompetenzen als ökonomischer Akteur und auf seine Arbeit gerichtet. Das zeigte sich z. B. in der Verkürzung der Schulbesuchszeiten (G8) und dem Bologna-Prozess an den Universitäten, in dem die Studiendauer deutlich reduziert wurde. Ziel beider Reformen ist die schnelle Ausbildung von möglichst hochqualifizierten FacharbeiterInnen. Der Umbau der Arbeitslosenversicherung durch die Hartz IV-Reformen brachte 2005 diese Perspektive in seinem Leitsatz auf den Punkt: „Fördern und Fordern“. Alternativ denken? Fehlzanzeige!

Gleichzeitig ging seit Mitte der 1980er Jahre die Einkommensschere in Deutschland kontinuierlich auseinander, so dass die Angst vieler, in die unteren Einkommensschichten abzurutschen, immer größer wurde. Zentrum der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist nach wie vor das Bürgertum. Doch Soziologen sprechen bereits von einer „fragilen Mitte“, die immer kleiner wird. Diese „fragile Mitte“ beschreibt aber das gesellschaftliche Segment, aus dem auch der BUND den Großteil seiner UnterstützerInnen gewinnt. Die gestiegenen Anforderungen an den/die Einzelnen hielten die deutsche Gesellschaft scheinbar „alternativlos“ bis etwa 2007 fest im Griff. H. Weiger fragte 2001:

„...womit es zusammenhänge, dass es dem Verband nicht mehr gelingt, die Bevölkerung zu erreichen. Nur wenn man besondere Konstellationen habe, erreiche man die Demonstrationsgrößen von früheren Zeiten. Man habe vor

allem im Zusammenhang mit der Agrarwende erlebt, dass man nicht die Kraft der anderen habe und nicht das Geld, um die Politik gefügig zu machen und die Massen zu mobilisieren. Der Bauernverband schaffe z. B. ganz andere Demonstrationen für die Agrarwende.“

Genau 2007 aber, als er den Vorsitz des BUND übernahm, zerplatzte das hier beschriebene ökonomisch ausgerichtete Leitmodell wie eine Seifenblase. Die Finanzkrise, deren Wellen sich geradezu seismographisch weltweit ausbreiteten, zeigten die Fragilität der sich immer weiter dem ökonomischen Markt und seinen Leistungsanforderungen angleichenden Gesellschaft in aller Deutlichkeit. Die darauf folgenden Proteste mobilisierten die Menschen neu für die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Und hier kam die von H. Weiger intendierte Ausrichtung des BUND auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit zum richtigen Zeitpunkt.

### 11.4 Der BUND in einer dynamischen Gesellschaft

H. Weiger stabilisierte mit seinem Vorstand erfolgreich durch mehrere entschiedene Maßnahmen bis 2010 den Finanzhaushalt des BUND. Dabei spielten Drittmittelprojekte insbesondere mit dem Umweltbundesamt und dem Bundesamt für Naturschutz eine quantitativ deutlich größere Rolle als in der Vergangenheit. So z. B. das millionenschwere Projekt „Wildkatzensprung“, das die Rettung der Wildkatze über die Verbindung ihrer Lebensräume verfolgte.

Eine Reorganisation der Geschäftsstelle machte diese noch effektiver. „Seitdem hat die Geschäftsstelle einen gewaltigen Entwicklungssprung gemacht: Wir bearbeiten immer mehr Themen, wir haben finanziellen und personellen Zuwachs, wir gewinnen in der Öffentlichkeit an Bedeutung und haben immer mehr UnterstützerInnen.“ erklärte H. Weiger 2011. Dabei spielen auch alternative Kommunikationskanäle eine wichtige Rolle. Die Neuen Medien sind zu einem unabdingbaren Instrument der Öffentlichkeitsarbeit geworden.

Die Kampagnenarbeit hatte ausgehend von 2006 zwei Schwerpunkte: einerseits die Agrarwende: Anlass war u. a. immer noch der Kampf um eine bessere Finanzierung der sogenannten 2. Säule der EU-Förderung in der Landwirtschaft, bei dem man aber erst einige Jahre später vorankam. Tatsächlich befand sich der BUND zu diesem Zeitpunkt aber schon in einer ganz anderen Situation als in den 1980er Jahren. Die langanhaltende Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft auch von Seiten des BUND zahlte

sich nun aus. Denn die auf diese Weise hergestellten Lebensmittel waren inzwischen zu einem Massenmarkt geworden. Die Produktionskapazitäten reichten bei manchen Anbietern nicht mehr aus, um die Nachfrage zu befriedigen. Nun rächten sich doch die Fleisch-, Futtermittel- oder allgemeinen Lebensmittelskandale. Der BUND mit seiner stetigen Kritik an den Haltungsbedingungen der Tiere seitens der konventionellen Landwirtschaft, mit seinem Plädoyer gegen Agrogentechnik oder den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast wurde immer mehr gehört. Fortschritte hin zu einer „Agrarwende“ sind ohne Zweifel auch ein Verdienst des BUND, der durch seine kontinuierliche Kampagnenarbeit auch unter der Führung von H. Weiger voranschreitet.

Noch sind viele Probleme ungelöst, und neue gesellen sich dazu. So z. B. die Diskussion um die Ausdehnung von Biogasanlagen oder den Import von billigem Palmöl („Tank oder Teller“). Außerdem stellt sich die Frage, ob sich aufgrund des Preises nur die noch nicht fragile „bürgerliche Mitte“ ökologische Lebensmittel leisten können soll.

Der zweite Schwerpunkt des BUND seit 2006 war Klimaschutz. Bundeskanzlerin Merkel erreichte 2007 auf der Ebene der EU einen Konsens über die Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 um 20%, eine Förderung der alternativen Energien und eine Absenkung des Energieverbrauchs sowie die Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal 2 Grad Celsius. Sie ließ sich als Klimakanzlerin feiern.

Die Bilanz sieht im Rückblick nur in Bezug auf die Alternativen Energien positiv aus. 2013 lag ihr Anteil an der nationalen Energieversorgung bei 12,4% und hatte sich somit seit dem Jahr 2000 mehr als verdreifacht. Der BUND trug mit seiner Tätigkeit fraglos dazu bei, dass zumindest in der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends Deutschland europaweit an der Spitze des Natur- und Umweltschutzes stand.

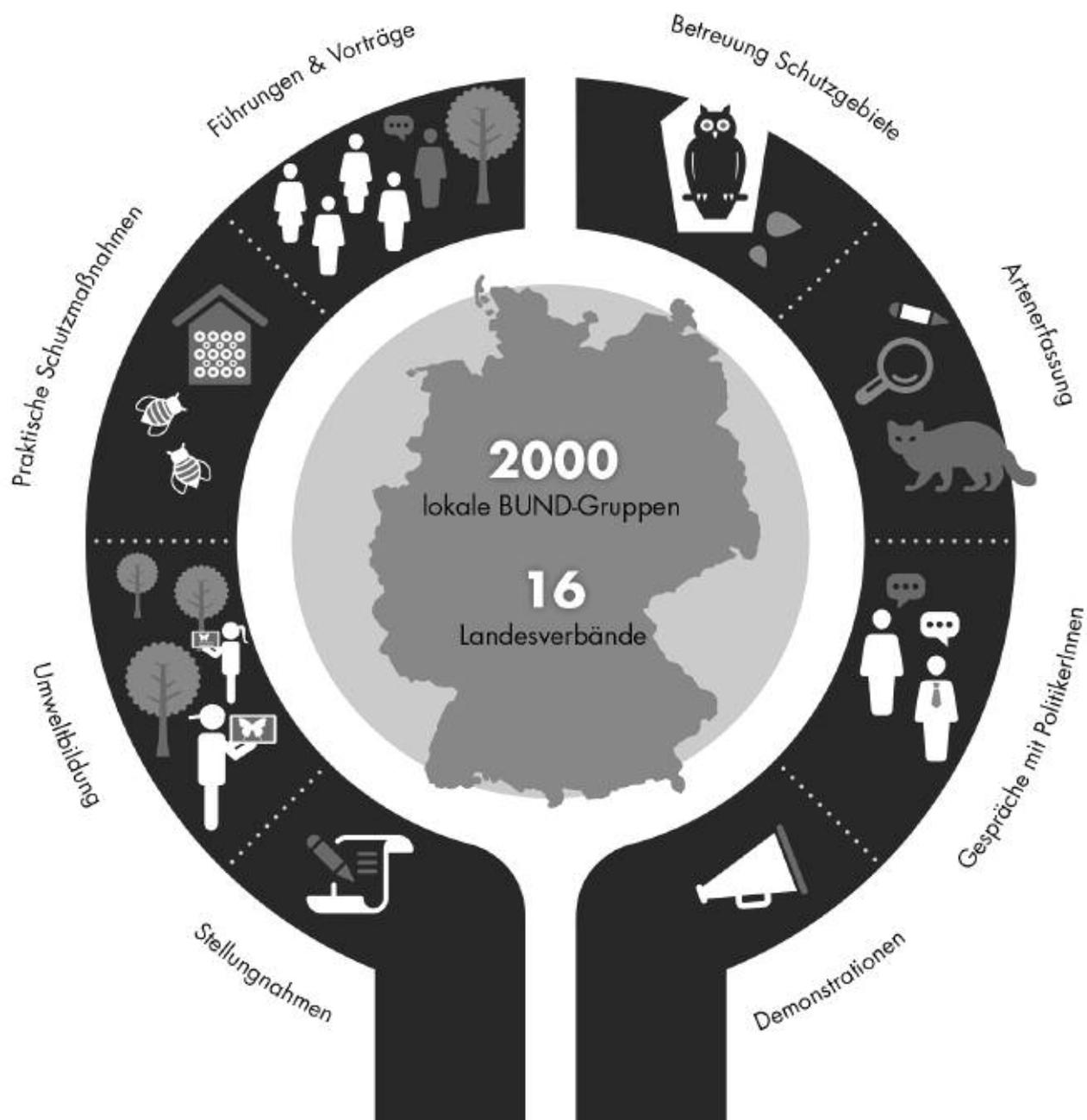
2008 kam mit dem Thema Biodiversität noch ein weiterer Schwerpunkt hinzu. „Der BUND trägt sichtbar dazu bei, die Artenvielfalt, die Vielfalt an Lebensräumen und die genetische Vielfalt zu sichern und vernetzt sich dazu auch europaweit.“ Das Anliegen ist klar. Der Verband möchte in Deutschland und darüber hinaus ein „Netz des Lebens“ schaffen, indem er Brücken zwischen wichtigen Biotopen sichert und entwickelt. Hier kann er auf EU-Regelungen wie die FFH-Richtlinie bauen.

Aus historischer Perspektive ist das allerdings ambitioniert. Denn der Artenschutz war ein Thema, bei dem der Natur- und Umweltschutz bisher wenige Erfolge erzielte. Die Roten Listen werden schließlich immer länger. Eine umfassende Analyse der konkreten Gründe für die weitgehende Erfolglosigkeit des Artenschutzes steht noch aus.

Aber auch ein kritischer Blick auf die Naturschutzinstrumentarien wäre wertvoll sein, um einen effektiveren Artenschutz zu verwirklichen: So sei an die Kritik des Sachverständigenrates für Umweltfragen am Instrument der Roten Listen erinnert, an die Diskussion um die sogenannten „Verantwortungsarten“, die u. a. Martin Flade angestoßen hat, oder an die bis heute nicht eindeutig geklärte Strategie des Artenschutzes, die virtuos pendelt zwischen ethisch-moralischen, naturwissenschaftlichen und ästhetischen Gründen für Artenschutz – verbunden mit je unterschiedlichen Instrumenten. Kurz: Angesichts langjähriger Bemühungen des Naturschutzes um den Artenschutz, die bisher nur von Teilerfolgen gekrönt waren, ist aus historischer Sicht eine fundierte und umfassende Analyse angezeigt. Hier hat der BUND wiederum ein dickes Brett zu bohren. Aber wer kann sich so einer Aufgabe stellen, wenn nicht der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland!



Der BUND-Vorsitzende Huber Weiger pflanzt zusammen mit ehrenamtlichen Helfern in Thüringen einen Korridor für die Wildkatze.



Rund 35.000 Menschen setzen sich in BUND-Gruppen und –Gremien ehrenamtlich für den Schutz der Natur und Umwelt ein – knapp drei Millionen Stunden pro Jahr. Das Spektrum ihres Engagements ist groß. Die Grafik vermittelt einen Eindruck von der Bandbreite der Arbeit der BUND-Gruppen.

# 12 Quellen

## Literatur

- H. Behrens: Naturschutz in der DDR. In: Stiftung Naturschutzgeschichte (Hrsg.): Wegmarken. Beiträge zur Geschichte des Naturschutzes. Essen 2000.
- F.-J. Brüggemeier: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung. München 1998.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.): Grundsatzprogramm des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). o. O. 1989.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.: Zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz: Vorschläge für eine ökologische Landespolitik; Untersuchung zum ökologischen Strukturwandel in Rheinland-Pfalz. Bearb. v. O. Decken. Mainz 1996.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.): Der Wissenschaftliche Beirat des BUND. 1975–2006. Köln 2007.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (Hrsg.): Zur Lage der Landwirtschaft. Agrarpolitisches Grundsatzprogramm. Bonn 1984.
- P. Burschel, J. Huss: Grundriss des Waldbaus. Ein Leitfaden für Studium und Praxis. Berlin 1997.
- R. Carson: Der stumme Frühling. München 1962.
- CDU Deutschlands, CSU Landesleitung, SPD Deutschlands (Hrsg.): Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. o. O. 2005.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung. 10. Wahlperiode (Drucksache 10/2977). Bonn 07.03.85.
- Ein Hauch von Kreuth bei den Umweltschützern. In: Süddeutsche Zeitung. 15. Juli 1977.
- N. Franke: Die Geschichte des Naturschutzes in Hessen (1900–1990). Wiesbaden 2013.
- N. Franke: Zur Geschichte des Naturschutzes in Rheinland-Pfalz 1949–2000. Mainz 2005.
- N. Franke: Die Geschichte der Naturschutzjugend (NAJU) des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU): Eine kritische Darstellung. Bonn 2002.
- Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz – AbfG) vom 7. Juni 1972. BGBl. 1. S. 873–880.
- Grüne Netze. Mailbox Zerbus: Umwelt schützen – Computer nützen. In: Jugend im Bund und BN e.V. Nr. 3/1988.
- H. Gruhl: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Frankfurt a. Main 1975.
- U. Hasenöhl: Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern. 1945–1980. Göttingen 2011.
- G. Meister, C. Schütze, G. Sperber: Die Lage des Waldes. Ein Atlas der Bundesrepublik. Daten, Analysen, Konsequenzen. Hamburg 1984.
- Quick-Gespräch Hubert Weinzierl. In: Quick. 30.10.1985. o. S.
- Regierung wettet – und verliert. 135 000 Schüler erreichen in sieben Monaten, was die Regierung in sieben Jahren geplant hat. Ein Minus beim Kohlendioxid-Ausstoß um zehn Prozent. In: die tageszeitung. Freitag, 27. August 1999.
- L. Ribbe, R. Frederking, H. Friege u. a.: BUND-Positionen 5, Bodenschutzprogramm. Bonn 1983.
- A. Wolf: Die Analyse der Reformfähigkeit eines Umweltverbandes am Beispiel des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) – Aufgaben und Struktur. Fachbereich 7 Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. 1996.

## Archivquellen

- Aktivitäten 1992. Nr. 002. Vorabdruck, unkorrigierte Fassung. Jahresbericht 1992. In: BUND Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Anhang I Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Bisherige Projekte des BUND. o. D. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Anhang II Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. Bisher ausgewählte Projekte (Auswahl). O. D. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Anlage I Gründungspapier „Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.“ In: BUND Geschichte. ABW.
- Antrag zur Bundesdelegiertenversammlung in Freiburg 1991. 30.4.1991. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Antrag zur Bundesdelegiertenversammlung in Freiburg 1991. 3.5.1991. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Antrag des BUND NW zur Bundesdelegiertenversammlung 1990. Öko-Sponsoring. 24.04.1990. In: BUND Bundestagung in Hagen 1990. ABW.
- An den Vorsitzenden des BUND-Beirats, Herrn Prof. Dr. Kneitz. Bericht über die Aktivitäten des BUND-AK Umwelchemikalien/Toxikologie. 3. Mai 1983. In: Bund Bonn 1983/1984. ABW.
- An die Delegiertenversammlung zur Genehmigung gem. § 6 Abs. 3 der Satzung. Jahresabrechnung 1986 und Haushaltsplan 1987. In: BUND Bundestagung 1986/1987. ABW.
- Arbeitspapier zur Vorstandssitzung am 8. Mai 1976 des Bundes Natur- und Umweltschutz Deutschland. o. D. In: Bund 1. ABW.
- Aufstellung der Anlagen. In: Protokoll der Delegiertenversammlung des BUND-Bundesverbandes vom 31.5.1986 in Bensheim (Bergstraße) Hessen. In: BUND Bundestagungen 1986/1987. N0035. ABW.
- W. Bauer: Naturschutz in Hessen – am Wendepunkt? Vortrag vor dem DBV-Kreisverband Gießen am 8.10.1983 in Wettengel. Typoskript. In: Archiv der HGON. Mappe Vorträge Bauer 1.10.83.
- BauWoh III D Bericht über die 46. Sitzung der Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Berlin am Mittwoch, dem 24. April 1970. In: Landesarchiv Berlin. B Rep. 016 Nr. 195.
- Bericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1989. 31. Mai 1990. In: BUND Bundestagung in Hagen 1990. ABW.
- BNU Deutschland e.V. Protokoll 2/75 der Vorstandssitzung in Würzburg am 16.10.1975, Hotel Excelsior. In: BUND Geschichte. ABW.
- BUND, Lerchenstraße 22, 2300 Kiel an BUND Bundesvorstand. Entscheidung zur Kampagnenarbeit. 9.7.1986. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- BUND-Jugend. Bundesjugendleitung. Im Rheingarten 7, 5300 Bonn. o. D. In: Jugend im Bund und BN bis 2/1988. ABW.
- BUND-Mitgliederentwicklung. In: BUND Bundestagungen 1986/1987. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 2001. Anträge. In: BUND DV in Bad Hersfeld. 2001–2002. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 1998. Außerordentliche DV in Rotenburg an der Fulda. Protokoll. 1998. In: BUND-DV 1998 Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung. Berichte 2011. In: BUND-DV. 2009/10/2011 Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 1996. Finanzen. In: BUND DV 96. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 1996. Protokoll. In: BUND DV 96. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 1999. Protokoll. In: BUND DV 1999 i Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 2000. Protokoll. In: BUND DV 2001–2002 i Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung 2002. Protokoll. In: BUND DV i Bad Hersfeld. 2001–2002. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung Protokoll 2003. In: BUND DV in Bad Hersfeld. 2003 Berlin, 2004 Bad Hersfeld, 2005 Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung Protokoll 2004. In: BUND DV in Bad Hersfeld. 2003 Berlin, 2004 Bad Hersfeld, 2005 Bad Hersfeld. ABW.
- Bundesdelegiertenversammlung Protokoll 2006. In: BUND-DV. Bad Hersfeld. ABW.

- Bundesdelegiertenversammlung. Protokoll. 2008. In: BUND-DV. 2009/10/2011 Bad Hersfeld. ABW.
- Bundjugend an BUND-Geschäftsstelle. 24. April 1992. No 35. In: Bund Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: An alle Vorstandsmitglieder. Herrn Hubert Weinzierl. Eingegangen 22. März 1976. In: Bund Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: An alle Vorstandsschaff des Bundes Natur- und Umweltschutz e.V. 21. Dez. 1976. In: Bund Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Bericht des Bundesgeschäftsführers über die Arbeit in der Geschäftsstelle in der Zeit vom 13.1-17.3.1976. o. D. In: Bund 1. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Einladung zur Pressekonferenz. 9.10.1979. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Presseinformation 152/25. November 1981. Ist ein ökologisches Harakiri noch abzuwenden? In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Presseinformation. 9. Februar 1983. Die wichtigste Wende ist die ökologische. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Presseinformation. 18.05.1983. Rettet die Frösche. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Presseinformation. 16.06.1983. Bayerns Landwirtschaftsminister Eisenmann betreibt Vogel-Strauß-Politik im Naturschutz. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): Presseinformation. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland fordert zum Friedensvertrag mit der Natur auf. 01.08.1983. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Presseinformation Nr. 258/18.12.84. In: BUND Vorstand 1984-11/1985. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Pressemitteilung. Bürgerdialog Kernenergie der Bundesregierung - ein Feigenblatt. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. o. D. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Protokoll der Vorstandssitzung in Ulm, Bundesbahnhof, am 10. Sept. 1975. In: Bund Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Rundschreiben. Entwurf. o. D. In: Bund 1. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: (Hrsg.): Satzung des Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V. Frankfurt 1975. o. D. In: BUND Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Vorstand. Informations-Rundbrief an unsere Mitglieder. Juli 1977. In: BUND Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V.: Vorstand. Lieber Herr Thielcke. 13. August 1977. In: BUND Geschichte. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz e.V.: Vorstand. Pressenotiz Aktion Vogelschutz. o. D. In: BUND 1. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND): An die Herren Vorstandsmitglieder und den Beiratsvorsitzenden des BUND. 21.2.1984. In: BUND Vorstand 1984/1985. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz e.V.: Protokoll der außerordentlichen Vertreterversammlung am 7. Mai 1977 in Frankfurt a. Main. In: Bund Geschichte. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.: Delegierten der Bundesdelegiertenversammlung ... 7.5.1992. In: Bund Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND): Einladung zur Pressekonferenz. 26.2.1980. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND). Einladung zur Pressekonferenz, Mittwoch den 25. November 1981. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND), Landesverband Baden-Württemberg e.V.: An die BUND Landesverbände, Beiratsmitglieder und hauptamtlichen Mitarbeiter. Einladung zu einer internen Meinungsbildungstagung über die Stellung der Ökologiebewegung zur Friedensbewegung. 20.11.1981. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND): Presseinformation. 01.08.1983. In: BUND Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND): Presseinformation. 02.02.1983. Scharfer Protest gegen TA Luft. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND): Presseinformation. 03.06.1983. Tag der Umwelt = Tag der Trauer. In: Bund Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.: Presseinformation: BUND Vorstand neu gewählt. In: BUND Bundestagung in Ludwigshafen 1989. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND): Presseinformation. Wir leben von dreißig Zentimetern. Ein Bodenschutzprogramm des BUND. 15.11.1983. In: BUND Presseinfos 5/77-1984. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Tätigkeitsbericht des AK Wasser. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V. an die Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen. München, den 28.10.1975. In: Bund Geschichte. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Einladung zur Pressekonferenz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2.6.1986. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. An Herrn Staatssekretär G. Baum. Bonn, 13. Januar 1978. In: BUND IV. ABW.
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Arbeitskreis Umweltethik und Frieden. 19.4.1989. In: BUND Bundestagung in Ludwigshafen 1989. ABW.
- Bund Naturschutz Bayern an Frau Dr. Angelika Zahrrt. 5.11.02. In: BUND DV in Bad Hersfeld. 2001-2002. ABW.
- Bund Naturschutz Bayern e.V. Landesverband für Umweltschutz. Vorstellung für eine sinnvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit im Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V. April/Mai 1976. In: Bund 1. ABW.
- Entwurf Huber Weinzierl. An den Bundesvorstand des BUND. Betr. Antrag auf Satzungsänderung. 28.3.83. In: BUND Bonn 1983/1984. ABW.
- Evangelische Akademie Bad Boll, BUND (Hrsg.): Das unbewältigte Wachstum. Umweltpolitische Tagung. vom 29.4.1976 bis 2.5.1976. Programm. Bad Boll 1976. In: Bund 1. ABW. Evangelische Akademie Bad Boll: Im Interesse der Sicherheit. Militärisches Gleichgewicht kontra ökologisches Gleichgewicht? Zur Diskussion um Einsatz und Lagerung von ABC-Waffen in der BRD. Tagung vom 11.-13. Dezember 1981 in Esslingen. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Fragen an die Zeit: Die umweltpolitische Tagung in Bad Boll. Ein Bericht von Carl Amery. In: BUND 1. ABW.
- Dr. Herbert Gruhl: Liebe Freunde. Im Juli 1977. In: BUND Geschichte. ABW.
- Hans Matthöfer, Bundesminister für Forschung und Technologie an den stellvertretenden Vorsitzenden des Bund Natur- und Umweltschutz e.V. Hubert Weinzierl. 25.10.1977. In: BUND Geschichte. ABW
- Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt. Frankfurt/Main am 9.8.1977. In: BUND Geschichte. ABW.
- Herrn Bundespräsident Walter Scheel. Frankfurt/Main am 9.8.1977. In: BUND Geschichte. ABW.
- Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V. Frankfurt a. Main, 22.2.1978. In: HGON AK Naturschutz 1974-1984. Archiv der HGON.
- Hubert Weinzierl: „Aufbegehren als Bürgerpflicht.“ Rede zur Verleihung des Naturschutzpreises 1978. In: PR Bund 1 v. 1976-1982. ABW.
- Inhaltsverzeichnis. In: BUND Bundestagung in Lüneburg 1988. ABW.
- Initiativantrag zum Beschleunigungsgesetz. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Kopien an alle Referate des BN: Hubert Weinzierl an Herrn Generaldirektor Prof. Dr. W. Engelhardt. 20. Juni 1975. In: BUND Geschichte. ABW.
- Mitgliederentwicklung. In: BUND Bundestagungen 1986/1987. ABW.
- Mitgliederentwicklung 1990 - BUND-Bundesverbandsmitglieder. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- N006 Antrag an die Bundesdelegiertenversammlung 1995 des BUND. In: BUND DV 1995. ABW.
- Presseinformation: Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) 20.9.1978. In: PR BUND 1 v. 1976-1982. ABW.
- Protokoll der 1. Bundesjugendversammlung vom 16.-18.11.84 in Bad Ems. In: BUNDjugend. ABW. S. 1
- Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28. Oktober 1995 in Fulda. In: Bund DV 1995. ABW.
- Protokoll der Beiratssitzung des BNUD am 27.3.1976 in Deidesheim. In: Bund 1. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND vom 28.05.1988. In: BUND Vorstand 1986. ABW.

- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND am 7. Mai 1983. Marbach/Neckar – Stadthalle. In: BUND Bonn 1983/1984. S. 9/10. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND vom 9. und 10. Juni 1990 in Hagen. In: BUND Bundestagung in Hagen 1990. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND vom 7. bis 9. Juni 1991 in Freiburg. In: Bundestagung in Freiburg 1991. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND vom 23. und 24. Mai 1992 in Leipzig. In: Bund Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND 4.–6. Juni 1993 in Bonn. In: BUND Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung des BUND 10.–12. Juni 1994 in Bonn. In: BUND Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung am 19. Mai 1995 in Markttheidenfeld. In: BUND DV 1995. ABW.
- Protokoll. Bundesdelegiertenversammlung 1997. In: BUND-DV (Goldisthal) in Bad Hersfeld 1997. ABW.
- Protokoll der BUND-Bundesvorstandssitzung am 30.11.84 in Frankfurt. In: BUND Vorstand 1984/1985. ABW.
- Protokoll der BUND-Vorstandssitzung vom 22.10.1982. In: Bund Bonn 1983/1984. ABW.
- Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands mit den Landesverbandsvorsitzenden am 18.11.83 in Bonn. In: BUND Vorstand 1984/1985. ABW.
- Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Landesverbandsvorsitzenden am 23.5.1986 in Mainz. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- Protokoll der Geschäftsführertagung vom 04.07.1986 im Naturschutzzentrum des Bundes Naturschutz in Bayern in Wartaweil/Ammersee. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- Protokoll der Gründungsversammlung des Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V. am 19. und 20. Juli 1975 in Markttheidenfeld/Main. In: Bund Geschichte. ABW.
- Protokoll. Bundesdelegiertenversammlung 1997. In: BUND-DV (Goldisthal) in Bad Hersfeld 1997. ABW.
- o. A.: Auf der Vertreterversammlung am 4. November 1975 in Frankfurt wurde folgender Vorstand gewählt: Frankfurt 4. November 1975. In: Bund Geschichte. ABW.
- o. A.: Gründungspapier „Deutscher Bund Natur- und Umweltschutz e.V. München 7.5.1975. In: BUND Geschichte. ABW.
- o. A.: Protokoll: Deutscher Bund für Natur- und Umweltschutz. 22. Mai 1975. In: BUND Geschichte. ABW.
- Pressemitteilung des Bund Naturschutz Bayern e.V., Landesverband für Umweltschutz: PR Nr. 28/6.11.1975. Längst überfällig Bund Natur- und Umweltschutz Deutschland e.V. In: BUND Geschichte. ABW.
- Satzungsänderungsantrag des Beirats. In: Bund Bonn 1983/1984. ABW.
- Satzung des Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. vom 15.3.1980. In: PR BUND 1 v. 1976–1982. ABW.
- Umweltbundesamt an Herrn Egon Keller, Bund Umwelt und Naturschutz e.V. Berlin, 17.1.1978. In: BUND Geschichte. ABW.
- Vereinbarung. Aktion Rettet die Vögel, wir brauchen sie. In: BUND 1. ABW.
- Vereinbarung über die Aufteilung von Mitgliedsbeiträgen zwischen dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Bund Naturschutz Bayern e.V. (BN). 28.9.2001. In: BUND DV in Bad Hersfeld. 2001–2002. ABW.
- Vorstandsbericht. Bundesdelegiertenversammlung 1997. In: BUND-DV (Goldisthal) in Bad Hersfeld 1997. ABW.
- Vorstandsprotokoll 5/1976. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 21.10.1976 in Frankfurt. In: BUND Geschichte. ABW.
- Wende durch rabiate Entscheidungen? Anlage zu Herrn Dr. Gerhard Thielcke. 6.12.1982. In: BUND Bonn 1983/1984. ABW.
- Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen. NO 17. In: BUND Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.
- Zusammensetzung der „Strahlenschutzkommission des BUND“. In: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.: Einladung zur Pressekonferenz des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. 2.6.1986. In: BUND Vorstand 1986. ABW.
- 12. Mai 1993. BUND intern. In: BUND Bundesdelegiertentagung in Leipzig 1992, in Bonn 1993/1994. ABW.

## Internetquellen

- J. Berger: Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. [www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all](http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138634/wirtschaftliche-entwicklung?p=all). Download 20.4.2015.
- [www.bund.net/themen\\_und\\_projekte/gruenes\\_band/Download](http://www.bund.net/themen_und_projekte/gruenes_band/Download) 5.5.2015.
- [www.burg-lenzen.de/burg\\_lenzen/projekte/projekte.html](http://www.burg-lenzen.de/burg_lenzen/projekte/projekte.html). Download 19.4.2015.
- [www.euronatur.org/fileadmin/docs/magazin/EuroNatur-Magazin\\_3-2009.pdf](http://www.euronatur.org/fileadmin/docs/magazin/EuroNatur-Magazin_3-2009.pdf). Download 13.4.2015
- [www.schloss-wiesenfelden.de/dbu-projekt-natur-und-umweltschutzgeschichte.html](http://www.schloss-wiesenfelden.de/dbu-projekt-natur-und-umweltschutzgeschichte.html). Download 9.5.2015
- [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-moniert-wachsende-ungleichheit-zwischen-arm-und-reich-a-1007329.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-moniert-wachsende-ungleichheit-zwischen-arm-und-reich-a-1007329.html). Download 5.5.2015.
- [www.umweltbundesamt.de/daten/energiebereitstellung-verbrauch/anteil-erneuerbarer-energien-am-energieverbrauch](http://www.umweltbundesamt.de/daten/energiebereitstellung-verbrauch/anteil-erneuerbarer-energien-am-energieverbrauch). Download 17.4.2015
- [vorort.bund.net/kassel/Infos/ZFD/Daten/zfd.html](http://vorort.bund.net/kassel/Infos/ZFD/Daten/zfd.html). Download 20.4.2015.
- [www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2012-01/basf-gentechnik-usa](http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2012-01/basf-gentechnik-usa). Download 23.04.2015.
- [www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel\\_rio\\_de\\_janeiro\\_1992\\_539.htm](http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_de_janeiro_1992_539.htm). Download 5.5.2015

## 13. Abkürzungen

ABW = Archiv des BUND im Archiv des Umweltzentrums Wiesenfelden.  
Standort: Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden  
Straubinger Straße 5  
94344 Wiesenfelden

HGON = Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz e.V.



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

### **Mögen**

Weit über 80.000 Menschen mögen den BUND.

[www.facebook.com/bund/bundesverband](http://www.facebook.com/bund/bundesverband)

Sind Sie darunter?

### **Folgen**

Rund 25.000 Interessierte folgen uns auf Twitter.

[https://twitter.com/BUND\\_net](https://twitter.com/BUND_net)

**Kommen Sie mit!**

### **Informieren**

Mit den Newslettern des BUND sind Sie stets gut informiert. Einfach kostenlos bestellen:

[www.bund.net/newsletter](http://www.bund.net/newsletter)

### **Spenden**

Es gibt viel zu tun für den Schutz der Natur und Umwelt. Dafür brauchen wir Geld:

[www.bund.net/spenden](http://www.bund.net/spenden)

### **Mitglied werden**

Natur und Umwelt brauchen Schutz.

Deshalb gibt es den BUND.

Werden Sie Mitglied:

[www.bund.net/mitglied-werden](http://www.bund.net/mitglied-werden)